

Davos: Was die Schweiz von Bolsonaro lernen kann

Nummer 4 – 24. Januar 2019 – 87. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

**Gössis
Psychiater:**
Der neue Mann
im Leben der FDP-Chefin



Fall Bettina: Wie viel darf ein Leben kosten?

600 000 Franken für die Behandlung fehlen, die Krankenkasse zahlt nicht.
Von Rico Bandle

Ueli Maurer und die Frauen

Stiller Förderer des zarten Geschlechts. *Von Christoph Mörgeli*

Ja, Trump ist Milliardär

Er muss es wissen. Gespräch mit dem Erzkapitalisten Steve Forbes.
Von Urs Gehriger und Florian Schwab



*Unvergesslich und unschlagbar:
Im Relais & Châteaux schlafen, sich von
einem Michelin-Sterne-Koch
verwöhnen lassen, in der wunderbaren
Wellness-Landschaft relaxen und direkt
an der Talabfahrt eines der
günstigsten und attraktivsten
Skigebiete der Schweiz wohnen.
Das Chasa Montana Hotel & Spa
in Samnaun ist Preis-Leistungs-Leader
des Schweizer Tourismus.*

★★★★ SUPERIOR
CHASA MONTANA
HOTEL & SPA



**SCHNEEKRYSTALLWOCHE INKL. HALBPENSION
IN DER ZEIT VOM 8. BIS 17. FEBRUAR 2019
(4 TAGE) AB CHF 842 (PRO PERSON IM DZ ALPENROSE)**
4 Nächte kommen — nur 3 bezahlen! Täglich zwei Abendmenüs
(5-6 Gänge) zur Wahl. 1 Kräuterbad, 1 25-Franken-Spa-Gutschein,
1 Flasche Chasa Montana Pink und Kinderbetreuung ab 3 Jahren von
14 bis 18 Uhr (5 Tage pro Woche) und 50% Rabatt auf den Skiverleih.

JETZT BUCHEN — S'HÄTT SO LANGS HÄTT!
Chasa Montana Hotel & SPA, 7563 Samnaun Dorf, +41 81 861 90 00
info@hotelchasamontana.ch, www.hotelchasamontana.ch

CHASA MONTANA HOTEL & SPA ***
DAS FREUNDLICHSTE HOTEL DER SCHWEIZ**
Das Relais & Châteaux liegt im Herzen von Samnaun
und lebt von seinen Stammgästen. Denn wer
einmal kommt, kommt immer wieder!
2017 wird das 4-Sterne-Superior Hotel
zum *freundlichsten Hotel der Schweiz* gekürt.

**MONTANA SPA:
1500 QM2 WELLNESS-LANDSCHAFT**
Sieben verschiedene Saunen (inklusive einem
Lady-SPA), grosses Schwimmbaden, Aussenpool,
Grotte mit Whirlpool, Spa Lounge und Relax-Räume
garantieren für die Erholung von Körper und Seele.



**HOCHGENUSS AUF 1800 METER ÜBER MEER:
HALBPENSION AUF STERNE-NIVEAU**
Chefkoch Fabian Bernd, mit einem Michelin-Stern
ausgezeichnet, zaubert jeden Abend zwei Menüs mit
5-6 Gängen auf den Tisch. Für die Qual der Wahl
bürgt ebenso Sommelier und Hoteldirektor
Daniel Eisner — denn er lädt in seinen Wein-
keller mit über 20'000 Flaschen aus aller Welt ein.



**SILVRETTA ARENA SAMNAUN-ISCHGL:
239 KM SKIPISTE FÜR CHF 61 PRO TAG**
Oder 172 Franken für die 3-Tageskarte!
Das Skigebiet Silvretta Arena ist eines der günstigsten
und attraktivsten Skigebiete und das Hotel liegt
unmittelbar an der Talabfahrt. *Bequemer geht's nicht!*





Historische Tatsachen? Max Simonischek als Zwingli.

Der Film über den Zürcher Reformator Ulrich Zwingli ist erfolgreich in den Kinos gestartet: Bereits 40 000 Personen haben ihn gesehen. Entspricht der Film – einer der teuersten, die je in der Schweiz produziert wurden – den historischen Tatsachen? Wir haben den wohl kompetentesten Fachmann zu diesem Thema, den Theologen und Zwingli-Biografen Peter Opitz, um einen Faktencheck gebeten. **Seite 56**

Bettina Rimensberger leidet seit früher Kindheit an spinaler Muskelatrophie (SMA). Ihre Muskeln verkümmern, mittlerweile muss sie künstlich beatmet und ernährt werden. Ihr Zustand ist zunehmend prekär. Doch nun besteht Hoffnung. Ein neues Medikament könnte ihr das Leben retten. Doch: Im ersten Jahr kostet die Behandlung 600 000 Franken, danach jährlich 300 000 Franken. Die Krankenkasse will nicht bezahlen. Ihr Fall wirft Fragen auf, die uns vermehrt beschäftigen werden: Wie viel ist ein Leben wert? Wer setzt die Grenze fest? Rico Bandle hat sich an das Thema herangetastet und mit Akteuren aus allen Bereichen gesprochen, auch mit Bettina Rimensberger. **Seite 16**

Nach aussen gaben sich die AfD-Granden tiefenentspannt. Auf dem Neujahrsempfang der Alternative für Deutschland für die Hauptstadt- und Landespresse war der Bericht des Verfassungsschutzes über die Partei nur ein Randthema. Anlass zur Sorge gibt es gleichwohl, vertieft das Gutachten doch die Spaltung der AfD. Immerhin schien sich das Bundesamt für Verfassungsschutz seiner Geheimhaltungspflicht zu entsinnen, die man durch die Weiterleitung des Berichtes an die Presse vernachlässigt hatte. Als die *Weltwoche* Fragen an die Behörde richtete, hüllte sich diese in Schweigen. **Seite 42**

Zwischenstand der Aufarbeitung im Fall Relotius: Wie berichtet, hat die *Weltwoche* zwischen 2012 und 2016 insgesamt 25 Interviews, eine Re-

portage sowie zwei Nachrufe von Claas Relotius abgedruckt. Der preisgekrönte und schon damals für internationale renommierte Medien tätige freie Journalist hat kurz vor Weihnachten Fälschungen im deutschen Magazin *Der Spiegel* zugegeben. Die Prüfung der in der *Weltwoche* erschienenen Artikel hat bisher Folgendes ergeben: In acht Fällen konnten uns die interviewten Persönlichkeiten respektive ihre Agenten bestätigen, dass die Gespräche mit Relotius geführt worden waren. In zwei Fällen – Jean-Claude Trichet und Leon de Winter – ist es gelungen, auch den Inhalt des gedruckten Gesprächs als korrekt bestätigen zu lassen. Schriftsteller und Filmemacher de Winter äusserte sich wie folgt: «Ich erinnere mich an einen gutvorbereiteten Interviewer und bin komplett mit dem gedruckten Stück einverstanden. In meinem Fall leistete er [Relotius, die Red.] erstklassige Arbeit.»

Bisher hat keine der kontaktierten Personen dementiert, mit Relotius gesprochen zu haben. Zwei Autoren können sich nicht mehr an ein Treffen erinnern, schliessen jedoch nicht aus, dass sie Relotius gesprochen haben. Relotius selbst hat sich trotz wiederholter Kontaktversuche nicht bei uns gemeldet. Die Nachprüfung gestaltet sich in vielen Fällen schwierig. Jahre nach den Gesprächen ist es oft unmöglich, den genauen Wortlaut zu bestätigen. Bei zahlreichen Interviewpartnern handelt es sich um internationale Filmstars, Autoren oder Regisseure. Eine Autorisierung der Gespräche ist im angloamerikanischen Bereich unüblich. Dessen ungeachtet setzt die *Weltwoche* ihre Untersuchung konzentriert fort. Sobald uns neue Erkenntnisse vorliegen, werden wir unsere Leserschaft darüber informieren.

Ihre Weltwoche

SCHLAFLOS? ÜBERMÜDET? GEREIZT?

ZEIT FÜR EINE AUSZEIT.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

Seeklinik Brunnen | Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch
Ein Klinikum der AMEOS Gruppe

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebnetter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Peter Holenstein, Mark van Huiseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler, Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojaij-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



«Die Schweiz darf...»: Schon formulierungsmässig wird klar, wer hier befiehlt und wer gehorchen muss.

Editorial

Rahmenabkommen unter der Lupe

Seit kurzem liegt die deutsche Übersetzung des institutionellen Rahmenabkommens Schweiz - EU vor. Der Vertrag geht jetzt in mehrmonatige Konsultationen. Wir haben ihn analysiert. *Von Roger Köppel*

Mehr als einen Monat lang arbeitete die personell hochdotierte Bundesverwaltung an einer deutschen Übersetzung des Abkommens zur angeblichen «Erleichterung der bilateralen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft», auch institutioneller Rahmenvertrag (InstA) genannt. Alle reden und streiten bereits darüber. Was aber steht wirklich drin?

1. Präambel

Die Einleitung enthält Absichtserklärungen; speziell hervorgehoben werden die «autonomen Beiträge der Schweiz an verschiedene Projekte und Programme in der Europäischen Union». Der Bundesrat schreibt in seiner Kurzzusammenfassung, es werde damit «keine Verpflichtung zu unbefristeten, regelmässigen Zahlungen geschaffen». In seinen etwas ausführlicheren «Erläuterungen» allerdings räumt er ein, die Präambel sei zwar rechtlich nicht verpflichtend, wohl aber von «politischer Natur». Kurz: Der Bundesrat hat sich politisch verpflichtet, «autonome Beiträge» an die EU zu zahlen.

2. Geltungsbereich

Das InstA ist «auf die bestehenden und künftigen Marktzugangsabkommen» zwischen der

Schweiz und der EU anwendbar, also ausbaufähig. Vorerst sind fünf bilaterale Abkommen betroffen: Personenfreizügigkeit, Luftverkehr, Güter- und Personenverkehr, Landwirtschaft, technische Handelshemmnisse. Der Bundesrat lobt, dass er das InstA auf diese fünf Verträge «beschränkt» habe. Eine interessante Logik: Wenn die Beschränkung auf fünf Verträge gut ist, dann müsste ja eine Beschränkung auf null Verträge besser sein.

3. Rechtsübernahme

Die Kapitel über die «institutionellen Mechanismen» bilden den Kern des Abkommens. Was ist das Wesentliche?

Erstens: Nur die EU kann Recht abändern. Die Schweiz muss, schreibt der Bundesrat, «relevante EU-Rechtsakte so rasch wie möglich in die betroffenen Marktzugangsabkommen integrieren». Anders ausgedrückt: Die EU erlässt die neuen Gesetze, die Schweiz muss sie übernehmen. Bei der Erarbeitung der EU-Gesetze kann die Schweiz neuerdings mitreden («decision shaping»), zu entscheiden hat sie aber nichts («decision making»).

Zweitens: Die Schweiz unterstellt sich dem Europäischen Gerichtshof (EuGH), dem obersten EU-Gericht, also fremden Richtern. Gemäss

Artikel 4 des Abkommens ist der EuGH überall dort zuständig, wo «unionsrechtliche Begriffe» betroffen sind. In seinen Erläuterungen schreibt der Bundesrat, dies werde «naturgemäss regelmässig der Fall» sein, denn alle Schweizer EU-Abkommen basieren «weitestgehend auf EU-Recht».

Drittens: Verweigert die Schweiz die Rechtsübernahme durch Referendum oder Parlamentsentscheid, kann die EU Strafsanktionen ergreifen, «Ausgleichsmassnahmen» genannt. Diese können laut Bundesrat «bis hin zur Suspendierung eines oder mehrerer der unter das InstA fallenden Marktzugangsabkommen gehen», müssen aber «verhältnismässig» sein. Ob sie das sind, entscheidet im Ernstfall ein Schiedsgericht. Der Bundesrat schreibt, die Schweiz wäre trotz Sanktionsdrohung immer noch frei und eigenständig. Es wäre die Freiheit des Rechtsbrechers, der auch frei ist, die Regeln zu brechen, sofern er die Strafe in Kauf nimmt.

Viertens: Das InstA sieht im Streitfall ein «Schiedsgericht» vor. Umstritten aber ist, ob dieses Schiedsgericht wirklich so unabhängig und frei ist, wie der Bundesrat in seinen hier wohl etwas gar euphorischen Erläuterungen festhält. Im Vertragsentwurf heisst es unmissverständlich: «Das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union ist für das Schiedsgericht verbindlich.»

Fünftens: In seiner Kurzzusammenfassung behauptet der Bundesrat, eine «automatische Rechtsübernahme ist ausgeschlossen». Die Schweiz könne über «jede Anpassung einzeln und in Übereinstimmung mit den verfassungsmässigen Entscheidungsverfahren» beschliessen, das Referendumsrecht bleibe gewahrt – wenn

auch nur unter dem Sanktionsschwert, wie man hinzufügen müsste.

Artikel 14 des InstA allerdings legt fest, dass eine automatische – oder präziser vielleicht: eine quasi-automatische – Rechtsübernahme durchaus vorgesehen ist: Bis zu einem allfälligen schweizerischen Parlaments- oder Volksentscheid «wenden die Vertragsparteien die Änderung vorläufig an», es sei denn, die Schweiz teile der EU mit, «dass eine vorläufige Anwendung nicht möglich ist, und begründet dies». Kurz: Die neue Regelung tritt automatisch in Kraft, es sei denn, die Schweiz begründet schlüssig, warum es nicht geht. Kommt es zum Referendum, würde die provisorische Änderung wieder rückgängig gemacht oder auch nicht – je nach Entscheid des Europäischen Gerichtshofs. Jahrelange Hängepartien und Rechtsunsicherheit wären wohl die Folge entgegen dem bundesrätlichen Lob, das InstA schaffe «Rechtssicherheit».

4. Guillotine

Möchten die Schweiz oder die EU das InstA kündigen, kämen gleich mehrere Guillotineklauseln zur Anwendung. Guillotineklausel heisst, dass mehrere Verträge miteinander verbunden werden. Kündigt man einen, kündigt man automatisch alle. Heute haben wir eine EU-Guillotineklausel. Neu kämen Guillotineklauseln hinzu für «dieses Abkommen und die Abkommen, die sich auf dieses Abkommen beziehen» (Art. 22), also auch alle zukünftigen. Die Schweiz würde viel enger an die EU gebunden.

5. Lohnschutz

Der Bundesrat schreibt, die EU habe das institutionelle Rahmenabkommen ursprünglich vor allem deshalb gefordert, um die von der Schweiz mit der Personenfreizügigkeit verfügbaren «flankierenden Massnahmen» wegzubringen. Vor allem der Lohnschutz, die Kontrollen und Einschränkungen für europäische Dienstleistungserbringer sind der EU ein Dorn im Auge. Die EU verlangt von der Schweiz, dass sie ihren eigenständigen, sozialpartnerschaftlich vereinbarten Arbeitnehmerschutz aufgibt und durch Massnahmen ersetzt, die von der EU angeboten, sprich diktiert werden. Im InstA heisst es wörtlich mehrfach «Die Schweiz darf...», was schon formulierungsmässig deutlich macht, wer die Befehle gibt und wer gehorchen soll. Der Bundesrat ist gegen diese Diktate, konnte sich aber nicht durchsetzen.

6. Personenfreizügigkeit

Auch hier sind sich die EU und die Schweiz nicht einig geworden. Die Bundesverfassung verlangt in ihrem Artikel gegen die «Masseneinwanderung» weniger Personenfreizügigkeit. Die EU will mehr davon. Ziel der EU ist, mit der quasi-automatischen Rechtsüber-

nahme die bisherige Arbeitnehmerfreizügigkeit in eine umfassende Unionsbürgerschaft auszuweiten.

Unionsbürgerschaft heisst: erleichterter Zugang zu den Schweizer Sozialwerken für potenziell 500 Millionen EU-Bürger; Arbeitslosenunterstützung für EU-Personen, die in der Schweiz schon nach kurzer Zeit ihren Job verloren haben; erleichterte Niederlassung;

Die Schweiz müsste ihre tiefen Mehrwertsteuern auf das hohe europäische Niveau heben.

erleichterte Staatsbürgerschaft; erschwerte Ausweisung schwerkrimineller EU-Bürger; Kommunalwahlrecht für alle EU-Bürger am Wohnort. Deutsche oder Rumänen könnten in der Schweiz Gemeindepräsidenten werden.

7. Ausnahmen

Protokoll 2 des InstA hält Ausnahmen der künftigen EU-Rechtsentwicklung fest. Unter anderem: höchstzulässiges Gesamtgewicht für Lastwagen von 40 Tonnen; Nacht- und Sonntagsfahrverbot; keine Erhöhung der Strassenkapazitäten (Gotthardröhre); leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe; Verbot internationaler Tiertransporte auf der Strasse.

Nicht durchgedrungen ist der Bundesrat in zwei sensiblen Fragen: Die EU will den Schweizer Vorbehalt gegen die Einfuhr genetisch veränderten Saatguts aufheben. Zweitens verlangt die EU, dass die über 300 000 EU-Grenzgänger künftig Schweizer Arbeitslosenhilfe in Anspruch nehmen dürfen. Beide Ziele könnte die EU mit dem InstA verwirklichen. Ob die übrigen Ausnahmen aufgrund der einseitigen Rechtsfortentwicklung Bestand haben, ist umstritten. Auch der Schwei-

zer Lohnschutz ist eine Ausnahme, welche die EU heute nicht mehr akzeptiert.

8. Freihandel

Brisant ist im Anhang die «Gemeinsame Erklärung» zum Freihandelsabkommen von 1972. Dieses sichert über 90 Prozent des Schweizer Exports nach Europa. Die EU möchte auch diesen Vertrag dem EU-Recht, den EU-Richtern, den EU-Sanktionen und der Mehrfach-Guillotine unterstellen. Die Schweiz lehnte «von Beginn weg ab», wie der Bundesrat trotzig schreibt. Jetzt scheint er unter dem Begriff «Modernisierung» nachzugeben. «Im Laufe des Jahres 2020» sollen gemäss InstA «formelle Verhandlungen» über das 72er Abkommen eingeleitet werden. Setzt sich die EU durch, würde faktisch die europäische Oberhoheit über das wichtigste Schweizer Handelsabkommen hergestellt. Folge: Angleichung der Schweiz und der EU punkto Handelsregeln und Wirtschaftspolitik. Wer hätte dann noch Interesse, mit der europäisch gleichgetakteten Schweiz ein separates Freihandelsabkommen abzuschliessen?

9. Beihilfen

Die EU fordert «einheitliche Bedingungen» für alle Akteure im EU-Binnenmarkt. «Staatliche Beihilfen» sind deshalb weitgehend verboten. «Steuerprivilegien» gelten für die EU ebenfalls als stossende Beihilfe, schreibt der Bundesrat. Folgen: Bei einem Strommarkt abkommen – bereits geplant – kämen Schweizer Wasserkraftwerke unter Druck. Im Falle eines Finanzdienstleistungsabkommens müssten Kantonalkassen auf ihre Staatsgarantie verzichten. Schliesslich: Wenn tiefe Steuern laut EU verbotene Subventionen sind, müsste die Schweiz früher oder später ihren Normalsatz bei der Mehrwertsteuer von 7,7 Prozent auf das EU-Minimum von 15 Prozent heben.

10. Fazit

Das InstA trifft alle drei Schweizer Säulen und steht politisch im Widerspruch zum Zweckartikel der Bundesverfassung, laut dem die Schweizer Bürger und Behörden die Unabhängigkeit des Landes sowie die Rechte des Volkes zu wahren haben. Die quasi-automatische Rechtsübernahme droht Volk, Stände und Parlament als Gesetzgeber zu entmachten; fertig mit der direkten Demokratie. Der Föderalismus würde unter anderem durch das Verbot von Kantonalkassen mit Staatsgarantie oder bei der Steuerhoheit unterlaufen. Und: Wieweit kann die Schweiz noch neutral sein, wenn sie sich mit mehreren Guillotinen an den EU-Binnenmarkt fesselt? EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland oder China etwa müssten von einer institutionell angelegten Schweiz übernommen werden, wie Bundespräsident Ueli Maurer an einer öffentlichen Veranstaltung bekräftigte.

Qualität ist nicht unser Anspruch, sondern eine Selbstverständlichkeit.

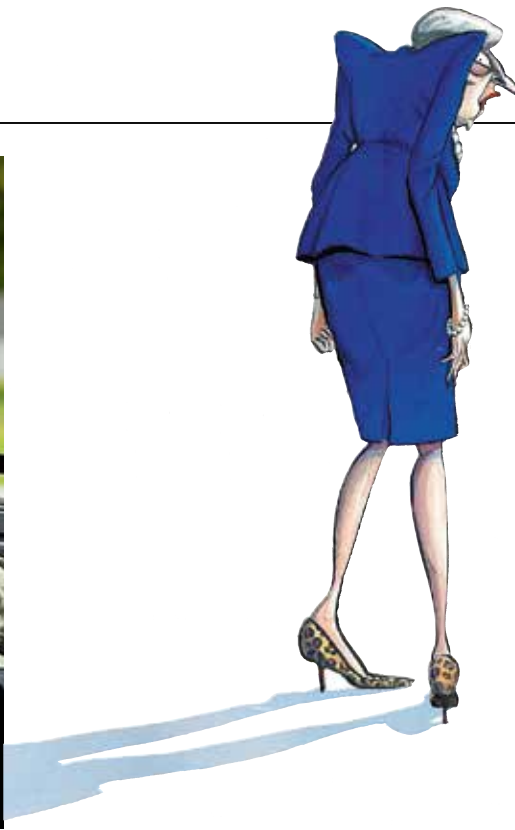
Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.

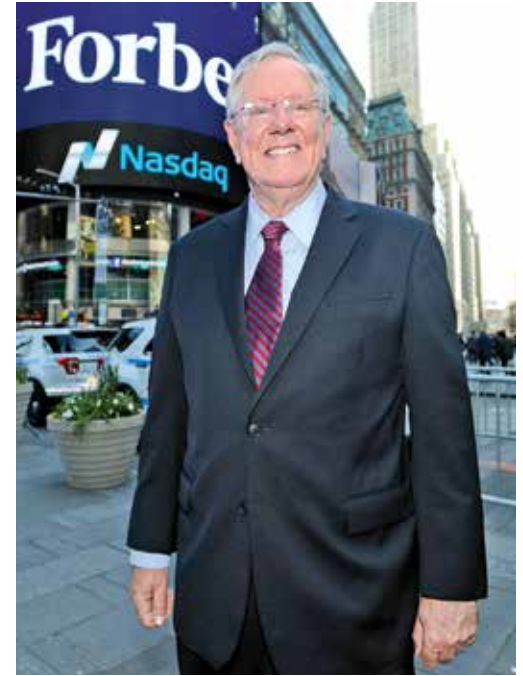




Tabubrecher: Jair Bolsonaro. Seite 12



Brexit-Wirren: Theresa May. Seite 38



«Es entspricht der menschlichen Natur, dem Glück im eigenen Leben auf die Sprünge zu helfen.»

Steve Forbes: Seite 44

Titelgeschichte

- 16 **Bettina Rimensberger**
Wie viel darf ein Leben kosten?

Kommentare & Analysen

- 4 Editorial
- 9 Kommentar Landesverrat
- 10 Banken Ansprüche
- 10 Gesellschaft Übertriebene Sensibilität
- 10 Eilmeldung Wir basteln uns eine Klima-Ikone
- 12 **Kopf der Woche** Was die Schweiz von Bolsonaro lernen kann
- 20 Essay der Woche Jörg Kachelmann: Nachrichten aus dem Paralleluniversum
- 34 Mörgeli Schwachsinnige Geschlechterforschung
- 34 **Bodenmann** Negativzinsen werden steigen
- 35 Medien Startup, Startdown
- 35 **Die Deutschen** Paritätisch

Inland

- 28 **Ueli Maurer und die Frauen** Ungewollter Gender-Politiker
- 30 Mysterium Maudet Gefallener Genfer FDP-Staatsrat
- 31 Klassentreffen der Macht Manager und das Rahmenabkommen
- 34 Warum es die SP besser macht Der Erfolg der zweitstärksten Partei

- 35 **Schlafende Hunde** Flughafendossier mit Deutschland

Ausland

- 38 **John Redwood** Der Tory-Politiker über die Zeit nach dem Brexit
- 40 «Churchill würde das schaffen» Wie die Briten wirklich denken
- 41 **Deutscher Humor** Brief an das britische Volk
- 42 **Wie gefährlich ist die AfD?** Der deutsche Verfassungsschutz ermittelt
- 47 **Inside Washington** Lockere Lippen

Wirtschaft & Wissenschaft

- 36 **Pius Baschera** Der Hilti-Manager über sein Erfolgskonzept

Kultur & Gesellschaft

- 23 **MacKenzie Bezos** Die Ex-Frau des Amazon-Gründers
- 54 **Ikone der Woche** Katelyn Ohashi
- 56 «Zwingli» Der Film aus historischer Sicht
- 58 **Paavo Järvi** Der neue Chef des Zürcher Tonhalle-Orchesters

Spezial WEF-Forum

- 44 **Steve Forbes, Martin Sorrell, Andrew Lilico, Maximilian von und zu Liechtenstein etc.**

Rubriken

- 9 **Im Auge** Vreni Frost
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** Peter Holenstein
- 26 **Darf man das?**
- 26 **Leserbriefe**
- 27 **Fragen Sie Dr. M.**
- 60 **Die Bibel** Religionen bespötteln
- 60 **Kino** «The Favourite»
- 61 **Knorrs Liste**
- 61 **Jazz** Oliver Nelson
- 62 **Thiel** Gender
- 62 **Namen** Geheimnisvolle Präsidentin
- 62 **Fast verliebt** Verlobungstourismus
- 63 **Unten durch** Festplatten
- 64 **Wein** Viva España!
- 64 **Salz & Pfeffer** Rheinäsche am Walensee
- 65 **Auto** BMW M850i xDrive
- 66 **Tamaras Welt** «Ist er ein Kleingarten-Nazi?»

WIR MACHEN IHREN BODEN ZUR HEIZUNG

In Zusammenarbeit
mit Ihrem Installateur



Die Einfrästechnik ist eine clevere Methode zur nachträglichen Installation von Bodenheizungen. In den rohen Unterlagsboden fräsen unsere Spezialisten mit einer Fräsmaschine – völlig staubfrei – ein Rillennmuster für die Heizungsrohre ein. Sie verlieren keine Raumhöhe und gewinnen dank der neuen Bodenheizung an Gestaltungsfreiheit und Komfort.

Gerne beraten wir Sie unverbindlich:
www.naef-group.ch | 044 786 79 00

Ihr Immobilienraum?



5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 **Forch-Küsnacht**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Miete 4'800.- p.Mt., Kauf 2'395'200.- Bezug nach Vereinb.
www.ufdeforch.ch



4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 **Buch am Irchel**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.wilerbuch.ch



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



5 ½ Zi. Attika-Wohnung
8110 **Uster**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Sorry, es sind leider alle Einheiten vermietet!
Miete 4'800.- p.Mt., Kauf 1'900'000.- Bezug nach Vereinb.
www.schwizerstrasse35.ch



5 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete 4'400.- p.Mt., Kauf 1'952'000.- Bezug nach Vereinb.
www.lagovista.ch



3 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 **Rumlikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung
8184 **Bachenbülach**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete 2'600.- p.Mt., Kauf 1'145'000.- Bezug nach Vereinb.
www.ridere-bachenbuelach.ch



5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 **Langnau a. Albis**, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug ab Herbst 2018
www.bellesterrasses.ch



3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 **Dietikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.duo-dietikon.ch



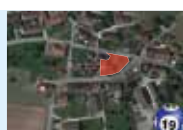
4 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
8127 **Forch-Maur**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Miete 3'300.- p.Mt., Kauf 1'278'600.- Bezug nach Vereinb.
www.amena-forch.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 **Stallikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch



4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 **Kloten**, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2019/20
www.panoramaweg-kloten.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 **Stadel/Winterthur**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 **Weisslingen**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.paradislig.ch



4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 **Unterengstringen**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.sparrenberg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 **Aesch-Maur**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



2 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 340'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.ammuelibach.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhaus
8476 **Unterstammheim**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis 1'174'000.-, Bezug ab Herbst 2018
www.heerenweg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.leuberg.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenhäuser
8309 **Birchwil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.



Lerch & Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.

You Tube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich

Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand Januar 2019

Landesverrat

Von Michael Bahnerth — Es sind die kleinen Dinge wie eine Zugfahrt, die einen das grosse Schlamassel erahnen lassen, auf das die Schweiz gerade zurollt.



Fahrt in die Mittelmässigkeit.

Es ist nicht leicht, die Schweiz zu sein, dieses Grand Hotel unter den Ländern so am Laufen zu halten, dass es seinen Spitzenplatz nicht verliert. All die Pflege der Infrastruktur, all der Fleiss, die Mühsal der Perfektion, die Aufopferung, die das kostet. Wir bezahlen, jenseits von Geld und Energie, einen Preis dafür. Weil wir unsere Strukturen für sinnvoll halten, ordnen wir uns ihnen unter. Nicht umgekehrt. Das ist der Preis. Der Lohn sind ein Luxusland und die Möglichkeit der Identität, weil die gemeinsame Struktur ein Wir kreierte, und dieses Wir ist Heimat, eigene Erde, die eigene Zeit.

Und wir sind stolz darauf, es hat uns wohlhabend gemacht, aber es sieht so aus, dass wir zu satt und selbstgefällig geworden sind und beginnen, uns auf unseren Errungenschaften auszuruhen. Wir streben nicht mehr danach, unserem Mythos neue Nahrung zu verabreichen, die ihn noch mehr sättigt. Sondern wir haben begonnen, uns in seinem einstigen Glanz selbst zu sonnen und uns auszuruhen auf dem bereits Geschaffenen. Das ist wie mit den Griechen, die seit 1500 Jahren, nachdem sie die ersten Formeln der Welt und des Lebens entdeckt und verfeinert hatten, sich zur Ruhe begeben haben, aber noch immer dafür gelobt und geschützt werden wollen.

Mag sein, dass das folgende Erlebnis etwas kleinlich daherrollt, um die allmähliche Zer-

bröselung des helvetischen Mythos aufzuzeigen. Aber so ist das bei den Grands Hotels; es sind die Kleinigkeiten, die in ihrer Summe das Gross- und Einzigartige hervorbringen. Die Ahnung eines *nivellement vers le bas* und der beginnenden Baisse des «Swiss made» überkam mich im Erstklassabteil bei der Fahrt von St. Moritz nach Basel. Das Billett hin und zurück hatte ohne Halbtax 338 Franken gekostet. Ab Landquart sass man in einem dieser normalen SBB-Schnellzüge, man hatte Hunger und Durst, aber es gab keinen Speisewagen und auch kein Bordbistro. Der Kondukteur sagte irgendwas von Sparen. Nach dem Umsteigen in Zürich auf dem Weg nach Basel dasselbe; keine Möglichkeit, sich zu verpflegen, und man war schon froh, einen Sitzplatz zu haben. Wieder dieselbe Antwort: Sparmassnahmen. Natürlich könnte man sich ein Lunchpaket zusammenstellen und mitnehmen, aber für den Preis von 338 Franken sollte eine Verpflegung an Bord selbstverständlich sein. In Ländern mit weitaus dürftigerer Struktur klappt das bei den Staatsbahnen.

Gross kündigten die SBB an, 2021 komme dann ein neues Bordgastronomie-Konzept, helvetischer Highend-Standard, 120 Speisewagen und in der ersten Klasse eine Zone mit Service am Platz; «Catering 3.0» nennt sich die angekündigte Offenbarung auf Schienen. 2021; wollen die uns für dumm verkaufen? Platzservice in der ersten Klasse als Innovation? Eine fitte Schweiz hätte so was lange vor allen andern erfunden und nicht wie jetzt nachgeahmt. Das ist das Dilemma dieses Landes am Beispiel der SBB: Ausser Ankündigungen und Versprechungen und immer kürzeren Zugkompositionen bewegt sich offenbar nichts, sieht man einmal von den diversen Immobilien ab, die die SBB gerade hochziehen und damit ziemlich gut verdienen. Die Schweizerischen Bundesbahnen, das ist eine unwürdige Fahrt, deren Endstation nur noch das Geldverdienen ist. Eine Fahrt in die Mittelmässigkeit bei gleichzeitiger Hochnäsigkeit und Arroganz gegenüber den Kunden.

Was uns da gerade – und das ist ja nur die Spitze des Eisberges – zugemutet wird, ist nicht nur die Verlotterung unseres Qualitätsanspruches. Es ist auch der Verrat an jenen Tugenden, die dieses Land hat werden lassen, was es ist, was es jedenfalls einmal war und wofür wir es lange gehalten haben. Die Schweiz, auch wenn das seltsam klingt, muss wieder mehr Schweiz werden.

Alles Bananen



Vreni Frost, Influencerin.

Auf Vreni Frosts Oberweite stand als Einladung für ihre Followers: «Bananas». Aber es geht hier mehr um Reichweite. Der britische Werbemann David Ogilvy dichtete einst die geniale Inserateschlagzeile: «At 60 miles an hour the loudest noise in this new Rolls Royce comes from the electric clock.» Es folgte ein ellenlanger argumentativer Text. Heute fährt Paris Hilton – berühmt, weil berühmt – einen Rolls-Royce Ghost, nebst Ferrari, Mercedes und Bentley, als Ur-Bazille des *influence*-Wesens und coole Totengräberin der alttestamentarischen Werbung. Nach dem Prinzip der Selbstvermarktung schweben nebst strahlenden Stars wie Federer, Madonna oder Paris auch Myriaden von Glühwürmchen im Universum von Instagram, Facebook, Youtube, Snapchat et cetera.

In Deutschland, wo alles im Leben reglementiert scheint, vom Reinheitsgebot des Bieres bis zum Verband Sozialer Wettbewerb, der über die Werbung wacht, hat die Lifestyle-Bloggerin Vreni Frost («Ich liebe alles, was schillert, bunt leuchtet oder magisch anmutet») im Trüben gefischt, als sie über ihre eigene Berliner Firma Blogfabrik mit einem Trickprogramm während anderthalb Jahren auf Instagram Tausende Followers abholte. Ihr Geständnis: «Ich war eigentlich schön doof» und «wollte schlicht mehr Reichweite». Die Justiz ist gegen solche verdeckte Manipulationen, die in der Politik unabsehbare Folgen haben können, noch zahnlos.

Erst als sie sich auf Instagram-Posts im blauen Bananen-Sweater räkelte, handelte sich die Influencerin eine einstweilige Verfügung wegen «Schleichwerbung» ein. Doch Vreni ist clever: Sie legte dem Berliner Kammergericht einen Kaufbeleg für den Pulli vor und beteuerte, sie habe vom Hersteller kein Geld erhalten. Das Gericht entschied jetzt, sie habe gegen kein Gesetz verstossen. Erleichtert sind auch die Fernsehanstalten. Was immer jemand am Bildschirm trägt, es ist nach dieser Bananenlogik keine Schleichwerbung, wenn eine Quitting vorliegt. Peter Hartmann

Ansprüche

Von Beat Gygi — Wäre Philipp Hildebrand geeignet als Präsident der Credit Suisse?



Brillante Aussenwirkung: Hildebrand.

Kürzlich wurde Philipp Hildebrand in einem Interview mit dem *Tages-Anzeiger* gefragt, wie seine Zukunft aussehe; bei der Credit Suisse (CS) werde in absehbarer Zeit der Präsidentenstuhl frei. Hildebrand sagte, dass das Sache des Verwaltungsrates der Bank sei und keine Frage, mit der er sich derzeit beschäftige. Trotzdem stehen damit die Nachfolge von Urs Rohner im CS-Verwaltungsratspräsidium als Thema im Raum und die Frage, ob Hildebrand eine gute Besetzung wäre. Auf den ersten Blick scheint einiges zusammenzupassen. Die CS braucht neue Impulse und Ideen. Streckenweise tut die CS das Gleiche wie die UBS etwas früher: das Investment Banking zurückfahren und die weltweite Vermögensverwaltung forcieren.

In dieser Hinsicht könnte Hildebrand belebend wirken. Als ehemaliger Nationalbankpräsident und nun Vizepräsident beim weltgrössten Vermögensverwalter Blackrock ist er eine bekannte Figur mit grosser Ausstrahlung in Politik, Wirtschaft und in oberste Gesellschaftsschichten. Beste Vernetzung, gewandt, auch ein ehemaliger Spitzensportler wie Rohner, das ergäbe eine brillante Aussenwirkung.

Wenn man es genauer überlegt, ist aber die Wirkung eines Präsidenten nach innen wohl wichtiger. Viele Leute möchten ihr Geld gerne einer Bank anvertrauen, die gut und gradlinig geführt wird. Der Chef soll vor allem das Haus in Ordnung halten und als Beispiel vorangehen. Hildebrand fiel damals bei der Nationalbank dadurch auf, dass 2011 über sein Konto – kurz vor der Einführung des Euro-Mindestkurses – Devisenkäufe liefen, bei denen es sich im Urteil des Zürcher Obergerichts «um ein moralisch höchst verwerfliches Verhalten gehandelt hätte», wären sie mit der Absicht getätigt worden, sie nach Einführung der Kursuntergrenze mit Gewinn zu verkaufen. Hildebrand verliess diese Institution mit den hohen moralischen Ansprüchen.

Übertriebene Sensibilität

Von Katharina Fontana — Ein französischer Schriftsteller findet mittelalterliche Frauen unattraktiv. Darf er das öffentlich sagen?

Gewisse Männer inszenieren sich gerne als böse Jungs. So auch der fünfzigjährige französische Schriftsteller und Moderator Yann Moix, der jüngst in einem Interview mit der Zeitschrift *Marie Claire* die Öffentlichkeit wissen liess, dass ihn gleichaltrige Frauen nicht mehr ansprechen und sie für ihn unsichtbar seien. Der Körper einer fünfzigjährigen Frau sei eben in keiner Weise so aussergewöhnlich wie jener einer 25-Jährigen. Moix erhielt mit seinem Bekenntnis die Aufmerksamkeit, die er wohl gesucht hatte, und gebärdet sich seither als Rebell, der zu sagen wagt, was andere Männer nur denken.

Als ältere Frau hat man mehrere Möglichkeiten, auf solche Aussagen zu reagieren. Man kann sie ignorieren und sich trotz Falten seines Lebens freuen, was wohl das Klügste ist. Man kann sich daran erinnern, dass man Franzosen schon immer etwas eigenartig gefunden hat und sich mit 25 Jahren ganz sicher keinen Fünfzigjährigen an die Bettkante geholt hätte. Oder man kann sich mit dem Gedanken trösten, dass Beziehungen zu Männern überschätzt werden und das Leben im Kreis von Freundinnen ohnehin lustiger ist. Doch keine vernünftige Frau wird auf den Gedanken kommen, man müsste jemanden wie Moix wegen Diskriminierung anzeigen und vor den Richter bringen. Obwohl er mittelalterliche Frauen pauschal herabwürdigt hat. Das wäre einfach nur absurd.

Oder doch nicht? Man stelle sich vor, jemand würde sich ähnlich despektierlich über die LGBT-Bewegung äussern und Homosexuelle oder Transmenschen als Personen bezeichnen, die man nicht lieben könne. Die Sache sähe sofort anders aus. Da würden nicht nur die Wogen hochgehen, sondern mit Sicherheit auch rechtliche Schritte wegen Homo- oder Transphobie eingeleitet. Erst jüngst hat das Schweizer Parlament den Antirassismus-Artikel, der Hetze und Herabwürdigung wegen der Rasse, Ethnie und Religion unter Strafe stellt, auf die «sexuelle Orientierung» ausgeweitet, damit LGBT-Angehörige fortan als Kollektiv vor Benachteiligungen und diskriminierenden Aussagen geschützt sind.

In der Schweiz hat man lange Zeit klugerweise davon abgesehen, alles und jedes als Diskriminierung zu betrachten und jedes unanständige Verhalten und jede niveaulose Entgleisung rechtlich zu ahnden. Nun aber scheint die Politik mehr und mehr vom Weg abzukommen und sich langsam auf eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung

einzustellen, wie sie internationale Organe seit längerem schon von der Schweiz verlangen. Mit dem Kriterium der «sexuellen Orientierung» wurde ein erster Pflock eingeschlagen, um den Diskriminierungs-Artikel mehr und mehr auszudehnen. Bereits wird nach gesetzlichen Normen gegen Altersdiskriminierung gerufen, es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis man auch Frauen, Dicke, Bildungsferne und Ausländer mit dem Strafrecht vor Benachteiligungen schützen will. Vielleicht sogar auch Männer.

Den Spieß umdrehen

Das ist keine gute Entwicklung. Natürlich gibt es widerwärtige Zeitgenossen, die Homosexuelle, Frauen oder alte Menschen als mindere Geschöpfe betrachten und keinen Hehl daraus machen. Doch mit Ablehnung muss man umgehen können; es besteht nun einmal kein Recht darauf, von allen geachtet und in seinen Gefühlen nicht verletzt zu werden. Statt sich in Sensibilitäten zu verlieren und nach staatlichem Schutz zu rufen, kann man über dummpauschale Äusserungen auch einfach hinweggehen, man kann sie argumentativ zerpflücken oder den Spieß umdrehen. Wie es derzeit der selbstgefällige Moix erfährt, der von Frauen mit Häme überschüttet wird, und dem seine eigenen körperlichen Defizite genüsslich um die Ohren gehauen werden.



Körperliche Defizite: Schriftsteller Yann Moix.

Wir basteln uns eine Klima-Ikone

Von Katerina Janouch — Am WEF wird das 16-jährige Poster-Girl des Klimaschutzes, Greta Thunberg, umschwärmt. Ihre schwedische Kollegin Izabella Nilsson Jarvandi, 15, findet kaum Gehör. Warum wohl?



Wer ist die wahre Rebellin? Klima-Aktivistin Greta (l.), Globalisierungskritikerin Izabella.

Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die sechzehnjährige Schwedin Greta Thunberg eine der prominentesten Klimaschutzaktivistinnen unserer Zeit ist. Sie hat rasch weltweit Bekanntheit erlangt und ist inzwischen so etwas wie eine Expertin auf diesem Gebiet. Kein Wunder, dass sie am diesjährigen Weltwirtschaftsforum teilnimmt – aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes fährt sie aus Skandinavien mit der Bahn nach Davos. Thunberg hat es auch geschafft, ihre Eltern dazu zu bringen, künftig auf Flugreisen zu verzichten, wie sie kürzlich in der Talkshow «Skavlan» erzählte, die in Schweden und Norwegen ausgestrahlt wird. Kaum jemand weiss, dass sie ihre Bekanntheit einer PR-Kampagne verdankt. Gleichzeitig kämpfen andere Teenager, wie etwa die fünfzehnjährige Izabella Nilsson Jarvandi, gegen die Globalisierung und den Uno-Migrationspakt. Doch in den Mainstream-Medien finden nur politisch korrekte Stimmen Gehör.

Perfekt geschmierte PR-Kampagne

Greta Thunberg wurde international bekannt, als sie letzten August vor dem schwedischen Regierungssitz einen «Schulstreik für das Klima» begonnen hatte. Das Foto eines blassen Mädchens, das auf dem Boden sass, neben sich ein handbeschriebenes Schild, ging im Nu um

die Welt. In wenigen Monaten hat sich Greta Thunberg als Poster-Girl des Klimaschutzes einen Namen gemacht. Sie hat eine weltweite Bewegung von jungen Leuten initiiert, die zum Schulstreik für den Klimaschutz aufrufen.

Wenig bekannt ist, dass diese Bewegung das Ergebnis einer gutorganisierten PR-Kampagne ist, hinter der neben dem Unternehmen «We don't have time» Aktivisten von Extinction Rebellion stehen, einer internationalen, radikalen Umweltschutzbewegung. Ein kritischer Blick sollte sich nicht auf Greta richten, sondern auf die Kräfte in ihrem Hintergrund. Ist es wirklich akzeptabel, einen Teenager (der überdies das Asperger-Syndrom hat) als Zugpferd zu benutzen, um Spendengelder einzusammeln und linke Botschaften zu verbreiten?

Zur gleichen Zeit kämpfen junge Leute, die nicht über eine vergleichbare Unterstützung verfügen, eigenständig für die politischen Ziele, an die sie glauben. Eine dieser Aktivistinnen ist die fünfzehnjährige Izabella Nilsson Jarvandi. Sie ist bei den schwedischen Gelbwesten aktiv, der europaweiten Protestbewegung gegen Machtmissbrauch, Massmigration und Globalisierung. Izabella bekommt nicht den Bruchteil jener Aufmerksamkeit, die Greta Thunberg zuteil wird.

In der breiten Öffentlichkeit wird «Klima-Greta» als Klimaschutzexpertin gefeiert.

Recherchen kritischer Medien haben jedoch gezeigt, dass ihr Erfolg weitgehend dem schwedischen PR-Experten Ingmar Rentzhog zu verdanken ist, der über gute Kontakte zu mehreren Propagandaorganisationen verfügt. Vier Tage nachdem Greta ihren Klimastreik begonnen hatte, wurde das Buch ihrer Mutter Malena Ernman (Titel in deutscher Übersetzung: «Szenen aus dem Herzen») präsentiert. Am selben Tag postete Rentzhog auf Instagram ein Foto von Greta und schrieb einen langen Artikel auf Facebook. Das löste eine Kettenreaktion in vielen Zeitungen und anderen Medien aus.

Ende Dezember enthüllte das Magazin *Samhällsnytt*, dass Greta ihre Rede auf der Uno-Klimakonferenz in Kattowitz vor leeren Stühlen gehalten habe, während das staatliche schwedische Fernsehen so tat, als habe sie vor einer grossen Zahl begeistert applaudierender Politiker gesprochen. Gretas Mutter Malena Ernman, eine bekannte Sopranistin, bestätigte daraufhin auf Facebook, dass der Umweltschutzaktivist Bo Thorén ihre Tochter angeworben habe. Thorén gehört dem Vorstand des Umweltverbands Fossilfritt Dalsland an und ist ein namhafter Repräsentant der internationalen Umweltbewegung Extinction Rebellion, die seit letztem Herbst auch in Schweden aktiv ist. Diese Bewegung will mit Hilfe von direkten Aktionen und zivilem Ungehorsam eine klimafreundliche Politik erzwingen. In Grossbritannien hat die Bewegung für Schlagzeilen gesorgt, mehrere Aktivisten wurden verhaftet. Auch in Schweden sind Aktionen geplant, um der Bewegung Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Izabella Nilsson Jarvandi, die eine schwedische Mutter und einen iranischen Vater hat und in Göteborg lebt, ist längst nicht so ein Star wie Greta Thunberg. Aber sie hat ihre Stimme erhoben und auf Probleme hingewiesen, die in Schweden virulent sind. «Ich bin so wütend auf die Politiker», sagt sie. «Ich werde niemals schweigen und so lange kämpfen, bis in Schweden wieder Ordnung herrscht.» Izabella gibt zu bedenken, dass die Schweden vielleicht nicht in der gleichen Weise demonstrieren werden wie die *gilets jaunes* in Frankreich, dass man die Söhne und Töchter der Wikinger aber nicht reizen dürfe.

Greta und Izabella, zwei schwedische Teenager, die sich für die Gesellschaft engagieren – mit einem entscheidenden Unterschied: Der Kampf der einen wird vom Establishment unterstützt. Die andere wendet sich gegen eine politisch korrekte Agenda. Die eine wird von Profis unterstützt, die andere steht allein. Wenn Sie mich fragen – ich weiss, wer von den beiden die wahre Rebellin ist.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Alles andere als ein gefestigter Ideologe: Brasiliens Präsident Bolsonaro mit Gattin Michelle.

Kopf der Woche

Was die Schweiz von Bolsonaro lernen kann

Von Alex Baur — Das mediale Sperrfeuer gegen den neuen brasilianischen Präsidenten ist erstaunlich. Jair Bolsonaro ist weder Diktator noch Faschist. Der Mann könnte sich als Glücksfall erweisen. Für sein Land, für Südamerika, für die Schweiz.

Jair Bolsonaro ist nicht der erste brasilianische Präsident, der am WEF auftritt. Sein Vorgänger Michel Temer sprach letztes Jahr in Davos, vor ihm war auch schon Dilma Rousseff da. Nur nahm die breite Öffentlichkeit Letztere kaum zur Kenntnis. Anders Bolsonaro. Nach der Absage von Donald Trump ist der erst seit Anfang Jahr amtierende *Senhor Presidente* der unbestrittene Stargast des Forums – allerdings eher als Antistar, eine Art «Tropen-Trump», nur noch viel schlimmer.

Glaubt man dem *Tages-Anzeiger*, der sich im Chor der Entsetzten besonders schrill hervor-tat, steht in Brasilien nichts weniger als das Ende der Demokratie bevor. Hass und Hetze, so schwante auch SRF, würden das Land spalten. Man findet kaum einen Artikel, in dem Bolsonaro nicht als «faschistisch» oder «rechtsextrem» apostrophiert wird.

Welch ein Kontrast zur farbenfrohen Inaugurationsfeier des neuen *Presidente* am 1. Januar, die

mit einer Grussbotschaft der First Lady Michelle in Gebärdensprache und einem feierlichen Bekenntnis zu Demokratie und Verfassung begann. Mit knappen Worten kündigte der 63-Jährige danach eine Abkehr vom Sozialismus, von der «Gender-Ideologie» und der Political Correctness an. Stattdessen solle sich Brasilien auf traditionelle Werte wie die Familie und den Schutz des Eigentums besinnen. Doch das war ganz einfach das, was Bolsonaro im Wahlkampf gepredigt hatte und wofür er gewählt worden war. Wenn in Südamerika ein Caudillo nach der Macht greift, sind andere Töne üblich.

Dort, wo es wirklich weh tut

Wohl sollte man, insbesondere in Lateinamerika, eine Regierung nie an ihren Ankündigungen messen. Was tatsächlich ist, sieht man erst im Rückblick. Doch schon die äusseren Umstände entlarven die apokalyptischen Prophezeiungen von Faschismus, Diktatur und Spal-

tung als Propagandahülsen. Das brasilianische System, welches sich stark an jenes der USA anlehnt, gilt als stabil und ist durch *checks and balances* gesichert. Abgesehen davon ist Bolsonaro von einer Mehrheit im Parlament weit entfernt. Im Repräsentantenhaus sind nicht weniger als dreissig Parteien vertreten, im Senat zwanzig. Um Veränderungen zu erreichen, muss der Präsident Koalitionen schmieden und Kompromisse aushandeln.

Caudillos vom Schlage eines Hugo Chávez oder Evo Morales, die sich ihre eigene Verfassung basteln, finden sich kaum in der jüngeren Geschichte Brasiliens. Nicht einmal das Militärregime (1964–1985) brachte einen markanten Diktator hervor. Der Sozialist Luiz Inácio Lula da Silva (2003–2011) hatte wohl Züge eines Volkstribuns, doch auch er stellte die Verfassung nie grundsätzlich in Frage. Brasilien, wo die Hälfte der 420 Millionen Südamerikaner lebt, gilt als friedfertiger Nachbar. Der Gigant erin-

nernt an einen freundlichen Elefanten, der sich am liebsten mit sich selber beschäftigt und sich in Anbetracht seiner schieren Grösse kaum um Feinde zu kümmern braucht.

Mit einem Bruttoinlandprodukt von rund 2,14 Billionen Dollar, einer modernen Automobil- und Luftfahrtindustrie sowie einem starken Agrarsektor galt Brasilien lange als Wirtschaftslokomotive Südamerikas. Doch trotz brummender Weltwirtschaft schlitterte das Land in den letzten Jahren in eine anhaltende Rezession. Die Probleme sind offenkundig hausgemacht, weisen doch andere südamerikanischen Länder unter vergleichbaren Bedingungen anhaltend positive Wachstumsraten aus. Die entscheidende Frage ist, ob Bolsonaro die Wirtschaft wieder auf Kurs bringen kann. Es wäre ein Segen für ganz Südamerika, wenn Brasilien wieder eine Führungsrolle übernehme. Einiges spricht dafür.

Die vermeintliche Schwäche von Jair Bolsonaro ist in Wahrheit seine grösste Stärke: Wie kein anderer steuert er instinktsicher neuralgische Schwachpunkte an. Bolsonaro scheut den Streit nicht, im Gegenteil, er sucht ihn – und zwar dort, wo es wirklich weh tut. Dass er sich dabei gelegentlich in verbale Exzesse verirrt, macht ihn angreifbar. Doch er erzwingt damit Debatten um Grundsatzfragen, die in Lulas Wohlfühlsozialismus jahrzehntelang verdrängt und unter einem undurchdringlichen Teppich des politisch Korrekten erstickt wurden.

Die Verteufelung der Person Bolsonaro ist nichts anderes als eine trotzigige Weigerung, sich den dornenvollen Auseinandersetzungen zu stellen, die Brasiliens Politik lange bequem vor sich hergeschoben hat. Im Kern sind es Grundsatzfragen um die nationale Souveränität und die Rolle von Staat und Familie, denen man auch hierzulande gerne ausweicht. Anstatt auf Vorrat auf ihm herumzuhacken, könnte man sich von Bolsonaros Tabubrüchen auch inspirieren lassen. Gerade die Schweiz könnte – egal, ob wir seine Meinungen teilen oder nicht – einiges von diesem Mann lernen.

Ein Beispiel, das uns zwar direkt kaum betrifft, aber typisch ist für eine moralisch narzotisierte Debatte, liefert der Umgang mit der amerikanischen Urbevölkerung. Das Thema ist mit einem derartigen Tabu belegt, dass heute viele nicht einmal mehr den Begriff Indianer in den Mund zu nehmen wagen, obwohl dieser (anders als etwa «Neger») nie negativ konnotiert war. Nun hat sich Jair Bolsonaro erdreistet, die Indianerreservate mit zoologischen Gärten zu vergleichen.

Grotesk verklärtes Klischee

Seine Aussage wurde von vielen Medien dahingehend verdreht, als hätte er die Urbevölkerung mit Tieren gleichgesetzt, was einen Sturm der Entrüstung auslöste. Tatsächlich hatte der Präsident etwas ganz anderes postuliert: Das Ziel müsse es seiner Meinung nach

sein, die Indianer als vollwertige Mitglieder in die Gesellschaft zu integrieren, statt sie in Reservate auszusondern.

In den meisten Köpfen herrscht ein grotesk verklärtes Klischee von einem heilen Leben in der Wildnis, das in Wahrheit ziemlich brutal und primitiv ist. So werden bei gewissen Stämmen unerwünschte Säuglinge lebendig begraben. Kann ein solcher Infantizid in einem Rechtsstaat hingenommen werden? Stehen die Indianer etwa über dem Gesetz? Mit welchem Recht schliesst man ihre Kinder von der Schulpflicht aus? Zeugt es nicht vielmehr von Rassismus, wenn diese Brasilianer vom Rest der Gesellschaft separiert werden? Müsste man nicht auch die 1,5 Millionen Brasilianer deutscher Muttersprache unter Schutz stellen?

Theoretisch sind rund 12 Prozent des brasilianischen Territoriums den Indianern vorbehalten, die gerade mal 0,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Schätzungsweise die Hälfte von ihnen ist längst in Städte gezogen, viele haben sich irgendwo am Rande der Zivilisation angesiedelt. Nur ein Bruchteil lebt noch in traditionellen Stämmen. Dabei ist völlig unklar, wer die Reservate wie nutzt und wie viele Stämme dort überhaupt noch leben. Riesige Gebiete wurden zum Tummelfeld für kriminelle Banden aller Art. Eine tabulose Kontroverse ist überfällig.

In eine ähnliche Richtung geht die von Bolsonaro provozierte Debatte über den Schutz der tropischen Urwälder. Theoretisch werden diese durch strenge Gesetze geschützt, die aber gar nicht umgesetzt werden. Die gutgemeinten, aber undurchsetzbaren Regeln sind längst ein Teil des Problems. Die neue Regierung postuliert eine kontrollierte Kolonialisierung des Amazonasbeckens, die es immerhin erlauben würde, gewisse Spielregeln festzulegen. Was von den Bolsonaro-Gegnern als Kapitulation vor dem Agro-Business gezeisselt wird, kann man auch als Pragmatismus auslegen.

Während seine Vorgänger ein sozialistisches Schlaraffenland versprochen, setzt Bolsonaro auf den freien Wettbewerb und auf Meritokratie. Die Glorifizierung der Homosexualität steht in seinen Augen sinnbildlich für den Zerfall der Familie; das Gender-Mainstreaming und die Indoktrination an den Schulen lehnt er als Gehirnwäsche ab; Quoten nach Rasse und Geschlecht sind seiner Meinung nach eine besonders perfide Form der Diskriminierung; er fordert die Universitäten auf, mehr Ingenieure und weniger Soziologen auszubilden; Waffen sollten nicht mehr den Gangstern vorbehalten sein, sondern, vor allem in ländlichen Gegenden, von Bürgern zum Selbstschutz erworben werden können.

Bolsonaro spricht direkt und ungehobelt aus, was viele bisher nur zu denken wagten. Sein Wahlslogan traf bei vielen seiner Landsleute einen Nerv: «Brasilien über allem, Gott über allen». Unter Lulas Wohlfühlregime war diese Haltung als chauvinistisch und hinterwäld-

lerisch verpönt. Doch die ideale Welt der Arbeiterpartei ist längst an der Realität zerschellt, der Traum entpuppte sich als Albtraum. Die Regulierungen, Sozialprogramme und eine hohe Staatsverschuldung führten kurzfristig zwar zu einem Konsumrausch, mündeten aber in ein wirtschaftliches Desaster. Das Einzige, was nach einem sozialistischen Jahrzehnt noch blühte, waren Gewaltkriminalität und Korruption.

Kurvenreiche Karriere

Selten hat ein gewählter Präsident in Südamerika sich ideologisch derart dezidiert und klar festgelegt. Das gilt insbesondere für seine Wirtschaftspolitik. Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung sind angesagt. Es dürfte allerdings eher die praktische Erfahrung als die Theorie gewesen sein, welche die Wähler überzeugte. Während der sozialistische Block am Atlantik (Venezuela, Brasilien, Argentinien) zusehends im Elend versank, erfreuten sich an der Pazifikküste Chile, Peru und Kolumbien mit ihren neoliberalen Rezepten seit zwei Jahrzehnten eines anhaltenden Wachstums, das insbesondere auch den unteren Volksschichten zugutekam und die Armutsquoten massiv senkte.

Wer das Scheitern von sozialistischer Überregulierung, Staats- und Schuldenwirtschaft in Südamerika nicht erkannte, der wollte es nicht sehen. In einem Land aber, das mit Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität zu kämpfen hat, steht die Wirtschaft zualleroberst, danach kommt lange gar nichts mehr. Umweltschutz und Sozialprogramme muss man sich erst leisten können. Die grosse Frage ist, ob die neue Regierung ihre Pläne auch umsetzen kann.

Tatsächlich ist Jair Messias Bolsonaro – auf diesen Namen wurde er getauft – alles andere als ein gefestigter Ideologe. Während den 28 Jahren, die der ehemalige Berufsmilitär in der Politik mitmischte, wechselte er acht Mal die Partei. Das ist selbst für südamerikanische Verhältnisse beachtlich. Bolsonaros kurvenreiche Karriere begann bei den Christdemokraten; als es die Umstände verlangten, liess er sich auch mal im Jordan evangelistisch taufen, allerdings nur vorübergehend. Bald wurde er wieder ein braver Katholik, der seiner Michelle zuliebe auch evangelische Gottesdienste besucht. Zwischendurch mischte er sogar bei den Grünen mit. Sein extra für die Präsidentschaftswahlen gegründeter Partido Social Liberal ist, wie es der Name sagt, eine politische Wundertüte. Konservativ und nationalistisch war Bolsonaro schon immer, doch seine neoliberale Ader entdeckte der Nachfahre italienischer Einwanderern erst, als ihm die Zeit dafür reif erschien. Man kann es Opportunismus nennen – oder Pragmatismus.

Ob sich der mehrfach getaufte Messias durchsetzt, ob er seine dezidierten Meinungen allenfalls wieder ändert, wissen wir nicht. Doch allein schon die Tatsache, dass Bolsonaro mit den bequemen Denkblockaden in existentiellen Fragen bricht, macht ihn zum Hoffnungsträger.

Personenkontrolle

Leuthard, Sommaruga, Amherd, Mazzone, Lenz, Kälin, de Schepper, Jans, Herzog, Wermuth, Jean-Richard-dit-Bressel, Gehrig, Vincenz, Rutishauser, Gnesa, Westwood, May

Doris Leuthard, Freundin schneller Lösungen, wollte zu zügig ans Ziel. Die frühere CVP-Bundesrätin und Verkehrsministerin hatte ein Vorhaben des Bundesamtes für Strassen bewilligt, laut dem der Pannestreifen auf der Autobahn im Raum Augst als Fahrspur genutzt werden sollte. Eine Einsprache des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS) erklärte ihr Departement kurzerhand für unzulässig. So geht es nicht, befindet nun das Bundesverwaltungsgericht. Leuthards Departement Uvek hätte, wie vom VCS gefordert, zuerst eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen müssen. Die Sache geht zurück an das Uvek, das das Vorhaben nochmals prüfen muss. Ob die neue Verkehrsministerin **Simonetta Sommaruga** (SP) die Gewichte hier anders setzt als ihre Vorgängerin? (fon)

Viola Amherd, Sternenguckerin, macht als Bundesrätin die Erfahrung, dass in den sozialen Medien das Triviale das Wichtige in den Schatten stellt. Ein verwackelter Schnappschuss des Blutmondes, aufgenommen vom bundesrätlichen iPhone, avancierte auf Twitter zu Amherds drittbekanntester Beitrag. 208 Leute klickten «Gefällt mir», fast dreimal so viele wie die Dankesbezeugung der neuen CVP-Frontfrau an ihre Vorgängerin Doris Leuthard für «deine exzellente Arbeit im Interesse unseres Landes». Wie dem auch sei: Immerhin wissen wir jetzt, dass Viola Amherd früh aufsteht: Den Mond fing sie um sechs Uhr morgens ein. (fsc)

Lisa Mazzone, produktive grüne Nationalrätin, sorgt für Nachwuchs im Bundeshaus. Sie erwartet ein Baby von ihrem Partner **Christoph Lenz**, Bundeshausredaktor beim *Tages-Anzeiger* und früher Ständeratskandidat der Alternativen Liste im Kanton Schaffhausen. Nach dem Kind von Nationalrätin **Irène Kälin** (Grüne) mit Ringier-Mann **Werner De Schepper** ist es bereits der zweite politisch-mediale Beitrag gegen die drohende Überalterung der Gesellschaft – wir gratulieren! (fsc)

Beat Jans, Ex-Kandidat, ist ein Frauenfreund in Wort und Tat. Vor einem Jahr hatte der Basler SP-Nationalrat sein Interesse an einer Ständeratskandidatur bekundet. Das kam nicht überall gut an. Jans musste sich wiederholt Vorwürfe anhören, er verbaue der Basler Finanzdirektio-



So geht es nicht: Ex-Verkehrsministerin Leuthard.



Das Triviale, das Wichtige: Bundesrätin Amherd.



Ideal für Unentschlossene: Designerin Westwood.



Frauennotstand: Nationalrat Jans.

rin **Eva Herzog** den Weg ins Stöckli. Nun kommt der Rückzug: Da bis auf eine Frau alle bisherigen Ständerätinnen ihren Rücktritt erklärt hätten, drohe in der Kleinen Kammer eine derart starke Untervertretung, dass er den Weg für eine Frauenkandidatur freimache, erklärte Jans kürzlich. Bekanntlich sind nicht alle SP-Männer so prinzipientreu. Vom selbsterklärten Feministen **Cédric Wermuth** sind keine Absichten bekannt, sich aus dem Rennen zurückzuziehen, um den Frauennotstand im Stöckli zu verhindern. (fon)

Marc Jean-Richard-dit-Bressel, Staatsanwalt im Raiffeisen-Strudel, vernimmt beunruhigende Nachrichten: Der Leiter der internen Raiffeisen-Untersuchung, Professor **Bruno Gehrig**, findet laut am Dienstag publiziertem Bericht «kein strafrechtlich relevantes Verhalten». Ebenso wenig habe er «Nachweise gefunden, dass sich **Pierin Vincenz** oder andere [...] auf Kosten der Raiffeisen Schweiz persönlich bereichert hätten». Wir erinnern uns: Jean-Richard-dit-Bressel warf den ehemaligen Raiffeisen-Boss und dessen Kompagnon für über hundert Tage in U-Haft. Diese drakonische Massnahme setzt den Staatsanwalt gehörig unter Druck, Resultate zu liefern. Aber die Anschuldigung der «ungetreuen Geschäftsbesorgung» steht auf wackligen Füßen. Denn sie setzt voraus, dass der Ungetreue die von ihm geleitete Firma vorsätzlich am Vermögen schädigte. Gehrig konstatiert zwar schwere Mängel im Controlling und bei der Aufsichtsfunktion des Verwaltungsrats. Zudem ist es bei einzelnen Beteiligungen tatsächlich zu Abschreibern gekommen, also die teilweise ohne vertiefte Prüfung getätigten Käufe stellten sich als überbezahlt heraus. Aber für eine Strafanlage reicht das nicht. Daher sieht es so aus, dass der Staatsanwalt von der «ungetreuen Geschäftsführung» auf «Spesenbetrug» umschwenken will – wofür ein angeblicher Spesenbeleg von Vincenz an die *Sonntagszeitung* durchgestochen wurde, wo Oberchefredaktor **Arthur Rutishauser** eine Dreiviertelseite mit «haarsträubenden Details» füllte. Diese bestehen darin, dass Spesen in der Höhe von 10 000 Franken ohne weitere Belege eingereicht und vom VR-Präsidenten durchgewinkt wurden. (zey)

Eduard Gnesa, Fusionär, erfährt, unbemerkt von der Öffentlichkeit, eine seltene Ehrung. Ein kleiner Weg, der vom Haupteingang des Staatssekretariates für Migration auf die Rückseite des Gebäudes führt, wurde nach dem früheren Chef benannt. Das Strassenschild «Edi-Gnesa-Weg» erinnert an den Namensgeber als «Fusionär und Migrationsbeamter». Im Jahr 2005 fusionierte Gnesa das Bundesamt für Flüchtlinge und das Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung zum Bundesamt für Migration. Angesprochen auf den eher ausgefallenen Gag, gibt der Walliser zurück: «Und das alles noch zu Lebzeiten, also vor der Migration in die ewigen Jagdgründe!» (hmo)

Vivienne Westwood, rothaariges Mode-Fossil, scheint nicht schlecht am Brexit zu verdienen: Ihre «Brexit Court Shoes» – reduziert von 480 auf 190 Franken – sind derzeit ausverkauft. Die blauen Pumps sind ideal für Unentschlossene: Der linke Schuh ist mit dem Union Jack, der rechte mit den Europa-Sternen verziert. Eigentlich wie geschaffen für die Schuhfetischistin **Theresa May**. (ky)

Nachruf

Peter Holenstein (1946–2019) — Er war für eine Redaktionsfeier der *Weltwoche* aus dem Tessin nach Zürich angereist, als ihn letzte Woche der Tod aus heiterem Himmel ereilte. Herzinfarkt. Sieht man von einem Augenleiden ab, war Peter Holenstein bis dahin gesund gewesen. Und aktiv. Eine Pensionierung hatte es für ihn nie gegeben.

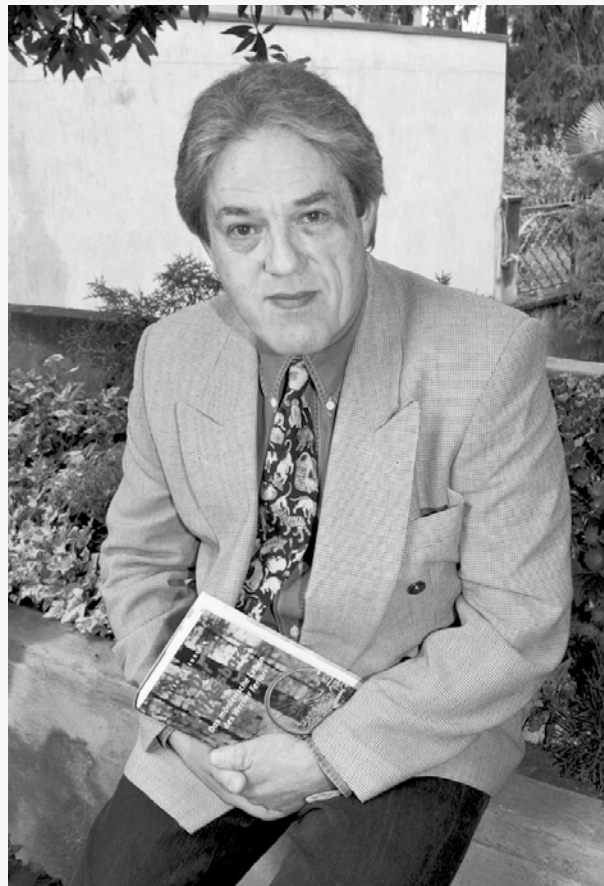
Peter Holenstein war ein journalistisches Urgestein, ein Reporter jener Spezies, die vom Aussterben bedroht scheint. Aufgewachsen in Adliswil ZH, sollte er Goldschmied lernen. Er schmiss die Lehre nach dem ersten Arbeitstag. Das war in den frühen 1960er Jahren, es herrschte Hochkonjunktur. Der Bursche jobbte mal da, mal dort, reiste in der Welt herum. Er war gerade zwanzig geworden, als er beim *Züri-Leu* als Praktikant anheuerte. Alfred Messerli, ein Kollege aus jenen Zeiten, erinnert sich: «Akribisch waren Peters Recherchen schon damals; er brauchte viel Zeit, aber wenn er etwas schrieb, dann wusste man, dass man sich darauf verlassen konnte.»

Mit 23 Jahren war Peter Holenstein bereits Chefredaktor des Jugendmagazins *Team*. Die acht Jahre jüngere Gabi erinnert sich, wie sie als Teenager seine Kommentare las, ohne zu ahnen, dass sie ihn einige Jahre später heiraten würde. Die journalistische Leidenschaft des Peter Holenstein galt immer einem anderen Thema: Verbrechen. Unter dem Pseudonym Peter Lenox verfasste er – zum Teil zusammen mit dem Autor Charles Lewinsky – eine Krimi-Trilogie: «Die Morde feiern, wie sie fallen», «Ein Toter kommt selten allein», «Mord am laufenden Band».

Holensteins Meisterwerk

Seinen ersten journalistischen Scoop von nationaler Bedeutung landete Peter Holenstein 1979. Im Auftrag des *Blicks* besuchte er in Italien den Schweizer Bürger Werner Rudolf Meier, der wegen eines Mordes seit 25 Jahren auf der Insel Elba in einem Gefängnis sass. Peter Holenstein nahm die Unschuldsbeteuerung des Häftlings ernst, er recherchierte monatelang, sprach mit zahllosen Zeugen und machte schliesslich einen Mann ausfindig, der ein Geständnis ablegte: Nicht Meier hatte geschossen, sondern er. Die Recherchen und der öffentliche Druck führten zwar nicht zu einem Revisionsprozess, doch die italienische Regierung begnadigte den Schweizer. Holenstein holte den Freigelassenen persönlich in Genua ab.

Das Meisterwerk von Peter Holenstein war zweifellos sein 2003 erschienenes Buch «Der Unfassbare – das mörderische Leben des Werner Ferrari». Mit gewohnter Akribie breitet er über 500 Seiten die Untersuchungen gegen den pädophilen Sonderling auf, der gemäss einem Urteil der Aargauer Justiz von 1995 fünf Kinder ermordet haben soll. Vier der Morde hatte Ferrari eingestanden, doch mit dem Tod



Wollte einfach die Wahrheit wissen: Autor Peter Holenstein.

der zwölfjährigen Ruth Steinmann, deren Leichnam 1980 in einem Wald aufgefunden wurde, wollte er partout nichts zu tun haben.

In den 1980er Jahren hatte es eine unheimliche Häufung von Morden an Kindern durch unbekannte Täter gegeben. Dreizehn Kinder verschwanden in jenem Jahrzehnt in der Schweiz, sieben Fälle sind bis heute nicht geklärt. Der Druck auf die Ermittler war gewaltig, sie mussten Erfolge liefern. Ferrari war ein Rückfall- und Serientäter. Auf einen Schuldspruch mehr oder weniger, mag man sich gedacht haben, als man ihn trotz einer dürftigen Beweislage auch wegen des Tods von Ruthli verurteilte, kam es in seinem Fall auch nicht mehr an.

Wieder nahm Holenstein die Unschuldsbeteuerung eines verurteilten Mörders ernst, wieder suchte er auf eigene Faust nach dem Mörder, diesmal zusammen mit dem *Blick*-Reporter Viktor Dammann – und wieder wurde

er fündig. Es brauchte gehörigen öffentlichen Druck, bis sich die Staatsanwaltschaft dazu bewegen liess, den Fall neu aufzurollen. Denn der mutmasslich wahre Mörder, den die Reporter präsentierten, hatte sich inzwischen umgebracht. Schliesslich liess die Staatsanwaltschaft auf öffentlichen Druck hin die Leiche des Verdächtigen aber doch exhumieren. Und siehe da: Sein Gebissabdruck passte zu einer Bisswunde, die der Täter auf dem leblosen Körper des Kindes zurückgelassen hatte, wie ein Schlüssel zum Schloss.

Der mutmasslich wahre Täter konnte zwar nicht mehr verurteilt werden. Doch Ferrari wurde in einem Revisionsprozess in diesem Fall freigesprochen. Das änderte wohl nichts am Strafmass, doch Holenstein war es nie darum gegangen, einen Verurteilten aus dem Gefängnis herauszuschreiben. Er wollte einfach die Wahrheit wissen – egal, wem es schaden oder nützen würde.

Alkoholiker, Drögeler, Kriminelle

Das war vielleicht das markanteste Merkmal von Holensteins Schaffen. In einer Zeit, in der die meisten Redaktionen mit flüchtigen Thesen ihre Auflage zu erhöhen oder wenigstens zu halten versuchten, setzte er stur auf Recherchen, die sich bisweilen über Jahre hinzogen. Und er kam damit zum Erfolg. Nur wenige Schweizer haben auf dem harten deutschen Markt mehr Bücher verkauft.

Peter Holenstein arbeitete fast sein ganzes Leben lang als freier Autor, bisweilen als Auftragsschreiber, oft an der

Grenze des Existenzminimums oder auch darunter. 1993 zog er mit seiner Frau Gabi nach Norditalien, in ein Haus hoch über dem Lago Maggiore, das zeitweise eher einem Heim für verstossene Tiere glich. In der Schweiz hätte er sich das nicht leisten können.

Holenstein schrieb Bücher über alles mögliche. Er verfasste Biografien, schrieb auch mal die Texte für ein BEA-Fotobuch über Kaffee. Am liebsten aber widmete er sich Randfiguren: Alkoholikern, Drögeln, Kriminellen – stets ohne Pathos, getrieben von der Neugierde. Es gibt kaum einen grossen Kriminalfall in der Schweiz, bei dem man ihn nicht zu Rate ziehen konnte. Als Mitherausgeber der Forensikerzeitschrift *Kriminalistik* genoss er – was wenige Journalisten von sich behaupten können – auch Ansehen unter Fachleuten. *Alex Baur*

Wie viel ist uns Bettinas Leben wert?

Von Rico Bandle und Lina Pollari (Bild) — Eine 600 000 Franken teure Therapie könnte ihr das Leben retten. Doch die Krankenkasse will nicht bezahlen. Nun sucht Bettina Rimensberger private Spender. Ihr Fall zeigt das Dilemma unseres vielgerühmten Gesundheitssystems auf.

Bettina Rimensberger sitzt im Rollstuhl, wird durch einen Schlauch in den Hals künstlich beatmet, reden kann sie nur noch mit Mühe. Der Kopf ist festgebunden, damit er nicht nach unten kippt. Doch all das wird überstrahlt durch ihr Lächeln, als wir sie zu Hause in Wetzikon besuchen.

Im Alter von neun Monaten wurde bei ihr spinale Muskelatrophie (SMA) diagnostiziert, eine seltene Krankheit, bei der die für die Bewegungsimpulse zuständigen Motoneuronen nach und nach absterben. Die 31-jährige Frau kann nur noch den linken Zeigefinger bewegen – er ist für sie das Tor zur Welt: Mit ihm bedient sie den elektrischen Rollstuhl, das Mobiltelefon, dank ihm kann sie ihre Doktorarbeit schreiben. Doch damit könnte bald Schluss sein.

In den letzten Wochen habe sich ihr Gesundheitszustand merklich verschlechtert. Rimensberger kämpft um ihr Leben. Eine neue Therapie verspricht Hilfe, doch die Krankenkasse will nicht bezahlen. Also versucht sie nun, das Geld auf einem anderen Weg zusammenzubringen: via Spendenaktion.

Dass Bettina Rimensberger überhaupt noch lebt, ist ein Wunder. Oft sterben SMA-Patienten, die wie sie vom Typ 2 betroffen sind, schon im Kindesalter. Die Ärzte sagten den Eltern, über eine Einschulung müssten sie sich keine Gedanken machen, Bettina werde das nicht erleben. Es kam anders: Das aufgeweckte Mädchen besuchte den Kindergarten, die Schule, das Gymnasium, studierte Germanistik und schreibt nun sogar an einer Doktorarbeit über die sprachlichen Unterschiede in der schweizerischen und österreichischen Literatur. «Sie ist äusserst intelligent», sagt Wolfram Groddeck, ihr Germanistikprofessor an der Universität Zürich, der zusammen mit der Studienkollegin Ivana Leiseder den Spendenaufruf gestartet hat. «Ihr Optimismus und ihr Lebenswillen wirken ansteckend, sie ist eine Inspiration für uns alle», sagt er.

Die Resonanz auf die Aktion übertraf sämtliche Erwartungen. Innert zehn Tagen gingen 320 000 Franken ein, 600 000 sind nötig für die Behandlung im ersten Jahr. Rimensberger sagt, sie habe etwas Angst gehabt, mit ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit zu gehen. «Ich wusste ja nicht, wie die Reaktionen sein werden.» Ihre Bedenken erwiesen sich als unbegründet. Bislang haben knapp 3000 Leute Beträge zwischen einem und zehntausend Franken gespendet. Zahlreiche Medien haben über ihren Fall berichtet, sie erhielt Hunderte von Nachrichten von Leuten, die ihr Mut machen wollen.

Dass in der reichen Schweiz Geld gesammelt werden muss, damit eine Patientin überleben kann, klingt unwirklich. Rimensbergers Hoffnung liegt im Arzneimittel Spinraza, das im September 2017 von Swissmedic die Zulassung erhalten hat. Allerdings ist es noch nicht in die Spezialitätenliste des Bundesamts für Gesundheit (BAG) aufgenommen worden, wo jene Medikamente aufgeführt sind, die die Krankenkasse in der obligatorischen Grundversicherung übernehmen muss. Woran dies liegt, ob der Wirksamkeitsnachweis noch nicht genügend erbracht worden ist oder ob Uneinigkeit über den Preis besteht, wollten weder das BAG noch der Hersteller, das US-Biotechunternehmen Biogen, sagen. Eine einzelne Dosis Spinraza kostet 90 000 Franken, hinzu kommen 10 000 für die Applikation ins Rückenmark. Im ersten Jahr der Anwendung sind sechs Dosen nötig, daher der Betrag von 600 000 Franken. Ab dem zweiten Jahr reichen drei Dosen.

Zu teuer für die Richter

Der Fall von Bettina Rimensberger bringt einmal mehr die Frage auf: Was ist ein Leben wert? Beziehungswise was ist die Gesellschaft bereit, für ein Menschenleben zu bezahlen?

2010 hat sich das Bundesgericht mit dieser Frage befasst und nannte sogar eine konkrete Zahl: Ein zusätzliches Jahr eines Menschenlebens dürfe die Allgemeinheit 100 000 Franken kosten. Damals hatte das Gericht darüber zu entscheiden, ob die Krankenkasse 500 000 Franken pro Jahr für ein Medikament zur Behandlung der seltenen Stoffwechselkrankheit Morbus Pompe übernehmen müsse. Abgesehen davon, dass für das Bundesgericht der Wirksamkeitsnachweis des Medikaments nicht ausreichend gegeben war, spielten die Kosten eine entscheidende Rolle: Dem Gericht wäre die Therapie selbst bei hoher Wirksamkeit zu teuer gewesen.

Die Berechnung des finanziellen Werts eines Lebens mag makaber klingen, ist aber ein zentrales und akzeptiertes Element der Gesundheitsökonomie. Die Zahlen werden nicht nur beigezogen, wenn es darum geht, abzuwägen, ob zum Beispiel bei betagten Menschen eine aufwendige Therapie noch verhältnismässig sei, sondern auch bei hohen Investitionskosten für Schutzmassnahmen wie Lawinverbauungen.

Per Wahrscheinlichkeitsrechnung wird ermittelt, wie viele Menschenleben die Schutzmassnahme in einem gewissen Zeitraum rettet. Die Kosten geteilt durch die Anzahl mutmasslich geretteter Leben sollten in der Schweiz

nicht viel mehr als 6,6 Millionen Franken ergeben: So hoch ist gemäss dem Bundesamt für Raumentwicklung hierzulande der statistische Wert eines Lebens, im Fachjargon «Value of statistical life» (VOSL) genannt. Aus dieser Kennzahl wird auch der Wert eines Lebensjahres abgeleitet beziehungsweise eines verlorenen Lebensjahres («Value of a life year lost», VLYL). Zurzeit beträgt dieser 222 000 Franken. Also weit mehr als der vom Bundesgericht vor knapp zehn Jahren festgelegte Betrag.

Wie aber kommt man gerade auf 6,6 Millionen Franken? Der Bund stützt sich bei der Zahl auf Angaben der OECD. Es gibt verschiedene Methoden, einen solchen Wert zu ermitteln, die aber alle ähnlich funktionieren. So wird zum Beispiel eine repräsentative Anzahl Testpersonen gefragt: «Wenn Sie zu einer Gruppe von 10 000 Menschen gehören, von denen per Zufall einer sterben muss, wie viel Geld wären Sie bereit zu bezahlen, um sich aus dieser Lotterie herauszunehmen?» Wären die Leute im Durchschnitt bereit, 500 Franken auszugeben, um das Todesrisiko von einem Zehntausendstel zu eliminieren, so ergibt das einen Wert für ein statistisches Menschenleben von 5 Millionen Franken (500-mal 10 000 Franken).

Das Bundesgericht berief sich in seiner Urteilsbegründung aber nicht nur auf die kühlen Berechnungen von Gesundheitsökonomien, sondern auch – wohl ohne sich dessen bewusst gewesen zu sein – auf das zentrale Element der westlichen Ethik: Kants kategorischen Imperativ, nach dem eine Handlung stets so ausgestaltet sein soll, dass deren Kriterien als allgemeingültig erklärt werden könnten. Das Gericht stellte also die Frage: Was wäre, wenn alle Menschen in der Schweiz, deren Lebensqualität ähnlich eingeschränkt ist wie jene der Morbus-Pompe-Patientin, die Krankenkasse mit 500 000 Franken belasten würden? Bei 180 000 Personen führte dies zu Kosten von 90 Milliarden Franken, was unmöglich zu tragen wäre.

Mathematik entscheidet

Exorbitant teure Medikamente sind vor allem bei seltenen Krankheiten verbreitet, für die sich die Forschung sonst nicht lohnen würde. Als «selten» gilt eine Krankheit, wenn von 10 000 Personen weniger als fünf betroffen sind. Nun könnte man einwenden: Wenn die entsprechende Krankheit tatsächlich so selten ist, so belastet sie trotz hoher Einzelfallkosten das Gesundheitssystem nicht besonders. Doch das geht nicht auf: Es sind über 5000 seltene



«Ich wusste ja nicht, wie die Reaktionen sein werden»: Bettina Rimensberger (r.) mit Freundin und Kampagnenleiterin Ivana Leiseder.

Krankheiten bekannt, in der Schweiz leiden 500 000 Personen an einer von ihnen, wobei die Situation längst nicht bei allen so akut ist wie bei Bettina Rimensberger.

Berechnungen für den Wert des Lebens mögen unethisch erscheinen, sind aber wohl die einzige Möglichkeit, eine einigermaßen objektive Grenze bei den Behandlungskosten zu ziehen – und die muss irgendwo gezogen werden, so hart dies im Einzelfall auch sein mag, darüber sind sich alle einig.

Kritiker monieren, dass solche Grenzwerte die Gesundheitskosten eher anschwellen lassen: Wenn eine Pharmafirma weiss, dass ein gewonnenes Lebensjahr so oder so viel wert ist, so wird sie bei einem lebensrettenden Medikament diesen Betrag bei der Preisgestaltung möglichst abzuschöpfen versuchen, sofern kein Konkurrenzprodukt vorhanden ist – selbst wenn dies mit den Entwicklungs- und Produktionskosten nicht zu rechtfertigen ist. Gesundheitsökonom Stefan Felder von der Universität Basel lässt dieses Argument nicht gelten: «Die durch die Gesellschaft beziehungsweise den Regulator offenbarte Zahlungsbereitschaft schafft Rechtssicherheit für die Pharmaunternehmen. Auf dieser Grundlage können sie Investitionsentscheidungen in Forschung und Entwicklung treffen.»

Biogen erklärt in einer schriftlichen Stellungnahme die Preisgestaltung von Spinraza folgendermassen: «Die Medikamentenpreise werden in der Schweiz vom Bundesamt für Gesundheit oder für die Invalidenversicherung vom Bundesamt für Sozialversicherung festgesetzt. Neben dem Preisvergleich mit dem Ausland wird auch der Nutzen für die Patienten beurteilt. Zudem ist bei Spinraza zu beachten, dass es sich hier um ein Medikament für eine seltene Krankheit handelt (ungefähr 1 in 10 000 Neugeborenen).»

Zwischen Hammer und Amboss

Kürzlich sorgte ein anderes Medikament zur Behandlung der spinalen Muskelatrophie für Schlagzeilen: AVXS-101 von Novartis sei das «teuerste Medikament der Welt». Vier Millionen Franken soll eine einzige Anwendung dereinst kosten. Dabei geht es um die schwerste Art von SMA, den Typ 1, der Neugeborene betrifft. In der Regel sterben diese in den ersten zwei Lebensjahren. Hierzulande wird dieser Krankheitstyp jährlich bei etwa zwölf Babys diagnostiziert. Das neue Medikament erhöht laut Novartis deren Lebenserwartung um durchschnittlich dreizehn Jahre. In den klinischen Studien haben zwei von fünfzehn Kindern sogar laufen gelernt, was bisher undenkbar war.

Vier Millionen Franken für dreizehn zusätzliche Lebensjahre, das entspricht weit mehr als

den empfohlenen 222 000 Franken pro Jahr. Allerdings, so wohl die Hoffnung der Eltern: Das sind dreizehn wertvolle Jahre, während derer vielleicht ein neues Medikament entwickelt wird, das die Krankheit noch weiter zurückzudrängen vermag.

Soll die obligatorische Krankenkasse diese Behandlung übernehmen müssen? Man will nicht zu jenen gehören, die dies zu entscheiden haben.

Auch für Ärzte sind Situationen, bei denen die Behandlung zur Kostenfrage wird, nicht einfach. Bettina Rimensberger wird am Universitätsspital Zürich von Professor Hans Jung behandelt, einer Kapazität auf dem Gebiet. Er will oder darf sich im Zusammenhang mit der Aktion «Bettina will leben» nicht öffentlich äussern. Zu den weiteren führenden Spezialisten gehört Christoph Neuwirth, stellvertretender Leiter des Muskelzentrums am Kan-



Unterwegs in den Kindergarten.

tonsspital St. Gallen. Er behandelte als erster Arzt in der Schweiz erwachsene Patienten mit Spinraza. Zurzeit setzt er das Medikament bei vier Erwachsenen ein – bezahlt durch die Krankenkasse. Dies ist möglich, da gemäss einer Sonderregel im Krankenversicherungsgesetz die Krankenkassen Arzneimittel ausserhalb der Spezialitätenliste übernehmen können, wenn «vom Einsatz [...] ein grosser therapeutischer Nutzen gegen eine Krankheit erwartet wird, die für die versicherte Person tödlich verlaufen oder schwere und chronische gesundheitliche Beeinträchtigungen nach sich ziehen kann, und wegen fehlender therapeutischer Alternativen keine andere wirksame und zugelassene Behandlungsmethode verfügbar ist».

Damit diese Regelung zum Zug kommt, muss der behandelnde Arzt ein Gesuch stellen, das dann vom Vertrauensarzt der Krankenkasse geprüft wird. «Manchmal muss man mehrere Anläufe nehmen, bis die Sache endlich doch bewilligt wird», sagt Neuwirth. Das sei ein langwieriger und zeitaufwendiger bürokratischer Prozess. «Es scheint in manchen Fällen ein gewisser Ermessensspielraum zu bestehen, was einige als willkürlich empfinden.» Bettina Rimensbergers Krankenkasse hat die Gesuche offensichtlich abgelehnt.

Wie sind Neuwirths Erfahrungen mit Spinraza? «Von den vier Patienten zeigen bisher zwei eine im Alltag spürbare Verbesserung. Das heisst, sie können wieder Bewegungen ausführen oder besser ausführen, die so vorher nicht möglich waren.» Er betont, dass man dem BAG und den Krankenkassen dennoch keinen Vorwurf machen könne, da der wissenschaftliche Wirksamkeitsnachweis für erwachsene Patienten noch fehle. In anderen Ländern sieht man dies allerdings anders, in Deutschland und Ita-

lien zum Beispiel ist Spinraza bereits als kassenpflichtiges Medikament zugelassen.

Bei Kindern steht die Wirkung auch bei uns zweifelsfrei fest. «Früher konnte man nur zusehen, wie die Kinder sterben. Mit Spinraza lernen einige sogar zu laufen. Das ist sehr beeindruckend und bahnbrechend», so Neuwirth. Bei ihnen ist die Kostenübernahme klar geregelt: Die IV bezahlt die Behandlung bis zum Alter von zwanzig Jahren. Dann müsste die Krankenkasse oder die obligatorische Krankenpflegeversicherung einspringen. «Es kann die absurde Situation eintreten, dass die Behandlung mit zwanzig Jahren abgebrochen werden muss, da die Kosten nicht mehr übernommen werden», sagt Neuwirth.

Hoffnung bleibt

Bettina Rimensberger ist die Kostendiskussion unangenehm: «Ich finde es es anmassend, wenn man ein Leben mit Geld aufwiegt.» Es wäre tatsächlich vermessen, von einer todkranken Person Verständnis zu erwarten, wenn aus Kostengründen auf eine lebensrettende Therapie verzichtet wird.

Was Rimensberger aber wichtig ist: Sie will niemandem die Schuld geben für ihre Situation. Nicht der Krankenkasse, die nicht bezahlt; nicht dem Bundesamt für Gesundheit, das das Medikament (noch) nicht auf die Spezialitätenliste gesetzt hat; nicht der Pharmafirma, die einen solch hohen Preis verlangt. Aus diesem Grund will sie auch den Namen ihrer Krankenkasse nicht nennen. Ihre Freundin Ivana Leiseder, die das Crowdfunding leitet, sagt: «Ich denke, das ist ein wichtiger Faktor für den Erfolg der Sammelaktion: Sie ist nicht gegen jemanden gerichtet, sie ist auch nicht politisch, es geht uns nur darum, dass Bettina weiterleben kann.»

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass eine solche Aktion bei Rimensberger gelingen kann, vielleicht auch noch bei ein paar anderen Fällen, wie zum Beispiel bei jenen Eltern, die derzeit via *Blick* zwei Millionen Franken sammeln, um ihr schwerkrankes Baby in den USA behandeln zu lassen. Doch als allgemeingültige Lösung für solche Situationen taugt das Crowdfunding nicht: Bei zu vielen Sammlungen spendet niemand mehr. «Ich habe grosses Glück, dass ich Freunde habe, die das für mich so grossartig aufgegleist haben», sagt Rimensberger.

Die Kraft in ihrem linken Zeigefinger schwindet zunehmend. Könnte sie ihn nicht mehr bewegen, wäre es eine Katastrophe. An eine Verbesserung ihres Gesundheitszustands durch die hoffentlich bald anstehende Behandlung mag sie nicht denken – sie wäre bereits über eine Stabilisierung glücklich. Wie hoch ihre Lebenserwartung ist, mit oder ohne Spinraza, weiss sie nicht. Was sie sicher weiss: Die Doktorarbeit möchte sie fertig schreiben. Sie lässt keinen Zweifel daran, dass ihr das gelingen wird.

www.bettina-will-leben.ch

Flussfahrten auf Rhein, Maas, Albert-Kanal und IJssel mit dem Luxusschiff MS Antonio Bellucci ❄️❄️❄️❄️



Katalog 2019
Jetzt bestellen!



2-Bettkabine Mittel- und Oberdeck (ca. 15 m²) mit franz. Balkon



Restaurant



Panorama-Salon

1 Rhein-Kreuzfahrt zur Tulpenblüte Basel–Amsterdam–Basel

9 Tage ab Fr. 890.–

(Nach Rabattabzug, günstigste Kategorie in Nebensaison, inkl. VP)

- Tag Basel** Individuelle Anreise nach Basel. Einschiffung und um 16.00 Uhr heisst es «Leinen los!».
- Tag Strasbourg** Rundfahrt/-gang⁽¹⁾ Europastadt.
- Tag Köln** Schifffahrt entlang dem «Romantischen Rhein». Rundgang⁽¹⁾ durch die alte Domstadt.
- Tag Dordrecht–Rotterdam** Ausflug⁽¹⁾ zu den Windmühlen von Kinderdijk. Rundfahrt⁽¹⁾ durch Rotterdam.
- Tag Amsterdam** Ausflug⁽¹⁾ zum Keukenhof (Abreisedaten 20.03. bis 13.05.). Panoramarundfahrt⁽¹⁾ mit Besuch Reichsmuseum (Abreisedaten ohne Keukenhof 12.03. und 21.05.). Grachtenfahrt⁽²⁾ am Abend.
- Tag Duisburg–Düsseldorf** Ausflug⁽¹⁾ nach Essen zur Zeche Zollverein oder Transfer⁽²⁾ nach Düsseldorf zur individuellen Besichtigung der Metropole.
- Tag Koblenz** Rundgang⁽¹⁾ durch die Altstadt mit Seilbahnfahrt zur Festung Ehrenbreitstein und Führung durch die Anlage mit grandiosem Ausblick.
- Tag Baden-Baden** Ab Gamsheim Busausflug⁽¹⁾ und Rundgang durch die mondäne Bäder- und Kunststadt.
- Tag Basel** Ausschiffung nach dem Frühstück und individuelle Heimreise.

Reisedaten 2019 Es het solangs het Rabatt

12.03.–20.03.	700	27.04.–05.05.	200 ⁽⁷⁾
20.03.–28.03.	600 ⁽⁷⁾	05.05.–13.05.	200 ⁽⁷⁾
28.03.–05.04.	500 ⁽⁷⁾	13.05.–21.05.	200 ⁽⁷⁾
05.04.–13.04.	400 ⁽⁷⁾	21.05.–29.05.	200



Keukenhof

2 Zwei Wochen Erholung Basel–Flandern–Holland–Basel

15 Tage ab Fr. 2190.–

(Nach Rabattabzug, günstigste Kategorie in Nebensaison, inkl. VP)

- Tag Basel** Individuelle Anreise nach Basel. Einschiffung und um 18.00 Uhr heisst es «Leinen los!».
- Tag Flusstag** Schifffahrt «Romantischer Rhein».
- Tag Nijmegen** Rundgang⁽¹⁾ durch die Hansestadt.
- Tag Maastricht** Rundgang⁽¹⁾, Fahrt auf Albert-Kanal.
- Tag Antwerpen** Rundfahrt/-gang⁽¹⁾ Hafenstadt.
- Tag Gent** Transfer⁽¹⁾ Gent, Rundgang. Busausflug⁽²⁾ Brügge, Rundgang und Besichtigung Begijnenhof.
- Tag Middelburg** Ausflug⁽¹⁾ zu den Delta-Werken. Rundgang⁽²⁾ durch Middelburg mit schöner Abtei.
- Tag Amsterdam** Panoramarundfahrt⁽¹⁾ mit Besuch der Riekmühle. Nachmittagsausflug⁽²⁾ Haarlem mit Rundgang. Grachtenfahrt⁽²⁾ am frühen Abend.
- Tag Kampen** Ausflug⁽²⁾ nach Giethoorn. Rundgang⁽¹⁾ in Kampen. Weiterfahrt über das IJsselmeer.
- Tag Oudeschild–Hoorn** Rundfahrt⁽¹⁾ Insel Texel. Fahrt über das IJsselmeer. Rundgang⁽²⁾ Hoorn.
- Tag Flusstag** Schifffahrt auf IJssel und Rhein.
- Tag Köln** Rundgang⁽¹⁾ durch die alte Domstadt.
- Tag Braubach** Ausflug⁽²⁾ Marksburg. Schifffahrt.
- Tag Gamsheim–Kehl** Ausflug⁽¹⁾ Badischer Wein.
- Tag Basel** Ausschiffung nach dem Frühstück und individuelle Heimreise.

Reisedaten 2019 Es het solangs het Rabatt

29.06.–13.07.	400	27.07.–10.08.	400
13.07.–27.07.	400		



Brügge

MS Antonio Bellucci*****

Dieses Luxusschiff bietet Platz für 140 Gäste. Alle Kabinen sind mit Dusche/WC, Föhn, Telefon, Safe, TV und individuell regulierbarer Klimaanlage. Die Kabinen auf Mittel- und Oberdeck (ca. 15 m²) verfügen über einen französischen Balkon, Tisch und zwei Sessel (ausser Mitteldeck hinten). Die Kabinen auf dem Hauptdeck (ca. 13 m²) sind mit kleinen, nicht zu öffnenden Fenstern ausgestattet. Bordausrüstung: Foyer, Shop, Restaurant, Panorama-Salon und Bar, Captains Corner, Sauna- und Fitnessbereich, Sonnendeck mit Whirlpool. Gratis WLAN nach Verfügbarkeit. Lift zwischen Mittel- und Oberdeck. **Nichtraucher-schiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

Unsere Leistungen

- Kreuzfahrt in gebuchter Kategorie
- Vollpension an Bord
- Thurgau Travel Bordreiseleitung
- Audio-Set bei allen Ausflügen

Preise p.P. in Fr. (vor Rabattabzug)

	1	2
2-Bettkabine Hauptdeck hinten	1590	2590
2-Bettkabine Hauptdeck	1690	2790
2-Bettkabine MD hinten, franz. Balkon	1990	3790
2-Bettkabine Mitteldeck, franz. Balkon	2090	3990
2-Bettkabine OD hinten, franz. Balkon	2190	4190
2-Bettkabine Oberdeck, franz. Balkon	2290	4290
Suite OD (ca. 32 m²), franz. Balkon ⁽⁵⁾	2890	5190
Zuschlag Alleinbenutzung Hauptdeck	290	590
Zuschlag Alleinbenutzung Mitteldeck	890	1690
Zuschlag Alleinbenutzung Oberdeck	990	1890
Ausflugspaket (8/10 Ausflüge)	290	320
Annulations-/Assistance-Versicherung	59	79

Weitere Flussfahrten mit MS A. Bellucci*****

Passau–Regensburg–Basel v.v.

9 Tage ab Fr. 1190.– (Nach Rabattabzug)

Basel–Amsterdam v.v.

8 Tage ab Fr. 1290.– (Nach Rabattabzug)

Basel–Cochem–Trier–Koblenz–Basel

9 Tage ab Fr. 1090.– (Nach Rabattabzug)

Ab-Preise, günstigste Kategorie in Nebensaison inkl. VP.

(¹) Im Ausflugspaket enthalten, vorab buchbar | (²) Fak. Ausflug nur an Bord buchbar | (⁵) Nicht zur Alleinbenutzung | (⁷) Mit Keukenhof | Programmänderungen vorbehalten

Weitere Informationen oder buchen
www.thurgautravel.ch

Buchen oder Prospekt verlangen
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Amriswilerstrasse 12, 8570 Weinfelden
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch



Schwächeln des Golfstroms?

Essay der Woche

Nachrichten aus dem Paralleluniversum

Von Jörg Kachelmann — Bei manchen Dingen weiss man nicht, wann sie begonnen haben. Aber irgendwann hat es angefangen, das mit der faktenfreien Wetterberichterstattung.

Ältere Menschen erinnern sich noch, wie es war, als das Wetter sich noch einigermaßen normal verhielt. Es hat im Winter geschneit, manchmal und ausnahmsweise noch in den Frühling hinein. Der Sommer zeigte sich mal nass, zuweilen trocken, mal kühl und zwischendurch auch heiss. Es schien uns nicht ungewöhnlich, wir kleideten uns entsprechend und wurden durch das Auftreten der Jahreszeiten nicht weiter überrascht. Es gab Kalender, und wir ahnten, was es bedeutete, wenn wir uns im Januar befanden.

Disentis als «Geisterstadt»

Heute sind diese früheren Selbstverständlichkeiten («Was das Grosi noch wusste») verlorengegangen. Herrschen völlig jahreszeiten-gemässe 5 Grad unter null am Morgen, erschreckt einen ein grosser Aufmacher im Online-Teil der früher ehrwürdigen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit dem Titel «Deutschland muss frieren». Die kürzlich in den Wintersportgebieten sehr willkommenen Schneefälle erfuhren ein Upgrade zur Schneekatastrophe, ein Schweizer Gratisblatt machte Disentis, das wegen Lawinengefahr für sehr kurze Zeit von aussen nicht mehr erreichbar war, zur «Geisterstadt», und wer regelmässig Radio hört, wird von sturz betroffenen jungen Menschen an milden Wintertagen vernehmen, dass es draussen «frostige [plus] 10 Grad» kalt sei.

Vor allem Online-, immer häufiger auch Printmedien kreieren so ein Paralleluniversum, das wir jeden Tag bewundern dürfen. Zuletzt, als den staunenden Deutschen am vergangenen Wochenende beschieden wurde, sie würden vor einer vier Wochen dauernden Periode «sibirischen Winters» stehen. Das war von Anfang an frei erfundener Blödsinn, nur für den Klick, für den Augenblick.

Die moderne Medienwelt, in welcher das Anklicken einer Geschichte zum Mass aller Dinge und zur Basis der Bezahlung durch Werbekunden geworden ist, hat bei den meisten Journalisten jegliche Hemmungen fallen lassen, was den Umgang mit der Wahrheit angeht. Es gibt keinen Tag, an dem nicht im Zusammenhang mit Wetter und Klima völliger Humbug zu lesen ist. Die Spannweite reicht von grotesken Übertreibungen über falsche Einordnungen eines Ereignisses bis zu – wie bei den «sibirischen Wochen» – freien Erfindungen von Nachrichten. Diese werden häufig mit alliterationsaffinen Attributen garniert, die mit der Gründung des medialen Paralleluniversums einhergehen: «Russenpeitsche», «Kältekeule», «Schneeselle».

Diese Wettergeschichten heute unterscheiden sich deutlich von den Zeiten boulevardesker Zuspitzungen, als etwa ein damaliger Chefredaktor mich beim Schlagzeilenmachen fragte, ob der von ihm bevorzugte Titel noch «im Streubereich

der Wahrheit» sei. Die Mehrheit der abgedruckten oder online gestellten Geschichten zum Thema Wetter oder Klima ist heute falsch. Oder man könnte deutlicher formulieren: erlogen.

Erlogene Sibirien-Story

In diesem Klima des «anything goes» ist die Wissenschaftlichkeit auch beim wichtigen Thema des Klimawandels völlig auf der Strecke geblieben. Ein Teil der *Weltwoche*-Leserschaft muss kurz tapfer sein: Ja, es gibt einen Klimawandel, und Menschen haben auch einen Anteil daran. Inzwischen sind die Schützengräben des Stumpfsinns auf beiden Seiten so weit ausgehoben, dass auch beim Klimawandel jeder Stuss salonfähig geworden ist. Auf der einen Seite wird die Tatsache, dass einmal ein Elefant über die Alpen kam, als valides Argument gegen die Existenz eines menschenbeeinflussten Klimawandels betrachtet (als ob es etwas bedeutete, dass es auch früher schon mal warm war – was niemand bestreitet).

Schwerer als diese mittelmässig bahnbrechende Erreger-Software aus schwitzenden Facebook-Foren wiegt allerdings die Tatsache, dass Politiker, bei denen wir hofften, dass noch ein Hauch Ratio in ihnen wohnen möge, unwissenschaftlichen Unsinn aller Art absondern, sobald es ums Klima geht. Als sei ein *Zetteli* an jeder Wetterlage angeheftet, weil wir auf der Erde herummarodieren würden, gibt



es inzwischen eine völlig abseitige Inflation an Zuordnungen alltäglichen Wetters zum Klimawandel. Schneit es im Winter nicht: Klimawandel. Schneit es viel: Klimawandel. Ist es kalt: Klimawandel. Ist es warm: Klimawandel.

Die deutsche Grünen-Politikerin Bärbel Höhn lieferte diesbezüglich vor wenigen Tagen einen traurigen Höhepunkt durch ihren persönlichen Urknall, indem sie die vier Wochen «sibirischer Kälte», die an sich schon frei erfunden waren, einem nicht existierenden Schwächeln des Golfstroms zuordnete. Dadurch wurde das Paralleluniversum, das Medien erfunden haben, perfekt: Eine erlogene Sibirien-Story führte zu einer Reaktion tiefbestürzten Politiker mit völlig absurdem Inhalt, die wiederum die Sibirien-Story stützte. Der Hysterie-Fahrplan konnte so nach dem vorgeschriebenen Schema ablaufen:

1. Ein Wetterdienst kündigt an, es bleibe nicht länger so mild wie zurzeit.
2. Online-Medium: «Sibirische Wochen drohen.»
3. Hilfsorganisationen warnen vor den Folgen für Obdachlose.
4. Online-Medien berichten über die Warnungen der Hilfsorganisationen.
5. Politiker ordnen die Wetterveränderung dem Klimawandel zu.
6. Es herrschen morgens minus 2 Grad. Radiomoderatoren erzählen, wie bitterkalt es auf dem Weg ins Studio gewesen sei.
7. Online-Medien verwenden die herrschende Temperatur auf der Glattalp (dort immerhin minus 20 Grad; bisheriger Temperaturrekord, der verschwiegen wird: minus 53 Grad), damit sie schreiben können, dass klirrende Kälte herrsche, Temperaturen «bis zu minus 20 Grad».
8. Ein *Weltwoche*-Kolumnist fragt, wo jetzt nun der Klimawandel sei.

9. Eine Doomsday-Sirene aus der Klimahysterie-Szene, die uns vor zwanzig Jahren sagte, dass es im Winter nie mehr Kälte und Schnee geben würde, sagt, dass es nun öfter so extreme Sachen gebe.

10. Am Nachmittag steigen die Temperaturen bis knapp über den Gefrierpunkt. Die Online-Medien warnen vor gefährlicher Glätte abends und starten einen Sibirien-Liveticker.

11. Behörden ordnen an, dass man auf Seen die durch die «sibirische Kälte» entstandene Eisschicht von fünf Millimetern nicht betreten solle. Es wird ein Archivfilm von der Eisrettung eines Hundes von 1986 gezeigt und der Enkel des Besitzers interviewt.

Mediale Wettermärchen

An dieser Stelle ist es den Medien bereits gelungen, das sibirische Paralleluniversum vollständig auszustatten. Durch die Perfektionierung der potemkinschen alternativen Wahrheit, aufgrund der immer mehr Menschen auf etwas reagieren, was es nicht gibt, aber gleichzeitig so tun, als ob es da wäre, bleibt die freierfundene «sibirische Kälte» so lange erhalten, bis die Anzahl Klicks beim Liveticker deutlich sinkt und die «sibirische Kälte» durch ein neues Paralleluniversum ersetzt wird.

Dieses Verfahren wird heute von vielen Medien routinemässig angewandt und gibt Anlass zu höchster Besorgnis, weil es zeigt, dass Medien bereit sind, absichtlich und in vollem Wissen über die andersgeartete Realität völligen Blödsinn zu schreiben, und dass andererseits die Zeitgenossen in ihrer eigenen Wahrnehmung durch diese Lügengeschichten substanziell beeinflusst werden. Vor allem junge Menschen, die mit solchen medialen Paralleluniversen aufgewachsen sind, glauben

inzwischen im Ernst, dass Frost und Schnee im Winter aussergewöhnlich seien, wie man in den Leserkomentaren zu Sibirien-Livetickern und in Sozialforen feststellen kann. Das hat dazu geführt, dass viele Leute nicht mehr wissen, dass die durchschnittliche Höchsttemperatur an einem Hochsommertag im Schweizer Mittelland bei rund 24 Grad liegt. Inzwischen werden, nach 734 Geschichten zur Frage, wo denn der «richtige Sommer» bleibe, 30 bis 35 Grad als Normalität angesehen, wobei die klickschlampesken Medien den Übergang zur unziemlichen «Sahara-Peitsche» bei über 35 Grad genau im Auge haben.

Die Bereitschaft der Medien, für Klicks geradeheraus zu lügen und dies konsequent und über längere Zeit durchzuziehen, besorgt einen insofern, als Menschen auf diese Lügengeschichten hereinfallen. Das mag bisher auf Wetter- und Klimathemen beschränkt sein, weil das Wetter sich vor Gericht nicht gegen die freierfundene Berichterstattung wehren kann. Es rüttelt dennoch an den Grundfesten des Journalismus, wenn Wettermärchen heute zur Normalität geworden sind. Ich möchte nicht aufgeben, zu hoffen, dass die Paralleluniversen eines Tages nicht mehr da sein werden. Wehret den Anfängen.



Jörg Kachelmann ist Unternehmer und Meteorologe für kachelmannwetter.com



VIP-Yachtferien Malediven

Privatyacht-Reise der Extraklasse

Traumhafte Atolle, türkisfarbene Lagunen, weisser Sandstrand, sattgrüne Kokospalmen und ewiger Sonnenschein: Die Schönheit der Malediven lässt sich am besten auf und in den ruhigen Gewässern des Indischen Ozeans entdecken. Mit unserer Privatyacht führen wir Sie zu unberührten Inseln, weitab vom Tourismus.

Die Malediven sind ein geologisches Wunder, Insel reiht sich an Insel, einer prächtigen Perlenkette gleich. Die Riff-Formationen zählen zu den grössten Naturwundern der Erde. Unsere Privatyacht steuert die sonst nur schwer erreichbaren Inseln im Indischen Ozean an.

Freuen Sie sich auf geruhsame Fahrten von Insel zu Insel und bewundern Sie die langsam vorbeiziehende Natur. Sie entspannen sich an Deck, geniessen kulinarische Köstlichkeiten oder erholen sich im grossen Wellnessbereich. Die 26 Crewmitglieder verstehen es, Sie zu verwöhnen. Beim Schwimmen, Schnorcheln und Tauchen entdecken Sie exotische Fische im warmen und kristallklaren Wasser.

Ihre Privatyacht:

50 Meter lang; 4 Decks; 14 Gästekabinen; Panorama-Sonnendeck mit Liegestühlen; Deck-Jacuzzi; Restaurant mit internationaler

Küche; Badeplattform auf Meeresniveau; 2 Bars; 300-Quadratmeter-Wellnessbereich; Schnorchel- und Tauchausrüstung; 20-Meter-Dinghy für Schnorchel-, Tauch- und Landausflüge.

Programm:

Folgende Traum-Atolle steuern wir an: Nord-Malé; Rasdhoo; Nord-Ari; Süd-Ari; Vaavu; Süd-Malé.

Freuen Sie sich auf eine abwechslungsreiche Erlebnisreise in unberührter Natur im kleinen Rahmen (max. 28 Gäste) und in Begleitung des Eigentümers von Executive CH. Allein, mit Freunden oder zusammen mit Ihren Liebsten finden Sie auf der privaten Yachtreise Ihr Paradies.

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Yachtferien Malediven

Reisetermin:
23. bis 30. März 2019

Leistungen:

- Transfer von Malé zur Privatyacht und zurück
- Privatyacht-Reise ab/bis Malé, Malediven
- Vollpension
- Barbecue am Strand und aufgeführte Ausflüge
- Freizeit-Paket: Yoga, Wellness-Anwendungen, Schnorcheln und/oder Tauchen

Spezialpreis pro Person:

Deluxe-Kabine: Fr. 3890.-
Deluxe-Kabine zur Alleinnutzung: Fr. 4190.-
VIP-Suite: Fr. 4690.-
Master-Suite: Fr. 4890.-

Anmeldung und Information:

Buchen Sie Ihr Arrangement über Tel. 056 427 15 68 oder per E-Mail an info@executive-private.ch.
Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular auf www.weltwoche.ch/platin-club

Veranstalter:

Executive CH, www.executive-yachtreisen.ch
Begleitete Yachtferien und Privatjet-Reisen für Gäste, die sich das Besondere gönnen (Mitglied des Garantiefonds der Schweizer Reisebranche).

www.weltwoche.ch/platin-club

Ein gutes Alter

Von Michael Bahnerth — Sie ist fast so unscheinbar wie die AGB von Amazon, der Firma ihres baldigen Ex-Mannes: MacKenzie Bezos, 48 Jahre alt und nach der Scheidung um 70 Milliarden reicher.

Man weiss nicht viel über MacKenzie Bezos, die bald die viert- oder fünftreichste Frau der Welt sein wird. «Bald» heisst nach der Scheidung von ihrem Mann Jeff, dem Amazon-Gründer. Zusammen waren sie das reichste Ehepaar der Welt mit einem Vermögen von 135 Milliarden Schweizer Franken. Es dürfte halbehalbe werden, und es ist immer noch so viel, dass Jeff deswegen sein berühmtes, lautes und kehliges Lachen nicht im Hals stecken bleiben dürfte. Es spielt keine Rolle, ob man 70 Milliarden besitzt oder 135, ausser für das Ego vielleicht. Von daher dürfte Jeff nur kurz geschluckt haben.

Am 9. Januar verkündete Jeff Bezos ihre Scheidung, etwas stilllos per Twitter, tippte, sie seien immer noch glücklich, dass sie sich gefunden hätten, dankbar für jedes gemeinsame Jahr, und sie wollen Freunde bleiben und eine Familie auch. MacKenzie tippte oder sagte bis jetzt nichts dazu. Weil MacKenzie nicht tippt, sondern schreibt, und was sie, die Schweigsame, zu sagen hat, findet sich in ihren zwei Büchern wieder, «The Testing of Luther Albright» und «Traps», und wahrscheinlich bald in einem Dritten, weil sie jetzt nicht mehr ein wesentlicher Teil von Jeffs Geschichte sein wird, sondern nur noch ihre eigene.

Es mag so scheinen, dass im Laufe ihres 48-jährigen Lebens ihre Geschichte immer wieder mal auf der Strecke blieb und sie die Geschichten anderer zu ihrer machen musste, die von Jeff und Amazon. Zehn Jahre brauchte sie für ihren ersten Roman, da krabbelten vier Kinder zwischen den Zeilen unaufhörlich und laut hin und her, drei eigene Söhne, eine adoptierte Tochter. MacKenzie schrieb morgens im Badezimmer, tagsüber in einem angemieteten Appartement, so lange, bis es Zeit war, die Kinder von der Schule abzuholen. Jeff schrieb inzwischen Geschichte mit Amazon.

Natürlich, sagte sie einmal, sei das viele Geld, das Jeff verdient habe, wie ein «Lottogewinn». Aber ihr eigentlicher Lottogewinn sei die Erziehung ihrer Eltern gewesen hin zu eigenem Denken und Handeln und zu Verantwortung. Alles Dinge, so scheint es, von denen Jeff profitiert hat.

MacKenzie wuchs wohlbehütet in Kalifornien auf, der Vater arbeitete als «financial plan-



Motor einer Beziehung: Autorin MacKenzie Bezos mit Gatte Jeff.

ner», die Mutter war Hausfrau, nicht unglücklich offenbar, und ihre unerfüllten Sehnsüchte lebte sie in kleinen Ölbildern aus. MacKenzie lebte ein ruhiges Kinderleben, verbrachte die meiste Zeit in ihrem Zimmer und verfasste als Teenager einen Roman mit dem Titel «Büchervorm». Sie absolvierte die Highschool, studierte, wie Jeff ein paar Jahre zuvor, an der Princeton University. Sie war eine stille Streberin mit einem der besten Abschlüsse. Bei der Nobelpreisträgerin Toni Morrison belegte sie eine Creative-Writing-Class, und Morrison war so begeistert von MacKenzie, dass diese Anfang der 1990er Jahre für den Roman «Jazz» recherchieren durfte.

Gefühl von Glück

MacKenzie wollte Schriftstellerin werden und zog nach New York, arbeitete bei einem Hedge-Fund, für den auch Jeff arbeitete, sie hatte das Büro nebenan. Da war dieses grosse Lachen des kleinen Jeff, sie verliebte sich in es, sie begannen, in den Mittagspausen zusammen zu lachen,

dann auch abends, und irgendwann hörte das Gefühl von Glück, dass sie sich hätten, gar nicht mehr auf zu lächeln.

Jeff war das Gegenteil von ihr. Er war klein, hatte kaum Haare und eine grosse Klappe. Sie war gross, adrett und introvertiert. Zusammen waren sie unschlagbar. Nach einem halben Jahr heirateten sie. Sie zogen zurück an die Westküste in den Bundesstaat Washington. Die nächsten Jahre bastelte sie an ihrem Buch und Jeff an Amazon, und Jeff kam besser voran, auch weil MacKenzie mit ihm arbeitete, zuerst ein wenig als Buchhalterin, dann immer mehr. Sie dachte, schreiben könne sie dann auch später, wenn Jeff reich wäre oder sein Projekt in den Sand gesetzt hätte. Jeff wurde reich.

Sie verliessen die Mietwohnung und kauften sich 1999 ein Haus für zehn Millionen Dollar, MacKenzie war schwanger und eine amerikanische Mom, die in Jeans und Sweatshirt und ungeschminkt ihr Kind in einem Honda-Minivan, dem Auto amerikanischer Mütter, zur Schule brachte und danach ihren Mann noch ins Büro fuhr. Dann versuchte sie, ein paar Stunden zu schreiben, holte ihr Kind von der Schule ab und wartete auf Jeff.

23 Jahre lang ging das gut und für Jeff wahrscheinlich etwas besser als für sie. Ihre Loyalität, ihr Gefühl für Verpflichtung und Verantwortung waren stärker als ihr Wunsch, so leben zu können, dass sie jederzeit schreiben könnte, und MacKenzie schlug ihre Flügel in diesem goldenen Käfig, und sie tat das so leise und kontrolliert wie ein kleines Mädchen, das alleine in seinem Zimmer Bücher liest oder Geschichten schreibt.

Es gibt, natürlich, Spekulationen, weshalb diese amerikanische Vorzeigeehe in die Brüche ging. Jeff soll eine Geliebte haben, Lauren Sánchez, eine 49-jährige Schauspielerin und Moderatorin, die aussieht wie die hübschere Schwester von MacKenzie. Mit Frauen wie MacKenzie, die der unaufhörliche Motor einer Beziehung sind, die die Duldsamen sind und die Demütigen auch, die Beziehung vor das eigene Ich setzen, darf man so etwas nicht tun. MacKenzie ist jetzt 48 und frei. Ein gutes Alter, um ein für alle Mal das Kinderzimmer und dessen Welten zu verlassen.

Schwachsinnige Geschlechterforschung

Von Christoph Mörgeli

Manche Zeitgenossen sind derart intelligent, dass es bereits wieder ins Gegenteil umschlägt. Kolumnistin Tamara Wernli hat uns erzählt, dass die einflussreiche American Psychological Association (APA) ein 31-seitiges Richtlinienwerk herausgegeben hat. Darin kommen die Gelehrten zum Schluss: Die traditionelle Männlichkeit mit Werten wie Leistung, Wettbewerb, Risiko, Dominanz und Vermeidung von Schwäche sei schädlich. Das Mannsein führe nämlich zu Lernschwierigkeiten, Verhaltensproblemen, Kriminalität, Lungenkrebs, Herzproblemen und Selbstmord.

Die Verfasser der Studie haben die Fähigkeit, sich an weitschweifigen und komplizierten Irrtümern zu ergötzen. Doch die Psychologen als «Durchschauer der Leere und Schwindler der Tiefe» (Karl Kraus) haben ihre zeitgeistige Ideologie seit je zur herrschenden Wissenschaft erhoben. Im Jahr 1900 machte ein Deutscher namens Paul Julius Möbius Furore mit dem Aufsatz «Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes». Mit schwachsinnigen Methoden und Hirnvermessungen wollte er nachweisen, dass die Natur den Frauen eine geringere geistige Begabung als den Männern zugeordnet habe. Der angeborene «Schwachsinn» sei Voraussetzung für die Arterhaltung des Menschen und eine Folge der Evolution. Ganz ähnlich wies Otto Weininger im Wälzer «Geschlecht und Charakter» 1903 nach, dass alles geistig Höhere und Ideale der Frau unzugänglich sei. Je weiblicher das Weib, desto mehr verkörpere es eine rein geistlose Lüsterheit.

Heute macht Deutschland geschlechterpolitisch auf progressiv. Die Bundesrepublik feiert das hundertjährige Frauenwahlrecht und belustigt sich über die Hinterwäldlerschweiz. Denn hier «mussten die Frauen bis 1971 warten, bis sie auf Bundesebene dieses Recht beanspruchen konnten». Gleichzeitig beging Deutschland am 15. Januar feierlich den hundertsten Todestag von Rosa Luxemburg. Selbstverständlich ohne gross zu betonen, dass diese aus Russland stammende Sozialistin in Zürich studiert und doktriniert hat. Weil damals Frauen nur in der hinterwäldlerischen Schweiz an den Universitäten gleichberechtigt studieren durften. In Zürich seit 1867, in Bern seit 1868. Die Geschlechterfrage ist eben komplizierter als die Vorurteile heutiger Psychologen. Sie stellen uns Männern gegen teures Geld ohnehin dieselben Fragen, welche die Frauen gratis an uns richten.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Negativzinsen werden steigen

Von Peter Bodenmann — Die nächste Rezession steht leider in der Haustür.



Soll der Werk- und Denkplatz Schweiz noch einmal für den schrumpfenden Bankenplatz bluten.

Die wichtigste Funktion einer Krise im Kapitalismus ist die Zerstörung von Kapital. Damit im darauffolgenden Aufschwung das Kapital, das nicht zerstört wurde, wieder höhere Renditen abwirft.

Das war einmal. Die grossen Finanzkraken waren 2008 so wichtig, so systemrelevant geworden, dass man sie nicht mehr in die Insolvenz gehen lassen konnte.

Die Schweizer Steuerzahler mussten mit 60 Milliarden ins Risiko gehen, weil niemand der UBS mehr Geld leihen wollte. UBS, CS und Co. sind nach wie vor *too big to fail*. Weltweit gibt es heute zu viel Kapital, zu viele Gläubiger und zu wenig Schuldner. Schlicht und einfach, weil die Einkommen und Vermögen laufend ungleicher verteilt werden. Gemüsehändler wissen: Wenn zu viele Tomaten den Markt überschwemmen, sinkt der Kilopreis der Tomaten.

In den letzten Wochen sanken die realen Renditen von in- und ausländischen Staatsanleihen massiv. Und jetzt folgen die Hypothekenzinsen. Wer eine gute Bonität hat, bekommt das Geld für zehn Jahre fest für nominal 1 Prozent. Unter Berücksichtigung der Teuerung somit gratis. Im Herbst 2014 startete Herrliberg die Kampagne gegen den Mindestkurs, obwohl der Franken wegen der Spekulanten auch damals stark überbewertet war. Anfang 2015 gab Thomas Jordan nach und verlor so seine Glaubwürdigkeit.

Die Schadensbilanz: 150 000 Arbeitsplätze wurden vernichtet oder sind neu nicht entstanden. Kaufkraft wanderte ins nahe Ausland ab. Um einen Totalabsturz zu verhindern, musste die Nationalbank Negativzinsen einführen und mehr Geld drucken als vorher. Der Kollateralschaden: Heute haben wir einen faktischen Staatsfonds mit 800 Milliarden Vermögen.

Ausgerechnet jetzt ist wieder eine Kampagne gegen die Nationalbank angelaufen. Bei der neuen Hatz auf Thomas Jordan machen diesmal auch eigentlich halbwegs linke Medien wie die *Republik* und *Infosperber* mit. Dabei schadet den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und Renten nichts mehr als ein noch stärkerer Franken.

Ingo Mainert ist der Chefanlagestrategie der Allianz Global Investors. Er bringt im *Handelsblatt*, im unverdächtigen Blatt der deutschen Kapitalisten, das Problem auf den Punkt: «Bei einer nachhaltigen Wachstumsschwäche wird in Europa sicher über deutlich negative Leitzinsen diskutiert. Die vorstellbare untere Grenze liegt wohl bei etwa minus zwei Prozent.» Die Wachstumsschwäche ist da. Von starker Inflation ist weit und breit keine Spur. Die Zinsen fallen und steigen nicht. Der Schweizer Finanzplatz wird weiter schrumpfen. Gut so.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Start-up, Start-down

Von Kurt W. Zimmermann — Linke können in den Medien nicht mit Geld umgehen, sagt man. Neuster Beweis ist die *Republik*.

Als ich im April 2017 zum ersten Mal in den Büros der *Republik* war, gab man sich dort bescheiden. Lang ist's her.

Christof Moser und Constantin Seibt, die zwei Gründer des Start-ups, erklärten mir ihr Konzept. Sie planten eine schlanke Online-Redaktion mit zehn bis zwölf Journalisten. Die würden pro Tag drei Artikel publizieren.

Diese Bescheidenheit war einer der Gründe, warum die *Republik* zu einem grossen Anfangserfolg wurde. Sie war ein kleines, sympathisches Start-up, das man gerne unterstützte. In kurzer Zeit gingen 16 000 Abonnements weg. Mäzene schossen zudem über drei Millionen an Hilfsgeldern ein.

Nun war die Bescheidenheit vorbei.

Das Einzige, was heute vom Anfangskonzept noch übrig ist, sind die drei Artikel pro Tag. Allerdings sind dafür nicht mehr zehn bis zwölf Journalisten angestellt wie einst geplant, sondern mittlerweile um die vierzig. Die Effizienz ging so völlig in den Keller.

Die *Republik* verbrannte denn auch ungebremst ihr Anfangskapital. Sie verbraucht 6,5 Millionen Franken im Jahr. Allein das Personalbudget für die inzwischen fünfzig Festangestellten macht über 4,3 Millionen aus. Das ist mehr als bei manchen regionalen Tageszeitungen. Die schreiben allerdings nicht nur drei Artikel am Tag.

Noch abstruser ist die Lohnpolitik. Beim Start-up zahlt man sich Rekordsaläre. Der Durchschnittslohn eines voll angestellten *Republik*-Mitarbeiters liegt bei 123 000 Franken im Jahr. Das ist weit über der Branchennorm. Bei der News-Agentur SDA etwa sind es 92 000 Franken, beim *St. Galler Tagblatt* 105 000 Franken und bei der *Luzerner Zeitung* 110 000 Franken. Selbst Marktleader Tamedia zahlt im Schnitt nur 118 000 Franken im Jahr.

Solch unternehmerische Ineffizienz führt in den Medien stets direktissimo zu hohen Verlusten. Bei der *Republik* liegt das Minus bei nahezu drei Millionen pro Jahr. Der Verlust ist damit fast so hoch wie der Umsatz. Das Defizit bleibt auch in Zukunft hoch, denn erst 59 Prozent haben bisher ihr Abo erneuert.

Warum, so fragt man sich, hat die *Republik* ihren Starterfolg nicht in ein vernünftiges, weil kontrolliertes Wachstum geleitet? Warum diese irre Kostenexplosion?

Nun, es hat Tradition. Linke können vieles, aber eines können sie nicht. Medien können sie nicht. Ihre Angebote bleiben stets unrentabel, weil sie ideelle Prinzipien höher gewichten als finanzielle Prinzipien.



«Journalismus totsparen»: *Republik*.

Mit dieser Haltung hat die Linke nicht nur die einstige sozialdemokratische Presse beerdigt, sondern auch viele neuere Projekte ruiniert. Letztes Beispiel war in Basel die *Tageswoche*, die trotz Millionenspenden der roten Roche-Erbin Beatrice Oeri kürzlich unterging.

Noch verdrängt man die Realität

Einzigste Ausnahme ist die bewährte *Wochenzeitung* (*Woz*), die sich dank links-untypischer Kostendisziplin gut über Wasser hält. Ihr Personalaufwand ist vierzig Prozent kleiner als jener der *Republik*. Die *Woz*-Journalisten schreiben oft zwei grössere Artikel pro Woche. Das würde einem *Republik*-Redaktor nie einfallen.

Die *Republik* verhöhnnte die alten Zeitungsverlage stets mit dem Vorwurf, sie würden mit Kostensenkungen «den Journalismus totsparen». Jetzt, welche Ironie, musste die kriselnde *Republik* auch bereits ein Sparprogramm ankündigen. Es war vorerst ein sanftes Sparprogramm, weil sie die Realität noch verdrängt. Bei einem mitleidlosen Blick auf ihre Zahlen müsste sie ihren Personalbestand in etwa halbieren und dann wiederaufzubauen versuchen.

Das ist das Dumme an der Medienrealität. Irgendwann holt sie alle ein. Bei der *Republik* dauerte es knapp ein Jahr.

Paritätisch

Von Henryk M. Broder — Hilfreiche Vorschläge für den Bundestag.

Alle Jahre wieder kommt ein Politiker daher und fordert eine Änderung des Wahlrechts. Mal geht es um Wahlgerechtigkeit, mal um Inklusion und immer darum, mehr Wähler und Stimmen



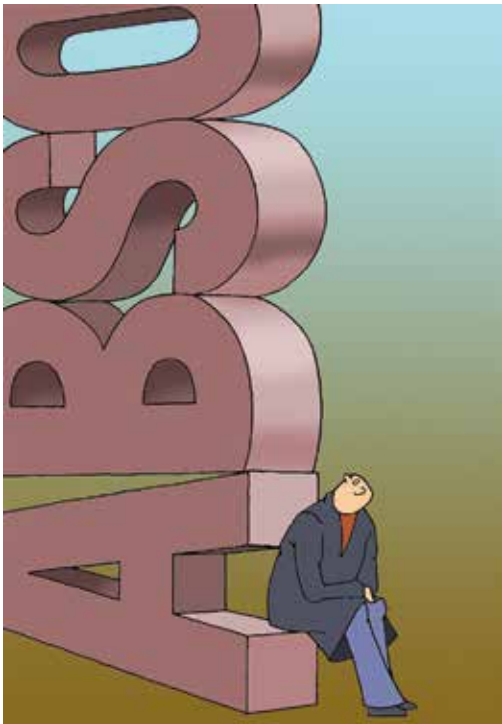
zu mobilisieren. Eine überparteiliche Initiative von Grünen, Sozial- und Christdemokraten machte vor Jahren den Anfang: Jedes Kind sollte von Geburt an ein Wahlrecht haben, das von den Eltern treuhänderisch ausgeübt würde, bis das «Kind» achtzehn wird. Ex-Familienministerin Manuela Schwesig schlug die Einführung eines «Familienwahlrechts» vor, bei dem «ein Elternteil pro Kind eine zusätzliche Stimme» bekäme. Ein Ehepaar mit drei Kindern hätte dann fünf Stimmen. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Burkhard Lischka, fand, es sei «höchste Zeit, dass auch Menschen mit geistiger Behinderung wählen können». Denn: «Wählen ist ein Grundrecht», das auch Menschen, die eine «Vollbetreuung» brauchen, nicht vorenthalten werden dürfe. Zuletzt hat, am 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts, der Jurist und stellvertretende Präsident des Bundestages, Thomas Oppermann, SPD, gefordert, dass die Zahl der Wahlkreise verkleinert und in jedem Wahlkreis ein Mann und eine Frau direkt gewählt werden sollte.

Der Vorschlag ist hilfreich, aber noch nicht ausgereift. «Mann» und «Frau» sind, wie wir inzwischen wissen, keine biologischen Tatsachen, sondern soziale Konstrukte. Und zwischen Mann und Frau gibt es inzwischen mindestens siebzig Gender-Optionen, eine davon heisst «gender-fluid» und bedeutet, dass man und frau täglich neu entscheiden können, ob er beziehungsweise sie ein Mann oder eine Frau sein will.

Hinzu kommt: Im Bundestag sitzen nicht nur Männer und Frauen, sondern auch Christen und Atheisten, Muslime und Juden, Buddhisten und Zarathustrier, Vegetarier und Karnivoren, Menschen mit Laktoseintoleranz und Glutenunverträglichkeit, Raucher und Nichtraucher, Alkoholiker und Abstinenzler, Radfahrer und *petrolheads*, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund – und jede dieser Gruppen hätte einen Anspruch darauf, paritätisch im Bundestag vertreten zu sein. Es würde die Debattenkultur enorm beleben. Nur müsste das Hohe Haus umbenannt werden: in «Deutscher Paritätischer Bundestag».

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Sie haben in einem «Darf man das» geschrieben, der Mensch sei zum Absoluten unfähig. Wie aber würden Sie die Verbrechen Hitlers bezeichnen? Darf man da nicht von «absolut böse» sprechen? *Marcel Raimondi, St. Gallen*

Umgangssprachlich schon, aber wenn man den Begriff ernst nimmt, geht es nicht. Absolut ist nun einmal absolut, nicht mehr steigerbar. Absolut heisst vollkommen. Das menschliche Mass aber ist nicht vollkommen, sondern relativ. Wäre der Mensch zum absolut Bösen fähig, müsste er logisch zwingend auch zum absolut Guten fähig sein – und damit wäre er Gott oder wenigstens gottähnlich. Das aber wäre dann wohl absolute Selbstvergötterung und Anmassung. Was vor achtzig Jahren passierte, ist das schlimmste Verbrechen, das wir kennen. Das absolute Verbrechen ist es nicht – schlimmere Verbrechen sind zumindest denkbar. Zum Glück kam es nicht dazu. Oder anders ausgedrückt: Wenn Hitler das absolut Böse sein soll, sind dann die, die gegen ihn gewonnen haben – zum Beispiel Stalin –, damit automatisch die absolut Guten? Hoffentlich nicht! Behalten wir uns das Wort «absolut» deshalb für Mächte vor, die das beschränkte, unvollkommen menschliche Mass übersteigen. *Roger Köppel*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Dass mehr Mitsprache automatisch mehr Administration und Leerlauf bedeutet, hat Economiesuisse nicht begriffen.» *Patrick Fischer*

Geld verschleudern

Nr. 3 – «Kernkraft gegen Sonne»; Emanuel Höhener und Silvio Borner

Mit dem Geld, das wir heute für erneuerbare Energien auf dem Strompreis zahlen, könnten wir alle fünf Jahre ein modernes Kernkraftwerk finanzieren. Und mit demjenigen, das wir für die CO₂-Steuer zahlen, grad nochmals. Da soll noch jemand sagen, Kernkraft sei teuer – wir könnten die Anlagen nicht mal so schnell bauen, wie wir stattdessen das Geld dafür verschleudern! *Laurenz Hüsler, Egg bei Zürich*

Die präzise Analyse zeigt auf, dass entgegen der Mainstream-Auffassung neue Nuklearanlagen für die Stromversorgung unseres Landes viel wirtschaftlicher wären als die in der Energiewende vorgesehenen Wind- und Solarkraftwerke. Indessen machen die beiden Autoren keinen Vorschlag, wie diese unerfreuliche Situation geändert werden könnte. Das im Kernenergiegesetz verankerte Verbot einer Erteilung von Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke verunmöglicht nicht nur den Bau neuer Kernkraftwerke, sondern lähmt auch jegliche Initiative, mit den nötigen Forschungsarbeiten das Terrain für ein modernes Kernkraftwerk der vierten Generation in der Schweiz zu bereiten. Mit der Streichung dieses entwicklungshemmenden Artikels könnte das faktische Denkverbot bei der Entwicklung der Kernenergie aufgehoben und verhindert werden, dass die Schweiz in dieser Technologie abgehängt wird.

Ulrich Fischer, Seengen

Flatterstrom von Solaranlagen ruft nach Ausgleich durch andere Stromproduzenten. Aber das müssen keine Grossanlagen sein, bei denen die Hälfte der Energie als Wärme durch den Kühlturm verpufft. Klüger wäre es, dezentrale Stromproduktion durch Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen zu fördern. Diese haben über 90 Prozent Wirkungsgrad, weil sie zusätzlich zur Stromerzeugung auch heizen. Zudem vermeiden sie hohe Investitionen ins Stromnetz, weil sie am Ort des Verbrauchs produzieren.

Martin Stadelmann, Erlinsbach

Gleiche Leier

Nr. 3 – «Warum der Rahmenvertrag gut ist»; Gastkommentar von Monika Rühl

Monika Rühl hat noch nicht kapiert, dass die wirtschaftliche Integration niemals durch EU-Recht und Kolonialverträge, sprich: Rahmenabkommen, gesichert werden kann. Dazu braucht es innovative Produkte und geniale



Faktisches Denkverbot: Kernkraftwerk.

Dienstleistungen. Sie bringt die gleiche Leier vor wie damals 1992 vor der EWR-Abstimmung: Wenn wir uns nicht unterwerfen und beitreten, so schwindet unser Wohlstand. Dass mehr Mitsprache automatisch mehr Administration und Leerlauf bedeutet, hat Economiesuisse auch nicht begriffen. *Patrick Fischer, Bremgarten*

Kräftiges Minus

Nr. 3 – «Die Mär vom Fünfliber»; Katharina Fontana über Sozialhilfe

Da viele Sozialhilfeempfänger starke Raucher sind, gibt es bereits beim ersten Ausgabenposten ein kräftiges Minus, ohne dass Lebensmittel gekauft worden wären. Das Rauchen kostet einen starken Raucher (zirka anderthalb Pack pro Tag) bereits über 400 Franken im Monat. Es könnten sich ja mal ein paar schlaue Politiker dieses Problems annehmen, anstatt uns, die wir unseren Lebensunterhalt selber finanzieren, immer wieder vorzuschreiben, was wir nicht tun dürfen. *Markus Rickenbach, Altendorf*

Ausgebucht

Nr. 2 – «Personenkontrolle»; über Konrad Langhart

Wir haben uns sofort zur Albisgüetli-Tagung der SVP angemeldet, aber eine Absage erhalten: Der Anlass sei ausgebucht. Darum wundere ich mich über die Aussage, die Luft sei draussen. *Elsbeth Duc, Zumikon*

Freie Frauen

Nr. 2 – «Tamaras Welt»;
Kolumne von Tamara Wernli

Frauen mit Kopftüchern lassen keinen Zweifel daran, dass sie jede Integration in die westliche Gesellschaft ablehnen. Frei wird die Frau erst sein, wenn sie sich in westlicher Kleidung ohne Kopftuch überall zeigen kann, ohne bedroht oder beschimpft zu werden, wenn sie den von der Familie ausgewählten Ehemann ablehnen und ihren Liebes- und Lebenspartner selbst wählen darf, ohne von ihrer Familie ausgegrenzt oder gar mit Ehrenmord bedroht zu werden.

Arash Yaraghchi, Winterthur

Griff in die Ideologien-Kiste

Nr. 2 – «Nivellierung nach unten»;
Katharina Fontana über das Schulsystem

Die «Weisen» des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) kommen zum Schluss, dass das Bildungssystem in unserem Land sozialer werden müsse. Die Lösung sehen sie in mehr schulischer Gleichmacherei. Ist die Welt eine schlechtere, wenn sich alle Schüler miteinander vergleichen? Und wo bleibt der schulische Ansporn, wenn alles Individuelle (Talent, Motivation) schon im Kind abgewürgt wird, um Konflikte zu vermeiden? Ein solcher Griff in die Ideologienkiste der Linken nivelliert das Schulsystem tatsächlich nach unten.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Gegendarstellung

Unter dem Titel «Esoterische Kettenreaktion» wirft die *Weltwoche* in der Ausgabe Nr. 50/18 (Seite 36) dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) vor, es habe sich beim Krebsrisiko von Halsketten mit natürlich strahlendem Gestein um den Faktor 10000 verrechnet. Das BAG hat sich nicht verrechnet, es hat auf die Berechnung der sogenannten effektiven Dosis verzichtet, weil diese im vorliegenden Fall irrelevant ist. Relevant ist aber, dass dem Schmuck verbotenerweise radioaktives Material beigemischt wurde. Zusätzlich werden mit dem Schmuck zwei Grenzwerte überschritten, der Wert für die Hautdosis und die Befreiungsgrenze für natürliche Radioaktivität. Gregor Lüthy, Abteilungsleiter Kommunikation und Kampagnen des BAG

Die *Weltwoche* hält an ihrer Darstellung fest.

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich habe eine profane, aber nicht unwichtige Frage: Wie bringe ich meinen Mann dazu, dass er mehr im Haushalt hilft? Es kann doch nicht sein, dass alles an mir hängenbleibt! Martha G., Freiburg

Sie werfen eine Frage auf, die wohl damit zusammenhängt, dass zwei Menschen für das Gleiche gemeinsam die Verantwortung tragen. Verantwortung ist jedoch unteilbar. Gemeinsame Verantwortung ist schwierig, vor allem wenn es nicht rund läuft.

Aus Ihrer Frage geht hervor, dass Sie verantwortlich sind und er Ihnen nur helfen soll. Viele Haushalte funktionieren nach diesem System: Die Frau hat das Sagen, und der Mann hat allenfalls zu helfen. Im Grossen und Ganzen funktioniert das nicht schlecht, und erfahrungsgemäss funktioniert es besser als umgekehrt.

Es gibt verschiedene Systeme, um zu erreichen, dass Ihr Mann mehr hilft. Bei der täglichen Hausarbeit kann man jedem seinen Wirkungsbereich zuteilen. Zum

Beispiel ist der Mann für das Decken des Tisches, für die Getränke und anderes zuständig. In diesem abgeschlossenen Bereich ist er nicht nur Gehilfe, sondern Souschef. Die Frau ist zuständig für das Kochen der verschiedenen Gänge. Hier ist sie Souschefin und Chefin des Ganzen.

Falls der Mann seine Verantwortung nicht wahrnimmt, kann man – in unserem Beispiel – nicht wie gewohnt essen und trinken. Und falls die Frau ihre Verantwortung nicht wahrnimmt, gibt es überhaupt nichts. Beide sind also interessiert, dass der eigene Wirkungsbereich funktioniert. Es gibt natürlich auch ein weiteres System: Sie ordnen an, und er hilft. Dieses ist aber konfliktreicher.

Gleichgültig, wie Sie vorgehen, seien Sie konsequent und lassen Sie ihn die Konsequenzen tragen. Wenn er zum Beispiel die Küche aufräumen sollte und er es nicht tut, lassen Sie ruhig einmal alles stehen, bis er selber findet, das sei eigentlich nicht gut. Dann wird er es tun, wenn Sie es ihm nicht abnehmen.

Das ist ein allgemeiner Erziehungsgrundsatz: Am besten lernen die Menschen, wenn sie die Konsequenzen tragen müssen für das Nichtstun, für das falsche Tun und für Unordentlichkeiten. Da braucht es nicht viele Worte, es ergibt sich dann von selbst.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
Die Fragen werden anonym publiziert.
Unveröffentlichte Fragen werden nicht beantwortet.

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Die Zersiedelungsinitiative bremst das Gewerbe aus

noch bis Sonntag, 27. Januar, täglich um 17.35 Uhr auf



und ab Montag, 28. Januar,
täglich um 17.25 Uhr auf



und unter:
www.fokus-kmu.tv

Ueli Maurer und die Frauen

Der SVP-Finanzminister ist der grösste Frauenförderer im Bundesrat. Warum kann es der Quotengegner so gut mit dem weiblichen Geschlecht?

Von Christoph Mörgeli

Die Ex-Nationalrätin äussert sich über Ueli Maurers Frauenförderung voll des Lobes: «Er lebt, was die Linken fordern», sagt die SP-Sicherheitspolitikerin Chantal Galladé. Sie stand zwar bei der Abstimmung über den Kampfflieger Gripen im gegnerischen Lager, bezeichnet aber den früheren Verteidigungsminister dennoch als einen ihrer «Lieblingsbundesräte». Maurer sei «auf gute Art fortschrittlich, natürlich und gleichberechtigt unterwegs». Er lege neben der inhaltlichen Kompetenz auch Wert auf ein gutes, menschliches Arbeitsklima und sei in der Zusammenarbeit «angenehm, zugänglich und unkompliziert». Galladé meint sogar scherzhaft: «Wenn wir sieben Maurers hätten, spielte die Frauenquote keine Rolle mehr.»

Laut Susanne Leutenegger Oberholzer, mittlerweile zurückgetretene SP-Wirtschaftsministerin, fühlt sich Ueli Maurer im Finanzdepartement wesentlich wohler als früher beim Militär. Als Präsidentin der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) sei sie von Maurer parlamentarisch bestens bedient worden und habe mit ihm etwa beim automatischen Informationsaustausch vorzüglich harmoniert: «Möglicherweise war die Zusammenarbeit mit Ueli Maurer so problemlos und speditiv, weil Frauen sachbezogener politisieren – egal, in welchen Parteien.» Beim Versicherungsvertragsgesetz, das noch immer nicht behandelt ist, habe sich der Finanzminister dann leider als wenig lobbyresistent erwiesen.

Neue Staatssekretärin

Jedenfalls erstaunte die neuste Personalie im obersten Segment von Einfluss und Lohnklasse in der Bundesverwaltung nur noch Uneingeweihte: Bundespräsident Ueli Maurer ernannte Daniela Stoffel zur neuen Staatssekretärin für internationale Finanzfragen (SIF). Sie wird damit Nachfolgerin von Jörg Gasser, der nach nur

zweieinhalb Jahren das Handtuch geworfen hat. Daniela Stoffel trägt den Titel einer Botschafterin, leitete den politischen Stab des SIF und arbeitete als diplomatische Beraterin von Ueli Maurer sehr eng mit dem Departementchef zusammen. Maurer ermunterte Stoffel zur Bewerbung und machte sie zur Staatssekretärin – im vollen Wissen, dass sie seit gut zwei Jahren die Partnerin seines Kommunikationschefs Peter Minder ist.

Die Beförderung von Daniela Stoffel sorgte unter bürgerlichen Finanzpolitikern für Stirnrundeln. Sie sind von der ausgebildeten Hauptfach-Philosophin, die seit je im Bundesdienst steht und nie eine ausländische Botschaft geleitet hat, wenig begeistert. «Ich hätte einen international tätigen, führungserfahrenen Konzern-

«Wenn wir sieben Maurers hätten, spielte die Frauenquote keine Rolle mehr.»

juristen aus dem Finanzdienstleistungsbereich vorgezogen», kommentiert SVP-Nationalrat Thomas Matter. Und er äussert gleichzeitig die Hoffnung, dass «Frau Stoffel die Verordnungsvorschläge der Finma und der Nationalbank im Interesse der Branche kritischer begutachtet, als es bis anhin geschah». Gemäss Insidern beschränkte sich die Tätigkeit von Botschafterin Stoffel im Wesentlichen auf die Organisation und Koordinierung der Auslandstermine von Ueli Maurer. Wie sie das durch ausländischen Druck enorm geforderte Staatssekretariat für internationale Finanzfragen mit hundert Mitarbeitern führen wird, ist eine offene Frage.

Doch Ueli Maurer setzt in seinem Departement auch sonst auf Frauen. So schlug er die ehemalige Bündner Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner (BDP) zur Präsidentin des Bankrates der Schweizerischen Nationalbank vor.

Das Generalsekretariat seines Finanzdepartements leitet Rahel von Kaenel, die zuvor seine persönliche Mitarbeiterin gewesen war. Die gelernte klassische Archäologin hat Maurer von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf übernommen, der sie ebenfalls schon persönlich zugearbeitet hat. Diese Ernennung sorgte für Verwunderung – nicht nur aus Gründen der Parteipolitik, sondern auch darum, weil von Kaenel zuvor nicht als speziell führungstark aufgefallen war. An der Spitze des bedeutenden Eidgenössischen Personalamts im Departement Maurer steht die Juristin Barbara Schaefer. Die Personalchefin über 37 366 Bundesangestellte ist mit dem früheren SBB-Präsidenten und Postchef Ulrich Gygi (SP) liiert. Sie vertrat die Meinung: «Die Saläre der Top-Kader müssten nach oben angepasst werden.»

«50 Prozent Frauen, 50 Prozent Männer»

Ueli Maurer gilt nicht erst in der Funktion des Finanzministers als wohl effizientester Frauenförderer im Bundesrat. Die *Sonntagszeitung* konnte sich dennoch nicht genug darüber wundern, dass er am Jahrestreffen der Berner Sektion von Alliance française, dem Verein der Französischsprachigen im Raum Bern, «eine erstaunliche Aussage für einen SVP-Politiker» gemacht habe: Maurer habe nämlich die Vision einer Bundesverwaltung verkündet, in der 50 Prozent Frauen und 50 Prozent Männer arbeiten. Naturgemäss war ein solches Unterfangen in den sieben Jahren, in denen er dem Verteidigungsdepartement (VBS) vorstand, schwer zu erreichen. Aber auch im VBS mischte Maurer die Männerwelt auf, indem er 2009 mit der promovierten Chemikerin Brigitte Rindlisbacher erstmals eine Frau in die Schlüsselstellung einer Generalsekretärin hievte – und zwar gegen 34 Mitbewerber. Sie verstand sich mit ihrem Vorgesetzten so gut, dass sie den Nachfolger nicht abwarten mochte und bei Maurers



Voll des Lobes: Barbara Janom Steiner (BDP), Chantal Galladé (SP), Susanne Leutenegger Oberholzer (SP), Rahel von Kaenel (v.l.n.r.).



«Andere Sicht der Dinge»: SVP-Bundesrat Ueli Maurer (r.), Staatssekretärin Daniela Stoffel.

Wechsel ins Finanzdepartement vorzeitig in den Ruhestand ging. Die Walliserin Germaine Seewer erreichte in Maurers Amtszeit als erste Frau den Generalsrang eines Brigadiers unter denselben Bedingungen wie ein Mann. Wie sie beteuerte, sei eine Frau unter Männern in der Armee längst «nichts Spezielles» mehr.

Die von Ueli Maurer gewünschte politische Fifty-fifty-Geschlechterlösung in der Politik ist derzeit im Bundesrat mit drei Frauen schon fast erreicht. Mit seinen Kolleginnen in der Landesregierung konnte und kann er es ausgesprochen gut. Er pflegte sogar zu Eveline Widmer-Schlumpf, von der sich seine Partei unter vernehmlichem Ächzen getrennt hatte, ein pfegliches Verhältnis. Noch kurz vor ihrer erfolgreichen Sprengkandidatur gegen Christoph Blocher hatte Maurer die Bündner Finanzdirektorin als fähige mögliche Bundesratsanwärterin

bezeichnet. Mit Simonetta Sommaruga trifft sich Maurer gelegentlich auf ein Bier. Und die meist fröhliche Doris Leuthard war ohnehin fast immer zu gegenseitigem Scherzen aufgelegt.

Schon in seiner Funktion als langjähriger Präsident der SVP Schweiz standen Ueli Maurer die weiblichen Kollegen im Grunde viel näher als die Herren der Schöpfung. Menschlich verstand er sich vorzüglich mit SP-Präsidentin Ursula Koch, die ansonsten für bürgerliche Politiker die ideale Reizfigur abgab. Schon nach kaum drei Jahren schmiss sie aber den Bettel wegen innerparteilicher Differenzen hin – das unschöne Mobbing betrieben an vorderster Front ihre «Parteifreundinnen». Noch wesentlich enger verband Maurer eine persönliche Freundschaft mit der Genfer Ständerätin Christiane Brunner, die der SP 2000 bis 2004 vorstand und ebenfalls aus einfachen Verhältnissen stammte. Die bei-

den sassen auch privat zusammen und halfen sich bei Fernsehauftritten in der jeweils anderen Sprachsphäre bei komplizierten Wörtern gegenseitig aus. Dass SVP, FDP und CVP Christiane Brunner anlässlich der Bundesratswahlen von 1993 als zu links und zu verrückt beurteilten und ihr Ruth Dreifuss vorzogen, war vielleicht die grösste bürgerliche Fehleinschätzung des Jahrzehnts.

Ungewollter Gender-Politiker

Als Ueli Maurer kurz vor seiner Wahl in den Bundesrat das Präsidium der Zürcher SVP übernahm, wirkten in entscheidenden Chargen nicht weniger als drei Frauen: Geschäftsleiterin der Kantonalpartei war Daniela Vas, Kantonsratspräsidentin Ursula Moor und Regierungsratspräsidentin Rita Fuhrer. Daniela Vas äussert sich heute noch beeindruckt von der Intelligenz, Kompetenz und stets gleichbleibenden Freundlichkeit ihres damaligen Chefs. Wenn sich jemand über sie beschwert habe, sei Maurer jederzeit vor sie gestanden: «Ueli Maurer mag eben die Menschen, während sich ansonsten die Politiker vor allem selber mögen.» Er habe das Vorurteil beispielhaft widerlegt, dass SVP-Männer die Frauen am liebsten an den Herd wünschen: «Ueli Maurer interessiert nicht, welches Geschlecht die Mitarbeitenden haben, wenn sie nur fähig und verlässlich sind.»

Als Präsident der nationalen SVP arbeitete er eng zusammen mit der stellvertretenden Generalsekretärin Alike Panayides, der Westschweiz-Koordinatorin Gilberte Demont und der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Jeannine Grünenfelder. Maurer verfügte damals als Chef der grössten Partei nicht einmal über eine ihm persönlich zugeteilte Assistentin. Grünenfelder stand ihm bei der Bewältigung der anfallenden Arbeiten zur Seite und meint heute: «Ueli Maurer hat seinerzeit auch Frauen in den unteren Chargen der Parteihierarchie wahrgenommen, motiviert und gefördert.» Zur späteren BDP-Nationalrätin Ursula Haller, mit der er manchen innerparteilichen Strauss ausfocht, meinte Maurer lachend: «Ich habe sie viel lieber als sie mich.»

Mit den Journalistinnen pflegte er als Parteipräsident ebenfalls einen lockeren, zwanglosen, oft persönlich geprägten Umgang. Manches, was gegenüber dem breiten Publikum in den Medien als harter ideologischer Schlagabtausch daherkam, war in Wirklichkeit viel undramatischer, entspannter und heiterer, als es aussah. Die Partnerinnen der Politiker beeindruckt besonders, dass Ueli Maurer dank seinem stupenden Gedächtnis ihre Vornamen selbst dann noch weiss, wenn die letzte Begegnung Jahre zurückliegt. Und was meint der Bundespräsident selber zu seiner Rolle als ungewollter Gender-Politiker? «Es gibt eine andere Sicht der Dinge. Darum arbeite ich gerne mit Frauen zusammen.» ○

Mysterium Maudet

Kaum jemand ist in der Schweizer Politik im Ansehen so tief gesunken wie der Genfer FDP-Staatsrat Pierre Maudet. Die Hartnäckigkeit, mit der er sich am Amt festklammert, ist einzigartig.

Von Hubert Mooser

Der Genfer FDP-Vorstand und Petra Gössi als Präsidentin der FDP Schweiz haben ihn zum Rücktritt aufgefordert. Längst ist Pierre Maudet auch nicht mehr bloss die Journaille auf den Fersen, sondern inzwischen auch der Staatsanwalt. Seine Kollegen im Staatsrat haben ihn von wichtigen Geschäften entbunden. Und dann das: Bei der vom Parteivorstand einberufenen FDP-Generalversammlung vor einer Woche, die Maudet definitiv zum Rücktritt zwingen sollte, sprach sich die Mehrheit der Delegierten für ihn aus.

Wie hat er das nur geschafft? So fragen sich viele. «Mit überzeugenden Worten», gibt Maudet zur Antwort. Bei politischen Auseinandersetzungen habe er sich schon immer richtig warm gelaufen. «Ausserdem war das Klima im Saal nicht feindselig und gegen mich gerichtet.» FDP-Nationalrat Benoît Genecand vermutet: «Da ihm seine Kollegen im Staatsrat einige Geschäfte weggenommen haben, hatte er Zeit, seine Anhänger zu mobilisieren.» Eines ist jedenfalls klar: Selten zuvor hat sich ein in Skandale verstrickter Politiker so hartnäckig gegen seine Absetzung gewehrt und an sein Amt geklammert.

Maudet organisiert die Rückeroberung

Der Genfer CVP-National- und Stadtrat Guillaume Barazzone kündigte schnell einmal an, dass er bei den Nationalratswahlen 2019 und den Wahlen für den Genfer Stadtrat 2020 nicht mehr antreten werde, nachdem bekanntgeworden war, dass er der Stadt Genf 2017 42 000 Franken an Spesen verrechnet hatte, davon 17 000 Franken allein für Mobilfunkkosten. Maudet hält dagegen seit Monaten einem viel grösseren Druck stand, und wie!

Gestärkt durch das Verdikt der Generalversammlung, organisiert er die Reconquista, die Rückeroberung des Territoriums, gibt Interviews und schreibt Kolumnen. Er glaubt nach wie vor, dass er seinen Kopf aus der Schlinge ziehen kann: «Ich habe nicht in die Kasse gegriffen. Ich habe auch nicht den Interessen des Staates geschadet», verteidigt er sich. Warum sollte er also zurücktreten? Allerdings lässt Maudet gegenüber der *Weltwoche* auch durchblicken, es ergebe auf die Dauer keinen Sinn,



«Sie unterstützen mich trotzdem»: FDP-Politiker Maudet.

im Staatsrat auszuharren, wenn er keine Geschäfte mehr habe. Der Genfer Staatsrat werde demnächst über eine neue Aufgabenverteilung entscheiden müssen.

Die Affäre begann im Sommer 2018 mit der Enthüllung einer von «Freunden» bezahlten Luxusreise in die Vereinigten Arabischen Emirate. Es folgten weitere Storys über geheime Absprachen, von Gönnern finanzierte Geburtstagspartys und Steuertricks. Unter dem Eindruck der Ereignisse zitierte Parteichefin Petra Gössi Maudet zu einer Aussprache nach Bern. Maudet habe zuerst dem FDP-Vorstand eine Absage erteilt, später dann vom Zug aus telefonisch angekündigt, er sei auf dem Weg nach Bern, sagen FDP-Vertreter. Nach einer zweistündigen Aussprache stand das Verdikt fest: Maudet solle zurücktreten. Doch dieser lässt sich seit dem Entscheid der FDP-Generalversammlung erst recht nicht mehr beirren. «Er merkt selber nicht mehr, wie er die Partei hinunterzieht», sagt Kantonalpräsident Alexandre de Senarclens.

Hat Pierre Maudet das Gespür für die Realität verloren? Oder hat die Parteileitung die Situation falsch eingeschätzt, als sie ihn zum Rücktritt zwingen wollte? Maudet selber stellt sich auf den Standpunkt, dass sich die Partei hinter einen Politiker stellen müsse, solange kein rechtskräftiges Urteil vorliege.

Fast ein Guru

Er fühlt sich von der FDP-Spitze schlecht behandelt. «Wir haben uns mehrmals und ausführlich mit dieser Geschichte befasst», wehrt sich de Senarclens. Nun geht nicht Maudet – wie die Parteispitze forderte –, sondern der Genfer FDP-Präsident, weil er vor der Generalversammlung verkündet hat, er werde zurücktreten, falls sich die Basis hinter den umstrittenen FDP-Staatsrat stelle.

De Senarclens hinterlässt eine tief gespaltene Partei. «Mit dem Streit für oder gegen Maudet wurden die alten Gräben zwischen Radikalen und Liberalen wieder aufgerissen», sagt Pierre Kunz, eine frühere Parteigrösse der Genfer FDP. «Die Geschäftsleitung hätte wissen müssen, dass eine solche Generalversammlung die Partei in zwei

Lager spaltet.» Er wolle Maudet nicht in Schutz nehmen. «Aber es gibt viele Stimmbürger in Genf, die heute finden, die Attacken gegen Maudet kämen langsam einer Hexenjagd gleich.» Der Magistrat habe einen besseren Rückhalt in der Bevölkerung, als man allgemein meine.

Dafür sorgen seine Anhänger: Es gibt einen Unterstützungsverein mit über hundert Mitgliedern, der für ihn trommelt, egal, was man ihm vorwirft. Und er kann auf gute Freunde zählen, etwa auf den früheren Nationalrat John Dupraz, französisch-schweizerischer Doppelbürger wie Maudet. «Er muss unbedingt durchhalten», findet Dupraz. «Ich bin seit fünfzig Jahren in der FDP, habe es aber noch nie erlebt, dass die Partei auf einen eigenen Politiker so losgegangen ist.» Dass FDP-Chefin Petra Gössi sich in die Geschichte einmischte, kommt beim Polit-Rentner schlecht an. «Ich wollte ihr einen Staubsauger schicken, damit sie zuerst bei sich in der Deutschschweiz sauber macht», poltert Dupraz.

Die Verehrung von Maudet durch seine Gefolgsleute nehme fast religiöse Züge an, meint ein Genfer Liberaler, der sich aber nicht mit Namen zitieren lassen will. Maudet sei für diese Leute beinahe eine Art Guru. FDP-Nationalrat Genecand spricht von einer Mission, auf der sich Maudet befinde, seit er als Vierzehnjähriger in die Politik eingestiegen sei. Maudet muss lachen: «Wenn wir eine Sekte sind, dann eine erfolgreiche Sekte. Immerhin haben wir bei der Generalversammlung gewonnen.» Seine Unterstützer würden ihm aber nicht blind nachlaufen. Es seien viele kritische Geister darunter. «Sie haben mir gesagt, dass sie enttäuscht von mir sind, unterstützen mich aber trotzdem.»

«Einzigster Lebenszweck»

Pierre Maudet war so etwas wie der Mozart der Genfer Politik. Bereits als Jugendlicher mischte er die Calvinstadt auf. Mit 29 wurde er in die Stadtregierung gewählt, vier Jahre später war er der jüngste Stadtpräsident in der Geschichte Genfs. Seit der Ersatzwahl 2012 für Parteikollege Mark Müller sitzt Maudet in der Kantonsregierung. Sein grosses Lebensziel war und ist die Landesregierung; 2017 war er bei der Nachfolge von Didier Burkhalter Kandidat, gewählt wurde dann der Tessiner Ignazio Cassis. Aber eben.

«Wen die Götter verderben wollen», heisst es, «dem verwirren sie die Sinne.» Maudet hat sich verführbar gezeigt. Der sonst souverän auftretende Magistrat konnte nicht widerstehen. Jetzt hat er Partei und Justiz im Nacken.

Es gibt einen Unterstützungsverein mit über hundert Mitgliedern, der für ihn trommelt.

«Es geht aber letztthin nicht darum, ob sich Maudet strafrechtlich etwas zuschulden kommen liess», sagt ein Vertreter der Genfer FDP. Die wenigsten Rücktritte von Politikern hätten damit zu tun, dass Staatsanwälte ermittelten oder anklagten.

«Durch sein Verhalten und seine Lügen hat er sich als unwürdig erwiesen, das Amt eines Staatsrates weiterhin auszuüben, egal, wie am Ende das Strafverfahren ausgehen wird», meint dieser Parteikollege – was Maudet und seine Anhänger nicht sehen wollen.

Für Maudets zähes Verbleiben im Amt hat SVP-Nationalrat Yves Nidegger nur eine Erklärung. «Die Politik ist seine einzige Raison d'être, sein einziger Lebenszweck», so der Genfer Politiker und Anwalt: «Wenn er zurücktritt, verliert er diesen.» Deshalb halte Maudet derzeit alles aus, was sonst kaum jemand aushalten würde. Es gibt möglicherweise noch eine andere Erklärung: Wenn er bis zum Juni durchhält, erhält er eine volle Rente. ○

Schweiz

Klassentreffen der Macht

Am Genfersee diskutierten Spitzenpolitiker und Top-Manager über das Rahmenabkommen. Die Meinungen sind gemacht. Aber es gibt einen prominenten Abweichler. Von Erik Ebnetter

Einmal jährlich, immer im Januar, lädt Nestlé zur Rive-Reine-Tagung, benannt nach dem Hotel, wo die Gäste übernachten: ein Prunkbau in La Tour-de-Peilz, zwischen Montreux und Vevey direkt am Genfersee gelegen. Der Anlass gilt als «exklusivste Konferenz der Schweiz» (*Tages-Anzeiger*). Die wichtigsten Wirtschaftsführer des Landes treffen auf Bundesräte, Parteipräsidenten und Fraktionschefs, die Nationalbankspitze ist anwesend, ausgewählte Chefredaktoren, Professoren und Verbandsvertreter, vielleicht fünfzig, sechzig Personen. Die genaue Gästeliste bleibt geheim.

Bekannt ist, wie die Treffen ablaufen. Um 16 Uhr kommen die Teilnehmer im sechsten Stock des Nestlé-Hauptsitzes in Vevey zusammen. Die Sitzordnung im grossen Konferenzraum mit Blick auf Berge und See ist alphabetisch. Ein Gast hält ein Referat, danach gibt es eine vertrauliche Diskussion. Später wird die Gesellschaft mit dem Bus nach La Tour-de-Peilz gefahren, wo ein kurzer Apéro und ein langes Diner mit streng hierarchischer Sitzordnung folgen. Ein paar Drinks an der Bar beenden den Abend, am nächsten Morgen referiert in Vevey ein weiterer Gast.

Giftig, peinlich

Dieses Jahr stand die Tagung unter dem Titel: «Europa – ein Kontinent in der Krise? Konflikttherde und der (Aus-)Weg der Schweiz». Jean-Pierre Roth, der einstige Nationalbankchef und heutige Nestlé-Verwaltungsrat, der seit einigen Jahren als Gastgeber der Konferenz wirkt, hatte das Thema vorgegeben. Tatsächlich drehte sich die Tagung, die vergangene Woche stattfand, weniger um die Frage, ob Europa in der Krise stecke, sondern vor allem um das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Es war das erste grosse Spitzentreffen von Politik und Wirtschaft, seit der Bundesrat das Abkommen in die Konsultation geschickt hatte, und einen hochkarätigeren Anlass, um das Thema zu besprechen, wird es bis Verfahrensende nicht geben.

Die Referate hielten Christa Tobler, Professorin für Europarecht an der Universität Basel, und Rolf Dörig, Präsident von Adecco und Swiss Life. Sie behandelten beide das Rahmenabkommen, interpretierten es aber

grundlegend anders. Exemplarisch zeigte sich das an der Frage, welche Folgen das vereinbarte Schiedsgerichtsverfahren hätte. Es unterstellte die Schweiz «faktisch» dem Europäischen Gerichtshof, urteilte Dörig, während Tobler erklärte, der Bundesrat habe «formal erreicht», dass der Europäische Gerichtshof «nicht direkt» über die Schweiz entschiede. Zu ähnlich ungleichen Schlüssen kamen sie bei anderen strittigen Punkten wie der Unionsbürgerrichtlinie oder der Guillotine-Klausel.

Tobler sagte, sie erachte das Abkommen als «akzeptabel», obschon sie einen Beitritt der Schweiz zum EWR «eleganter» gefunden hätte. Dörig hingegen empfahl, das Abkommen abzulehnen und auf ein neues Angebot der EU zu warten. Gleichzeitig solle die Schweiz mögliche Sanktionsmassnahmen gegen die EU sowie Freihandelsabkommen mit Drittstaaten vorbereiten. Beide betonten, den Vertragstext «nüchtern» analysiert zu haben.

Und die übrigen Anwesenden? Die Wirtschaftsführer hätten sich für das Abkommen ausgesprochen, sagen mehrere Teilnehmer. Kritische Einwände seien von SVP- und SP-Politikern gekommen, unter ihnen Thomas Aeschi und Christian Levrat. Prononciert für das Abkommen geworben habe Walter Kielholz, der Präsident von Swiss Re und Branchenkollege von Dörig, unterstützt von Verbandsvertretern, namentlich Heinz Karrer von Economie-suisse, Valentin Vogt vom Arbeitgeberverband und Hans Hess von Swissmem.

Was die Diskussionskultur betrifft, gehen die Einschätzungen auseinander. Einige berichten von differenzierten Beiträgen auf hohem Niveau, andere erzählen von giftigen Bemerkungen und peinlichen Situationen. So habe ein Teilnehmer das Rahmenabkommen offenkundig nie richtig gelesen, obschon er sich öffentlich bereits wortreich dazu geäussert hatte. Dass es auch das Freihandelsabkommen von 1972 berühren würde, habe ihn jedenfalls sichtlich überrascht.

Der Bundesrat hatte Guy Parmelin an den Genfersee entsandt, um den Diskussionen beizuwohnen. Was er seinen Kollegen rapportieren wird, blieb allerdings unklar. Er soll wenig gesagt und vor allem zugehört haben.

Wenn Lehrer Politik machen

Die Schule muss politisch neutral sein. Im Alltag sieht das oftmals anders aus: Die Pädagogen platzieren im Unterricht freimütig tendenziöse Botschaften.

Von Katharina Fontana

Letzten Freitag sind in der Schweiz Hunderte von Schülern in den «Klimastreik» getreten, bereits zum zweiten Mal. Statt im Unterricht zu sitzen, zogen sie mit Plakaten durch die Strassen, die Aufschriften wie «Save our planet, save our future» trugen. Ihr Vorbild ist Greta Thunberg, eine sechzehnjährige Schwedin, die am Freitag jeweils nicht zur Schule geht, sondern für den Klimaschutz streikt, wenn sie nicht gerade auf der internationalen Bühne eindringliche Appelle hält. Der Massenprotest mag für viele Schüler vor allem ein cooles Happening sein, und etliche der jungen Teilnehmer werden wohl nicht ganz so umweltbewusst und nachhaltig leben, wie sie es auf ihren Schildern propagieren. Dennoch ist die junge Klimabewegung sympathisch. Teenager denken gross, sie wollen die Welt besser und gerechter machen; das war bei früheren Generationen nicht anders.

Eine andere Frage ist, wie die Schulen mit den «Streikenden» umgehen. Am ersten «Streiktag» im Dezember liess man sie überwiegend gewähren und tolerierte die Abwesenheit. Mit Blick auf den zweiten und auf bereits angekündigte weitere «Streiktage» hat man in gewissen Kantonen die Schraube angezogen, dort müssen die schwänzenden Schüler mit einer unentschuldigten Absenz rechnen. Anderswo sieht man das lockerer. In Bern etwa, wo sich die Schüler über Schützenhilfe von der grünen Erziehungsdirektorin freuen dürfen, konnten sie sich in vielen Gymnasien ohne grosses Aufheben vom Unterricht dispensieren lassen. Daneben gibt es Lehrer, die die Jugendlichen verklausuliert oder direkt zum «Streiken» aufriefen, oder solche, die selber mitmarschierten und ein rigides CO₂-Gesetz forderten. So viel offene Solidarität der Pädagogen mit einem politischen Anliegen kommt einem denn doch eigenartig vor.

An der Grenze zur Indoktrinierung

Eigentlich sollte die öffentliche Schule politisch neutral und ideologiefrei sein. Dass unter diesem hehren Grundsatz sehr Unterschiedliches verstanden wird, zeigt der Disput um neue Lehrmittel, der kürzlich für Aufsehen gesorgt hat. Bürgerliche Parteien protestieren gegen die «linksideologische» und «antikapitalistische» Ausrichtung der Schulbücher, in denen Hilfsorganisationen über die Ausbeutung der Dritten Welt klagen und die Gewerkschaften als Kämpfer für Lohngleichheit glorifiziert werden. Viele Eltern schulpflichtiger Kinder wird diese Einseitigkeit freilich nicht

erstaunen. Denn sie sind es gewohnt, dass die politische Ausgewogenheit an der Schule an einem kleinen Ort ist und das Pendel zuverlässig nach links ausschlägt. Exemplarisch zeigt sich dies bei den verschiedenen Projekttagen zum Thema Umwelt und Energie, wie sie an vielen Gymnasien durchgeführt werden. Es ist zweifellos sinnvoll, in der Schule über die Energieversorgung und über alternative Energiequellen zu reden. Doch, so ist von wenig erbauten Schülern zu hören, sind solche Anlässe letztlich Freibühnen für Lobbyisten, an denen diese ihre Sicht der Dinge unwidersprochen darlegen dürfen. Wenn Vertreter aus dem Umweltbereich oder aus der Solarbranche vor fünfzehnjährigen Schülern Werbespots für Solaranlagen oder ein Plädoyer für scharfe Energiegesetze halten dürfen und die Lehrerin begeistert einstimmt, geht das hart an die Grenze zur Indoktrinierung.

Doch nicht nur an speziellen Projektanlässen, auch im ganz normalen Schulalltag ist die politische Schlagseite vieler Pädagogen deutlich zu spüren, wie Schüler erzählen. Da gibt es Lehrer, die mit nebenbei eingeworfenen Bemerkungen und unterschwellig platzierten Botschaften regelmässig ihre politischen Präferenzen und Sympathien äussern. Andere erlegen sich gar keine Zurückhaltung auf und teilen ihrer Klasse beispielsweise ungefragt mit, dass sie die hängige Gewerkschaftsinitiative für einen Vaterschaftsurlaub eine tolle Sache finden oder dass die Schweiz endlich einkommensabhängige Krankenkassenprämien benötige. Ebenfalls beliebt sind herablassende Sprüche über das Schweizer Militär und Witze über dessen Tauglichkeit.

Auch wenn es um Parteipolitik geht, scheinen etliche Lehrkräfte nichts von Zurückhaltung und Fingerspitzengefühl zu halten. Rechtsbürgerliche Parteien wie die SVP oder die Tessiner Lega werden mehr oder weniger offen als problematische, gar rassistische Gruppierungen dargestellt. Es gibt Lehrer, die finden es beispielsweise völlig in Ordnung, im Unterricht Fotos von prominenten Schweizern zu zeigen, darunter von Christoph Blocher, und dann süffisant anzumerken, dass man diesen Herrn eigentlich besser nicht kennen würde. Auch Donald Trump sorgt in vielen Schulstuben für Verstörung. Dass es am

Tag nach seiner Wahl bei einem Teil der Schülerschaft zu Tränenausbrüchen kam und Trump mit Hitler verglichen wurde, mag im damaligen Aufruhr der Gefühle verständlich erscheinen. Wenn aber auch eine Lehrerin in den Tenor einstimmt und vor der Klasse Parallelen zwischen dem neugewählten amerikanischen Präsidenten und dem bekanntesten Massenmörder der Geschichte zieht, wirkt das doch höchst unprofessionell. Wenig ausgewogen ist es beispielsweise auch, wenn den Schülern im Englischunterricht ausschliesslich US-Talkshows gezeigt werden, in denen der Bösewicht aus Washington die Lachnummer ist. Warum nicht zwischendurch einmal eine Sendung von Fox News bringen, damit die Schüler eine Vorstellung davon bekommen, wie das rechte Lager in den USA tickt?

Anbiederung und Parolen

All diese Episoden sind, für sich allein genommen, nicht schlimm, in der Summe aber sind sie ein Ärgernis. Und für jene Schüler, die eine andere Sicht der Dinge haben und die jahrelang demselben eintönigen Sound ausgesetzt sind, wird ein solcher Schulalltag zur Belastung. Den Lehrern, denen ja immerhin eine Vorbildfunktion zukommt, scheint es irritierenderweise oft gar nicht bewusst zu sein, dass es an der Schule und im Klassenzimmer auch noch eine andere politische Meinung geben könnte. Sie gehen wie selbstverständlich davon aus, dass die Teenager links-grün, zumindest aber antibürgerlich sind, wie man es in diesem Alter eben meistens ist. Ist es also Anbiede-

rung an die Jungen? Hofft man als Lehrer auf Applaus, wenn man sich im Klassenzimmer als Klimaschützer und Vaterschaftsurlaubsfreund outet oder sich als vehementer Trump-Gegner aufspielt? Wenn man sich mit den Jugendlichen solidarisiert gegen die Bösen der Welt, die durchwegs rechts geortet werden?

Selbstverständlich gibt es auch andere Lehrer, die mit ihrer eigenen Meinung nicht selbstgefällig hausieren gehen und die einen tollen Unterricht anbieten. Die beispielsweise die Entwicklungshilfe nicht nur aus einer einzigen Warte betrachten, sondern neben den positiven Aspekten auch fragwürdige Tendenzen thematisieren und damit die Jugendli-



«Neutral heisst nicht wertfrei»: Zemp.



Teenager denken gross: sogenannter Klimastreik, am Freitag in Luzern.

chen zum kritischen Denken anregen. Doch hört man, was Schüler zu Hause vom Unterricht erzählen, scheinen diese Lehrer bedauerlicherweise eher dünn gesät zu sein.

Wie steht man beim Schweizer Lehrerinnen- und Lehrerverband zu den parteiischen Pädagogen? Für Präsident Beat W. Zemp ist die Frage, wie die Lehrerschaft mit politischen

«Gesellschaftlich umstrittene Themen müssen in der Schule kontrovers diskutiert werden.»

Themen umgehen soll, so alt wie die Schule selber. Die Schule müsse parteipolitisch neutral sein, doch «neutral heisst nicht wertfrei». Jeder Mensch habe seine eigenen Wertvorstellungen, und diese würden bei der Arbeit durchscheinen, auch bei einem Lehrer. «Klar ist aber, dass eine Lehrperson Schüler nicht manipulieren, sie nicht einseitig informieren oder indoktrinieren darf.» Was hält Zemp konkret davon, wenn Lehrer ihre Schüler bei-

läufig wissen lassen, dass sie die Initiative für einen Vaterschaftsurlaub eine tolle Sache finden? «Das Thema Vaterschaftsurlaub ist ein aktuelles politisches Thema, da darf ein Lehrer nicht einfach eine Parole ausgeben. Allerdings darf er seine persönliche Meinung offenlegen, wenn die Schüler ihn danach fragen.» Und was meint er dazu, wenn eine Lehrerin ihrer Abneigung gegen den amerikanischen Präsidenten im Schulunterricht freien Lauf lässt und Hitler-Vergleiche zieht? Ein solches Verhalten sei höchst fragwürdig, so Zemp.

Insgesamt sei die Lehrerschaft aber sehr heterogen zusammengesetzt, davon ist Zemp überzeugt. Die verbreitete Vorstellung, dass die Lehrerinnen und Lehrer mehrheitlich linksgrün seien, entspreche nicht der Realität. «Man hat dieses Bild wegen der Achtundsechziger, die in Jeansjacken und Schlabbershirts vor der Klasse standen. Doch diese Generation tritt ab, die Letzten von ihnen werden jetzt pensioniert.» Zemp, selber schon jahrzehntelang als Gymnasiallehrer tätig, ist überzeugt, dass sich Heranwachsende vom Lehrer ohnehin nur we-

nig oder gar nicht politisch beeinflussen lassen. Wenn ein Lehrer im Unterricht mit politischen Belehrungen aufwarte, sollten Schüler, die anderer Meinung seien, Widerspruch einlegen, rät er. «Dann entsteht eine offene Diskussion. Denn gesellschaftlich umstrittene Themen müssen in der Schule kontrovers diskutiert werden, damit sich Schüler ihre eigene Meinung bilden können.»

Das trifft zweifellos zu. Nur scheint bei weitem nicht jeder Pädagoge die Grösse zu haben, offenen Widerspruch hinzunehmen. Die Erfahrung von Schülern zeigt, dass es mit der Toleranz gegenüber anderen Meinungen oft nicht so weit her ist. Und auch wenn Jugendliche genug widerstandsfähig sind, um sich gegen Bevormundung und Indoktrinierung zu wehren, ist die politische Einseitigkeit an Schulen doch stossend. Ein Gutteil der Teenager, die meinungsmässig gegen den Strom schwimmen, sich aber nicht dauernd als Aussenseiter exponieren wollen, werden sich mit der Zeit innerlich verabschieden und die Schuljahre freudlos und uninspiriert absitzen. ○

Warum es die SP besser macht

Den Sozialdemokraten Europas laufen die Wähler davon. Nicht so in der Schweiz. Die SP bleibt die zweitstärkste Partei des Landes. Was steckt dahinter?

Von Wolf Linder

In vielen Ländern kämpft die Sozialdemokratie ums Überleben. Stellte Frankreichs Parti socialiste 2012 mit François Hollande noch den Staatspräsidenten und die Mehrheit in der Nationalversammlung, so erreichten die Partei und ihr Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 2017 nicht einmal 8 Prozent der Stimmen. Dramatisch der Wählerverlust auch der SPD: Der stolze Wähleranteil von gut 40 Prozent zu Zeiten von Kanzler Gerhard Schröder hat sich mittlerweile halbiert, und Bayerns Sozialdemokraten mussten sich in den Landtagswahlen 2018 gar mit weniger als 10 Prozent begnügen. Den Genossen in den Niederlanden, in Griechenland oder Irland ging es ähnlich. Trotz Ausnahmen wie Jeremy Corbyns Labour Party in Grossbritannien oder der neuen Regierung Schwedens bleibt das allgemeine Bild: Die Sozialdemokratie Europas ist auf dem Abstieg.

Nicht so in der Schweiz. Die SP hält seit zwei Jahrzehnten einen Wähleranteil von rund 20 Prozent und bleibt zweitgrösste Partei des Landes. Sie verteidigt ihren zweiten Bundesratssitz unangefochten und hat an politischem Einfluss eher zugelegt. Warum?

Gutausgebildete Dienstleister

Den Wahlschlappen der europäischen Linken werden zwei Hauptgründe nachgesagt: Erstens hat sie ihre einstige Wählerbasis der Arbeiter und einfachen Angestellten verloren, und dies vielerorts an die populistischen Sammelbecken nationalkonservativer Parteien. Zweitens büssen die Sozialdemokraten dafür, dass sie die EU-Freizahndelpolitik samt deren grenzenloser Personenfreizügigkeit unterstützen und dabei übersehen haben, dass damit einstige Industrieregionen ausgeblutet und massenhaft Globalisierungsverlierer produziert wurden.

Auch die SP teilt den Verlust ihrer ehemaligen Wählerbasis. Ihre grössten Einbrüche fanden allerdings bereits in den 1970er und 1980er Jahren statt, als sie ein Fünftel ihrer Wählerschaft verlor. Seither gelang es den Sozialdemokraten, sich als Partei der gutausgebildeten Dienstleister zu konsolidieren. Und lokal wird die SP zunehmend attraktiver für ein buntes, urbanes Milieu. Insbesondere ihre pragmatische «neue» Sozialpolitik (z. B. Kinderbetreuung) entspricht den lebensweltlichen Bedürfnissen junger Berufstätiger. Aber wie kann eine Partei heute mehr Einfluss haben als vor zwanzig Jahren,

wenn sie wählermässig nicht zugelegt hat? Der Grund ist einfach: Heute ist der Bürgerblock gespalten. In Ständeratswahlen findet die SVP keinen bürgerlichen Partner mehr, tritt allein an und verliert. Gewinnerin ist die SP, die ihre Sitze in der Kleinen Kammer seit 1995 von fünf auf zwölf erhöhen konnte, während die SVP bei ihren fünf Vertretern stehenblieb. Mit dem Zerwürfnis zwischen der SVP und ihren bürgerlichen Schwesterparteien ist es im Parlament ansatzweise zu einem tripolaren Kräfteverhältnis



Ver mehrt Mehrheiten: Schweizer Sozialdemokraten.

links–Mitte–rechts gekommen: Die Linke, die früher regelmässig leer ausging, gelangt heute vermehrt zu Mehrheiten mit der CVP oder sogar mit der FDP, weil sich die SVP dem Kompromiss der andern Parteien verweigert.

In politischen Grundfragen standhaft

Was aber hat die schweizerische SP besser gemacht in ihrer politischen Positionierung? Mit ihrem Programm, das die «Überwindung des Kapitalismus» fordert, ist sie eine der am weitesten links stehenden Parteien Europas. Das schadet ihr darum nicht, weil Parteien in der direkten Demokratie weniger an der Rhetorik ihrer Programme als am Einsatz und Erfolg in den konkreten Sachfragen gemessen werden. Hier gibt es die Konstante der Sozialpolitik. Während seinerzeit etwa die SPD unter Schröder mit der Hartz-IV-Reform viel von ihrer Glaubwürdigkeit als soziale Partei verspielte, hat sich die schweizerische Linke nach wie vor als verlässlichste Hüterin der sozialen Einrich-

tungen wie zum Beispiel der AHV profiliert. Die härteste Knacknuss bleibt die Einwanderungspolitik. Ihr Engagement für offene Grenzen bescherte der SP am frühesten jene Wähler- und Vertrauensverluste, die heute zur Diskreditierung der europäischen Linken führen. Und die «offene und soziale Schweiz», für welche die SP wirbt, bleibt unter Druck. Das zuträgliche Mass an Einwanderung bestimmt bei uns die Stimmbürgerschaft, und der Erfolg der Masseneinwanderungsinitiative zeigte, dass 2014 eine Mehrheit glaubte, dieses Mass sei überschritten.

Will die SP der SVP die Themenführerschaft in dieser Frage streitig machen, so müsste sie eine Begrenzung der Einwanderung aus ganz anderen Einsichten fordern, so wie das etwa die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran im Streitgespräch mit SVP-Nationalrat Thomas Aeschi formulierte: «Ihr müsstet endlich die Ursachen der Zuwanderung bekämpfen, aber da seid ihr extrem widersprüchlich: Ihr befürwortet die Tiefsteuerstrategie für Konzerne. Damit zieht ihr massenhaft internationale Konzerne an. Jeder Zuwanderer in der Teppichetage zieht weitere zehn Zuwanderer an – einer, der ihm die Wohnung hinstellt, eine, die sie für ihn putzt, eine, die seine Kinder hütet, und so weiter.»

Die SP hält unbeirrt am längerfristig angestrebten Beitritt zur EU fest. Politisches Harakiri? Nein, und zwar aus zwei Gründen. Erstens sind Konstanz und Standhaftigkeit in wichtigen politischen Grundfragen zentral für die Glaubwürdigkeit einer Partei, wenn sie eine verlässliche Bindung ihrer Wählerschaft anstrebt. Zweitens wäre die Schweiz schlecht aufgestellt, wenn der europapolitische Verstand aller Politikerinnen und Politiker unseres Landes nur noch in den Tunnelröhren «Bilaterale» und «Alleingang» gefangen wäre.

Zu korrigieren hat die SP allerdings ihre idealistischen Vorstellungen von einem «sozialen Europa». Ein solches gibt es nicht, denn die EU und ihre Gerichtsbarkeit sind längst auf eine ausgesprochen neoliberale Wirtschaftspolitik eingeschwenkt. Mindestens die Gewerkschaften haben dies mittlerweile gemerkt. Die Weigerung des Gewerkschaftsführers Paul Rechsteiner, die eigenständige Sozialpartnerschaft im Rahmenabkommen mit der EU preiszugeben, ist darum ein Signal zum Besseren.

Die Volksrechte zwingen zur politischen Konkordanz. Das heisst: Die Parteien sind zur Verständigung und zum politischen Kompromiss gezwungen. Wird dieser nicht erreicht, kommt es fallweise zur Opposition mit Hilfe von Referendum oder Initiative. Beide Polparteien, SVP und SP, sind häufiger Oppositionsparteien als jene der bürgerlichen Mitte. Diese Oppositionsrolle hat die nationalkonservative Rechte in den vergangenen Jahrzehnten vielleicht besser gespielt als die Linke. Doch das muss nicht so bleiben.

Aussperren? Nicht in der Schweiz

Die Kritik an der heutigen Hyperglobalisierung – Kasino-Finanzkapitalismus, Zunahme der sozialen Ungleichheit, Jobrisiken wenig Qualifizierter und Statusverlust vieler Berufe, Wachstumsschäden – nimmt in ganz Europa zu. Hier liegen Chancen für eine SP, die sich von den bürgerlichen Parteien profiliert abgrenzt. Anders als ihre Schwesterparteien hat sie im Widerstand gegen den neoliberalen Mainstream der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, der grenzenlosen Liberalisierung der Arbeitsmärkte und des Abbaus des Sozialstaats einen glaubwürdigeren Ausweis aus der Vergangenheit. Sie könnte darin noch besser werden.

Die Schweiz hat eine weitere Eigentümlichkeit: Das duale Berufsbildungssystem und die direkte Demokratie erzwingen eine soziale Orientierung und verlangen eine Sprache, die sich nie allzu weit entfernen darf von dem, was die SVP als «ihr» Volk erachtet. Das macht die SP besser als Frankreichs linke Intellektuelle, aber weit weniger gut als die SVP.

Vielleicht steht die SP darum besser da als in anderen Ländern, weil sie eingebettet ist in die Stabilität des Konkordanzsystems. Dieses braucht neben den Bürgerlichen eine linke Kraft. Würde aber eine härtere wirtschaftspolitische Opposition die politische Polarisierung nicht weiter anheizen und die Konkordanz noch mehr beschädigen? Denn bereits heute ist die Zahl der Vorlagen, die von allen Regierungsparteien getragen wird, so tief wie noch nie. Trotzdem glaube ich nicht an das Ende der Konkordanz. Denn ihre Fähigkeit, Konflikte durch Verständigung zu lösen, beruht letztlich auf der politischen Kultur. Und diese ist weitgehend intakt.

Es ist möglich, dass die bereits erwähnte, kantige SP-Nationalrätin in einer SVP-Landgemeinde die 1.-August-Rede hält. Und es käme wohl keiner unserer Politikerinnen in den Sinn, Vertreter einer unliebsamen Partei von politischen Veranstaltungen auszusperrern – wie es derzeit mit der AfD in Deutschland passiert. Das zeichnet die SP aus und ist gut für die Schweiz.

Wolf Linder, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, bezahlt immer noch Mitgliedsbeiträge an die Sozialdemokratische Partei, weil er deren innerparteiliche Meinungsvielfalt schätzt.

Politik

Schlafende Hunde wecken

Die Zürcher Ständeräte Noser (FDP) und Jositsch (SP) verlangen im festgefahrenen Flughafendossier eine Gesamtschau aller Streitfälle mit Deutschland. Dies könnte zu einem Bumerang werden.

Für Ständerat Ruedi Noser bilden die Nordschweiz und das südliche Baden-Württemberg einen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum mit dem gemeinsam genutzten Flughafen Zürich als Verkehrsinfrastruktur. Aber trotz gutnachbarlichen Beziehungen fehle seit Jahren ein ernsthaftes Bekenntnis der deutschen Nachbarn zum Flughafen Zürich, bedauert Noser.

Die Deutschen haben nicht bloss den Staatsvertrag zum Fluglärmstreit von 2012 schubladisiert. Sie blockieren auch das neue Betriebsreglement 2014 des Flughafens Zürich. Es dient der Entflechtung der An- und Abflugrouten im Osten und soll mehr Sicherheit bringen. Weil Baden-Württemberg hier aufstürzt, obschon dieses Reglement nicht mehr Fluglärm bringt, konnte das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) vor der Sommerpause 2018 lediglich den von Deutschland unabhängigen Teil bewilligen.

Geplatzter Staatsvertrag ist von Nutzen

Dies hatte wiederum zur Folge, dass Ständerat Noser, wohl auch auf Drängen der Zürcher Kantonsregierung, in einem von SP-Ständerat Daniel Jositsch mitunterzeichneten Postulat vom Bundesrat eine Gesamtschau darüber forderte, wie die Interessen des Landes bei den grenzüberschreitenden Beziehungen mit Deutschland besser gewahrt werden können.

Man weiss nicht genau, weshalb Leuthard den Rat ihrer Experten in den Wind schlug.

Oder anders gesagt: Wo und wie man einen Deal oder auch Druck machen könne, damit Deutschland beim Flughafendossier kooperiert. Der Vorstoss wurde in der Herbstsession 2018 im Ständerat angenommen. Auch die damals zuständige CVP-Bundesrätin Doris Leuthard sprach sich dafür aus – gegen den Rat ihrer Experten im Bazl, wie sich jetzt herausstellt. Diese empfahlen in einer internen Informationsnotiz die Ablehnung des Postulates.

Man weiss nicht genau, weshalb Leuthard den Rat ihrer Experten in den Wind schlug. Der Inhalt der Bazl-Notiz ist jedenfalls brisant und zeichnet ein völlig anderes Bild von der Situation des Flughafens Zürich, als es in offiziellen Verlautbarungen gemalt und im Postulat von Noser und Jositsch dargestellt wird. Der Staatsvertrag zum Fluglärmstreit,



Brisante Bazl-Notiz: Ständeräte Noser, Jositsch.

den Leuthard und ihr damaliger deutscher Amtskollege am 4. September 2012 unterzeichnet hatten, hat das deutsche Parlament nie in Kraft gesetzt. Mit dem Vertrag sollte der seit Jahren schwelende Streit um den Fluglärm über Süddeutschland beigelegt werden. Die Nichtratifizierung durch Deutschland gab in Bern und Zürich in den vergangenen Jahren viel zu reden.

Nun erfährt man aus der Bazl-Notiz, dass diese Vereinbarung nach wie vor von Nutzen sei, «auch wenn eine Ratifizierung nicht wahrscheinlich ist». Der heutige deutsche Verkehrsminister habe dadurch unweigerlich eine «Bringschuld», aus der er sich nur befreien könne, wenn er sich klar von der Unterschrift seines Vorgängers distanzieren, heisst es in besagter Informationsnotiz. Und: «Einseitige Verschärfungen sind unter diesen Umständen wenig wahrscheinlich.» Zeige die Schweiz mit einer Gesamtschau (im Sinne von Noser/Jositsch) des Deutschland-Dossiers und Fokus auf dem Flughafendossier, dass auch sie eine Änderung der heutigen Situation wünsche, so sei es für den deutschen Verkehrsminister einfacher, sich vom Vertrag zu distanzieren, heisst es weiter.

Aber es kommt noch besser: «Die aktuelle Situation ist für die Schweiz letztlich vorteilhafter als der Vertrag vom 4. September 2012», schreibt das Bazl, nachdem Bundesbern jahrelang wegen des geplatzten Staatsvertrags von 2012 ein politisches Psychodrama aufgeführt hatte. Verhandlungsspielräume, die für den Aufbau einer Drohkulisse im Flughafendossier gebraucht werden könnten, gebe es ausserdem kaum.

Kurzum: Das Bazl findet, man solle schlafende Hunde lieber nicht wecken. So gesehen, haben Noser und Jositsch mit ihrem Vorstoss dem Land einen Bärenienst erwiesen.

Hubert Mooser



Härter im Nehmen, stärker im Leisten: Topmanager Baschera.

Kreativität ist lernbar

Der Hilti-Konzern ist ertragsstark und betreibt aufwendige Trainingsprogramme zur Unternehmenskultur. Wie hängt das zusammen? Der frühere Hilti-Chef und Industriekenner Pius Baschera erklärt die Bedeutung der Persönlichkeitsentwicklung für die Firma. *Von Beat Gygi*

Der Liechtensteiner Industriekonzern Hilti hat dieser Tage ungeahnte Aufmerksamkeit in den sozialen Medien auf sich gezogen, ja geradezu ein neues Publikum gefunden. Mit dem Song-Versatzstück «I'm strong! Hilti! And full of energy!» löste eine Teilnehmerin der deutschen TV-Reality-Show «Dschungelcamp» eine Twitter-Welle mit vielfältigsten kreativen Kommentaren aus, denn im Original-Songtext steht «Healthy», nicht «Hilti». Es kann der Konzernführung recht sein, dass dieser Versprecher zu kleinen emotionalen Wirbeln um die Marke führte. Das Unternehmen gilt sonst als industriell-kühl und ist bekannt für Bohrhämmer, Bohrmaschinen, Winkelschlei-

fer, Meissel, Dübel, Schrauben, Anker und andere Produkte der Befestigungstechnik.

Das 1941 von den Brüdern Martin und Eugen Hilti in Schaan gegründete Unternehmen erzielt heute mit knapp 29 000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von etwa 5,5 Milliarden Franken – und 100 Franken eingesetztes Kapital werfen eine Jahresrendite von über 20 Franken ab. Eine derart hohe Ertragskraft erreichen nur wenige Unternehmen. Die Hilti-Kunststoffkoffer im rechtlich geschützten Rot stehen auf Baustellen, wo es rau zu- und hergeht. Auf der Kundenseite dominieren die Macher und Kalkulierer. Die teuren roten Profi-Geräte sind härter im Nehmen und stärker im Leisten

als viele Konkurrenzprodukte, und manche sind zur Diebstahlabwehr mit GPS-Chips und Zugangscodes versehen.

«Niemand kommt von extern»

Worauf achtet eine Firma, deren Kunden grossenteils zur Gruppe der hartgesotteten Typen gehören? Die Antwort lässt aufhorchen: «Der Schlüssel zum Erfolg liegt primär in den weichen Faktoren», sagt Pius Baschera. Ist Hilti also viel näher bei Emotionen, als es zunächst scheint? Der 68-Jährige wird sich ja wohl kaum leichtfertig äussern. Der ETH-Ingenieur begann 1979 bei Hilti in der Produktion, wurde dann Deutschland-Chef, Finanzchef und 1993

Konzernchef als Nachfolger von Michael Hilti, Martins Sohn. Es ist in plastischer Erinnerung, wie er an Medienkonferenzen auch mal eigenhändig vorführte, wozu ein Bohrhammer fähig ist. 2007 wechselte Baschera in das Verwaltungsratspräsidium, und seit 2017 ist er Sprecher des Martin-Hilti-Familien-Trusts, der die Aktien des Konzerns hält.

Relativ übernahm er eine ordentliche Professur zum Thema Unternehmensführung an der ETH Zürich. Seine weiteren grösseren Mandate sind der Verwaltungsratssitz bei Schindler, bei Roche (bis 2017) oder das Stiftungsratspräsidium der ETH Zürich Foundation, die von privater Seite Fördergelder sammelt und jährlich um die 50 Millionen Franken in Hochschulvorhaben leitet.

Wenn Baschera im Gespräch darlegt, dass nach all seinen Erfahrungen die Unternehmenskultur einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren für Hilti sei, unterstreicht er die Aussage mit Zahlen: «Wir investieren seit gut dreissig Jahren jedes Jahr 10 bis 15 Millionen Franken in Unternehmenskulturtrainings», sagt er. Die ganze Hilti-Belegschaft in aller Welt, mehr als 29 000 Mitarbeiter, befassten sich alle zwei Jahre in einem zweitägigen Trainingscamp eingehend mit den zentralen Werten des Unternehmens, und zwar immer in Verbindung mit einem jeweils aktuellen geschäftlichen oder unternehmerischen Thema.

Alle zwei Jahre entwickle man ein neues Trainingsprogramm, und die erste Gruppe, die das absolviere, sei die Führungsequipe, also die Verwaltungsräte und die Konzernleitungsmitglieder. Wenn die Konzernspitze den Kurs für gut befinde, starte der neue Zyklus. «Weltweit arbeiten siebzig Kulturtrainer für uns, alle vollzeitlich, die meisten sind ehemalige Führungskräfte von Hilti. Niemand kommt von extern, es sind alles Leute, die Hilti kennen», sagt Baschera. Innerhalb von zwei Jahren würden dann in allen Werken und Entwicklungszentren weltweit die Trainings durchgeführt werden.

Mehr Offenheit, Mut und Risikogefühl

Was sind denn typische Themen? Unter dem Titel «The Moment of Truth» zum Beispiel ging es nach Bascheras Worten vor einigen Jahren darum, eine deutliche Verbesserung der Kundenorientierung zu erreichen. Und unter dem Motto «Entrepreneurship» habe man ein andermal nach Wegen gesucht, wie man in grossen Konzernen das unternehmerische Denken wieder verbessern und stärken könne.

Im Moment sei das «Team Camp sieben» am Laufen – denkt da wer an «Dschungelcamp»? –, also der siebte Zyklus des Kulturtrainings. «Diesmal behandeln wir das Thema Achtsamkeit. Ich finde das ziemlich mutig für einen Industriekonzern, dass man Training und Ausbildung auf dieses Thema ausrichtet», meint Baschera. Aber es lohne

sich, die Rückmeldungen aus der Belegschaft seien fantastisch. Die Leute fänden, dass man genau im richtigen Moment darauf zu sprechen komme, jetzt, da der Druck in der Arbeitswelt zunehme, immer mehr zu leisten, dauernd erreichbar zu sein, E-Mails umgehend zu beantworten und anderes mehr. Abbauen lasse sich dieser Druck zwar nicht, fügt er an, aber man könne den Mitarbeitern zeigen, wie man besser damit umgehe.

Sind solche Kulturprogramme nicht einfach ein Luxus, den man sich in guten Zeiten leisten kann? Nein, genau umgekehrt sei das Ganze entstanden. «Wir begannen Mitte der achtziger Jahre mit diesem Ansatz, damals sprach noch niemand von Unternehmenskultur.» Eine weltweite Baukrise habe auf die Umsätze gedrückt und zu Problemen geführt. Berater hätten die Hilti-Gruppe durchleuch-

«Der Schlüssel zum Erfolg liegt primär in den weichen Faktoren.»

tet, und ein Befund lautete, dass die Entwicklungstätigkeit zu wenig Neues hervorbringe. Abhilfe versprach man sich von einem Training für die Mitarbeiter im Innovationsmanagement.

«Wir suchten Firmen oder Fachleute, die uns helfen könnten, Innovation besser zu organisieren, und merkten dann: Das ist gar nicht das Problem», sagt Baschera: «Nein, um das im Kopf ging es.» Man habe eingesehen, dass man sich wieder öffnen müsse für Neues und sei dann in Kontakt mit einem deutschen Motivationstrainer gekommen. Mit dessen Kollegen, einem Soziologen und Psychologen, habe man dann Programme zur Persönlichkeitsentwicklung entworfen, um zu mehr Offenheit, Mut und Risikogefühl zu finden. In einer intensiven Zusammenarbeit seien von 1986 bis 2000 entsprechende Trainings ausgearbeitet und durchgeführt worden.

Etwa 1500 Führungskräfte hätten gelernt, alte Gewohnheiten aufzugeben, die Komfortzone zu verlassen, auszubrechen, Neues zu probieren, aus Fehlern zu lernen, Erfolg und Misserfolg im Zusammenspiel zu sehen. 2003 wurde Hilti vom Bertelsmann-Konzern mit dem Carl-Bertelsmann-Preis für vorbildliche Unternehmenskultur ausgezeichnet, vor BMW. Seit 2003 werden die Programme unter dem Titel «Our Culture Journey» geführt und eng mit der Personalentwicklung verbunden. Baschera dazu: «Ich war bei vielen Unternehmen dabei, bei anderen Institutionen, in Hochschulen, und ich muss sagen: In dieser Konsequenz habe ich das sonst nirgends gesehen.»

Gibt es denn verlässliche Anzeichen dafür, dass sich der Aufwand für die Kulturtrainings lohnt? Baschera verweist auf die Mitarbeiter-

umfragen, die seit rund 25 Jahren durchgeführt werden, die Beteiligung sei enorm hoch, erreiche um die 90 Prozent, und aus diesen Umfragen könne man ersehen, wie sich die Unternehmenskultur entwickle. Unter anderem werde die Nachfolgeplanung sicherer. Wer sich vor allem absichere, passe nicht ins Spitzenkader. Für jeden der Top-30-Manager stehe heute ein geeigneter Kandidat bereit, der sofort einspringen könne, sollte jemand unvorhergesehen ausscheiden. «Das lässt mich ruhig schlafen», meint Baschera. Und ein weiteres Anzeichen für den Nutzen der Trainings: Hilti habe in den vierzig Jahren, in denen er dabei sei, keine grosse Krise erlebt, die aus dem Unternehmen heraus entstanden sei.

Lob der Unruhe

Genau darin liege allerdings auch eine Gefahr, denn irgendwann drohe eine Stimmung aufzukommen, in der man sich für unschlagbar halte. Selbstzufriedenheit sei heute einer der gefährlichsten Schwachpunkte in Unternehmen, und dagegen anzugehen, sei eben auch eine Aufgabe der Unternehmenskultur. Baschera erinnert sich an den Gründer Martin Hilti, mit dem er am Anfang noch eng zusammengearbeitet habe. Oft sei der Satz gefallen: «Das war ein gutes Jahr, aber was machen wir nächstes Jahr besser?» Diese kreative Unruhe im Unternehmen sei wichtig, aber schwierig zu erhalten, weil viele eher Zufriedenheit suchten. Von Mitarbeitern komme rasch mal die Frage, warum es immer heisse: «Das war ein Erfolg, das war gut, aber...» Klar, feiern dürfe man nach einem Erfolg immer, zugleich müsse man aber die Frage stellen, wie man besser werden könne, was wohl die Konkurrenz mache und was in den nächsten drei Jahren komme werde. ○

Südafrika

Rücksichtslos und liebenswert

Wenn Elefanten die Thermalbäder und Affen die Grasdächer "renovieren", oder Giraffen die Telefonleitung lahmlegen, dann lieben wir auf MAKUTSI unsere Natur deshalb nicht weniger.

Pauschalangebote ohne Flug

1 Woche ab Fr. 1300
2 Wochen ab Fr. 1985



MAKUTSI
SAFARI FARM

www.makutsi.ch

041 250 35 02
luzern@makutsi.ch

«Die Leute sind empört»

Brexit-Drama auf den britischen Inseln. Es werden Neuwahlen gefordert, ein erneutes Referendum gar. Hat die wetterfesten Nachfahren Churchills der Mut verlassen? John Redwood, Brexiteer der ersten Stunde, erklärt, wie es im Scheidungskrieg weitergehen soll. *Von James Delingpole*

Sir John Redwood, Tory-Abgeordneter im Wahlkreis Wokingham, ist Elder Statesman der Konservativen Partei. Er ist bekannt für kühle Logik, Cleverness und Humorlosigkeit – was ihm den Spitznamen «Vulcan» eingebracht hat (nach Mister Spock aus «Star Trek»). Redwood stammt aus einfachen Verhältnissen, brachte es zum Fellow am All Souls College (Oxford), der Champion's League der britischen Bildungselite, und verfolgte neben der Politik eine Karriere im Finanzsektor, zuletzt als Chief Global Strategist bei Charles Stanley & Co. Im Kabinett von Premierminister John Major war er Staatssekretär für Wales, und in den 1990ern bemühte er sich (erfolglos) um das Amt des Parteivorsitzenden.

Redwood ist einer der dienstältesten Euro-Skeptiker der Tories und ein eloquenter Wortführer des Brexits. Nach den jüngsten Wirren im britischen Parlament um den Brexit und Theresa Mays Fiasko wollten wir von ihm wissen, wie es weitergehen solle im Scheidungskrieg mit der EU und ob die Politik den Willen des Volkes endlich umzusetzen gedenke. Und was geschehen werde, wenn nicht.

Erinnern Sie sich an den 24. Juni 2016, als das Ergebnis des EU-Referendums bekanntgegeben wurde? Wie ging es Ihnen?

Es war fantastisch. Ich selbst – und andere Gleichgesinnte, die davon träumten, dass das Vereinigte Königreich wieder eine unabhängige, selbständige Demokratie werde – hatte jahrelang dafür gearbeitet. Wir hatten einen Vorsitzenden unserer Partei schliesslich davon überzeugt, ein Referendum zu veranstalten. Wir hatten diesem Parteichef zum Wahlsieg verholfen. Wir hatten ihm geholfen, die gesetzliche Grundlage für dieses Referendum zu schaffen. Ich war vermutlich einer der wenigen Brexit-Befürworter, die an einen Sieg glaubten. Ich hatte immer den Eindruck, dass es den Briten nicht gefällt, wie ihr Selbstbestimmungsrecht von der Europäischen Union in wachsendem Mass beschnitten wurde. Und dass ihnen die Unehrlichkeit des ganzen Projekts missfiel.

Das war vor zweieinhalb Jahren. Würden Sie sagen, dass die Brexit-Begeisterung seitdem ein wenig nachgelassen hat?

Sie ist eher noch grösser geworden. Die Leute sind empört über die Art und Weise, wie die Verhandlungen von der EU und der britischen Regierung geführt wurden. Sie finden, dass die EU enorme Schwierigkeiten



«Zu Theresa May möchte ich mich nicht persönlich äussern»: Tory-Abgeordneter Redwood.

macht und sich wenig entgegenkommend zeigt, obwohl wir freundschaftliche, positive Beziehungen zu ihr unterhalten wollen. Das hat die Leute in ihrer Überzeugung, dass wir austreten sollten, nur bestätigt.

Wie erklären Sie unseren Schweizer Freunden diese ungewöhnliche Situation, dass das Parlament, also die Volksvertretung, mittlerweile versucht, eine getreue Umsetzung des Ergebnisses der Volksabstimmung zu verhindern?

Es gibt eine wachsende Distanz zwischen dem Parlament und dem Volk und eine wachsende Unzufriedenheit, dass wir zwei Jahre und sieben Monate nach dem Referendum noch keinen Schritt weiter sind. Die Öffentlichkeit ist wütend auf das Parlament. Dieses Parlament stellt sich gegen das Volk und versucht, das Ergebnis des Referendums zu unterminieren. Aus meiner Sicht ein Ding der Unmöglichkeit.

Glauben Sie, dass es jemals zum Brexit kommen wird, wo ja selbst viele konservative Abgeordnete gegen den Brexit sind?

Das Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, laut dem wir am 29. März aus der EU austreten werden, notfalls ohne Abkommen. Nach internationalem und nach britischem Recht wird der Brexit also an diesem Tag stattfinden. Die Ironie der Geschichte ist, dass zahllose Abgeordnete zwar für dieses Gesetz gestimmt haben, es aber nicht umsetzen wollen. Was nun passiert, wird von den Machtverhältnissen im Parlament abhängen, aber von den konservativen Abgeordneten wollen nur sehr wenige den Brexit verhindern, etwa zehn oder zwölf.

Diese zehn oder zwölf konservativen Abgeordneten bekommen aber oft die Gelegenheit, ihren Standpunkt in der BBC deutlich zu machen ...

Weil die Mainstream-Medien fast durchweg von Brexit-Gegnern dominiert werden. Es werden immer wieder die gleichen irreführenden oder komplett falschen Geschichten vorgebracht, das sogenannte «Project Fear», welche katastrophalen Folgen ein ungeordneter Brexit haben werde.

Und all die konservativen Abgeordneten wie etwa der einstige Brexiteer Michael Gove, die das Austrittsabkommen von Premierministerin May befürworten, gemäss dem wir praktisch in der EU bleiben?

Tragischerweise hat die Premierministerin die Verhandlungen kontrolliert und ein Abkommen ausgehandelt, das halb auf Verbleib, halb auf Austritt hinausläuft. Das Parlament hat diesen «Deal» letzte Woche deutlich abgelehnt [432 Nein- gegen 202 Ja-Stimmen, die Red.]. Die Minister, die in Mrs Mays Kabinett geblieben sind und ihren Deal unterstützen, waren jene, die besonders flexibel in ihren Prinzipien sind, wie Umweltminister Michael Gove, der ein-

mal ein entschiedener Brexit-Befürworter gewesen war. Er würde wahrscheinlich sagen, dass er nicht für einen uneingeschränkten Verbleib in der EU ist, aber alle seine Äusserungen deuten darauf hin, dass er eine sehr enge Beziehung zu Europa haben will.

Wie werden die Briten reagieren, wenn ihnen der Brexit verweigert wird?

Wenn sie zu der Auffassung kommen, dass der Brexit komplett verwässert wurde, dann werden Labour und Tories vermutlich feststellen, dass sie äusserst unbeliebt sind. Vielleicht werden wir dann paradoxerweise Verhältnisse erleben, die ein wenig an die Verhältnisse auf dem Kontinent erinnern, insofern neue Kräfte sich formieren und neue politische Bewegungen entstehen werden, die für einen richtigen Brexit eintreten und viele Wähler für sich gewinnen.

Ist Mrs May eine anständige, aufrichtige Politikerin, die ihr Bestes tut, oder eine Remainerin, die sich in der jüngsten Zeit zum Ziel gesetzt hat, den Brexit zu sabotieren?

Zu Theresa May möchte ich mich nicht persönlich äussern. Aber ich sehe ihre Verhand-

«Ich spiele nicht mit dem Feuer. Ich bin Demokrat.»

lungsstrategie sehr kritisch. Wir haben der Regierung immer gesagt, dass sie den Standpunkt der Europäischen Union, laut dem zuerst über den Austritt und dann über die zukünftige Beziehung verhandelt werde, keinesfalls akzeptieren dürfe. Wir haben uns in dieser Diskussion mit Mrs May und den Konservativen auch durchgesetzt, denn im Parteimanifest 2017 wird ausdrücklich festgelegt, dass die Regierung die zukünftige Beziehung zur EU gleichzeitig mit dem Austrittsabkommen verhandeln solle. Das lag auf der Hand, denn das Austrittsabkommen würde der EU Geld und Macht geben, gegen unseren Willen; und im Gegenzug müsste etwas wirklich Substanzielles überkommen, wenn wir nicht in einer schwächeren Position dastehen wollten.

Warum sind so viele konservative Abgeordnete Befürworter des sozialistischen, antidemokratischen, marktfeindlichen Projekts Europa?

Ich würde nicht sagen, dass diese Leute Konservative sind, sondern Konzernkapitalisten. Sie finden Big Business gut und hören allzu sehr auf die Stimmen der wenigen internationalen Unternehmen, die aufgrund ihrer gigantischen Gewinne und ihrer starken Wirtschaftsmacht in der Politik mitbestimmen. Diese Unternehmen sind proeuropäisch, weil sie sich von der Europäischen Union und ihren Gesetzen vermutlich eine Art Schutz versprechen. Sie haben sich angepasst, mit den bestehenden Regularien können sie

gut leben. Dank dem geringen Mass an staatlichen Interventionen und Vorschriften und der geringen Besteuerung können sie sich die Konkurrenz vom Leibe halten, das erschwert Innovation und Entwicklung.

Haben die Briten eigentlich noch den churchillschen Kampfgeist?

Gegen die gleichlautenden Empfehlungen grosser Unternehmen, des IWF, des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der massgeblichen Institutionen des Vereinigten Königreichs und der Europäischen Union mit all ihren Hilfsorganisationen und Interessenvertretern haben die Briten gesagt: «Wir verzichten auf euren Rat. Wir glauben euch nicht. Wir werden austreten. Wir wollen unabhängig sein. Wir glauben, dass wir eine bessere Zukunft haben können!» Ist das nicht wunderbar?

Aber spielen Sie und die anderen Hardliner nicht mit dem Feuer – und dem Risiko einer Machtübernahme durch Jeremy Corbyn und seine linksextreme Labour-Partei –, wenn Sie auf einem harten Brexit bestehen?

Ich spiele nicht mit dem Feuer. Ich bin Demokrat. Wie ich schon vor dem Referendum festgestellt habe: Wäre das Ergebnis anders ausgefallen, hätte ich meinen Wählern und der Öffentlichkeit gesagt, dass ich bei den nächsten Wahlen nicht mehr antreten würde, weil ich nicht an einen Verbleib in der Europäischen Union glaube.

Befürchten Sie nicht, dass Remainers wie etwa Dominic Grieve, der mit dem proeuropäischen Speaker konspiriert, den Brexit verhindern werden?

So einfach geht das nicht. Dafür müssten sie schon die Mehrheit im Unterhaus auf ihre Seite bringen, sie müssten eine Alternative vorschlagen, sie müssten die erforderlichen Gesetze durchbringen, und vor allem müssten sie sich mit Brüssel einigen. Für die noch verbleibende Zeit von etwas mehr als zwei Monaten wäre das ein ziemlich ehrgeiziges Vorhaben. Sofern nicht eine Gruppe im Unterhaus auftaucht, die all das hinbekommt, werden wir am 29. März austreten. So einfach ist das.

Sie glauben also nicht, dass die Brexit-Gegner Erfolg haben werden?

Meinen Kollegen im Unterhaus sage ich: «Ihr müsst wissen, dass ihr auf dem Prüfstand steht. Ihr werdet nicht nur von den britischen Wählern beobachtet, sondern von der ganzen Welt. Wenn ihr die britische Öffentlichkeit in ihrer tapferen und heroischen Entscheidung unterstützt, dann wird Britannien erhobenen Hauptes dastehen und eine wichtige Rolle in der Welt spielen. Wenn ihr das britische Volk enttäuscht, werdet ihr dem britischen Ansehen in der Welt enormen Schaden zufügen – und euch am Ende einen neuen Job suchen müssen.»

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

«Churchill würde das schaffen»

Grossbritannien erlebt historische Tage. Parlament und Regierung ringen um den Brexit. Was denken die Menschen im Land über das Spektakel? Eine Pub-Tour in London-Islington und Northampton. Von Roman Zeller

«Geh nach Islington», riet ein Bekannter, der seit Jahren in London lebt. «Dort findest du eine Londoner <Remain>-Festung und nicht nur Touristen.» Sonntags werde es zwar nicht allzu *busy* sein. Da aber am Nachmittag Tottenham Hotspur, der Nordlondoner Fussballklub, spiele, sollten die Pubs auch am Abend noch gefüllt sein.

Und so ist es. Mittlerweile zeigt die Grossleinwand American Football, und der Zapfhahn läuft. Ein stattlicher Herr steht an der Bar, er trägt einen dunklen Strickpullover und bestellt ein Schälchen Erdnüsse. Ivo Mosley heisse er, und er sei nicht des Fussballs oder Footballs wegen im «Old Red Lion»-Pub, der unweit der Angel Station, nördlich des Stadtzentrums in Islington liegt. Ein Freund werde gleich eintreffen, er habe nur kurz Zeit für den Brexit.

Ohnehin wundere es ihn, dass das Thema die Schweizer interessiere. Er habe sich an die endlose Debatte gewöhnt, es gebe «no good solution», keine vernünftige Lösung – auch die «machthungrige» Theresa May könne nichts ausrichten. Sowohl der Brexit als auch ein Verbleib in der EU seien schlecht. «Denn es braucht grundsätzliche Systemreformen in England, aber auch in der EU», sagt der 67-jährige Mosley, ein Schriftsteller.

2003 hat er das Buch «Democracy, Fascism and the New World Order» publiziert – er wisse, wovon er spreche. Bei der Abstimmung habe er sich enthalten. «Wenn dich jemand fragt, ob du lieber frittiert oder gekocht werden möchtest, ist das unter dem Strich das Gleiche.» Was sich bei einem harten Brexit am 29. März für ihn konkret änderte, könne er nicht abschätzen, «no clue».

«Rassistisch, homophob»

Einen Tisch weiter sitzt Lily, 25, die weiss, was «No Deal» für sie bedeuten würde: das Ende ihrer Liebesbeziehung. Sie habe auf ihrer Reise durch Europa in Deutschland eine Frau kennengelernt. «Wir könnten unsere gemeinsamen Pläne *canceln, for sure.*»

Sie sitzt an einem Tisch mit einem Freund, Jean-Yves, 26. Beide haben sie für den Verbleib in der EU gestimmt, und beide hoffen auf eine erneute Abstimmung, was sie aber als unwahrscheinlich einstufen. Die eingeschränkte Mobilität, nicht mehr in Europa herumreisen zu können, sehen Lily und Jean-Yves als grösstes Problem, sollte es zum Austritt Grossbritanniens kommen. Beunruhigend seien aber auch die mit Sicherheit steigenden Preise. Lily sagt,



«Theresa May verdient alle schlechten Gedanken»: «Lexington»-Pub, London.

sie würde sich keinen Tag im Post-Brexit-England aufhalten. Es wäre ihr zu rassistisch, homophob, isolationistisch.

Das Chaos durch die «Tory puppet» May, die Partei-Marionette, sei ohnehin schon eine Katastrophe. Wie May fightet, sei zwar beachtlich. Als Führerin versage sie aber komplett. Über mögliche Alternativen sagt Lily: «Labour-Chef Jeremy Corbyn mag ich – aber auch er könnte nichts ausrichten.» Jeder wäre in einer «fucked up»-Situation. Das Hauptproblem sei aber der Hass beider Lager, der «Leavers» und der «Remainers», aufeinander. «They don't talk about Brexit anymore.»

Im «Old Red Lion»-Pub ruft die Barkeeperin die letzte Runde aus. Lily empfiehlt das «Lexington»-Pub: «Dort geht man hin, wenn die Pubs schliessen.»

«Die nettesten Menschen»

Es ist mittlerweile 23 Uhr, und auch im «Lexington» ist nicht mehr der Bär los. An einem Viertertisch in der Raummitte sitzen drei Personen, zwei Frauen und ein Mann,

alle chic gekleidet und im geschätzten Alter von 35 bis 40 Jahren. Vor ihnen stehen drei halbvolle Weingläser und eine leere Rotweinflasche, zweifellos nicht die erste des Abends. Ihr Gespräch hallt durchs Pub und wird noch lauter, als sie auf den Brexit angesprochen werden.

Überdeutlich erklärt der Mann, dass sein angetrunkenen Zustand und sein Beruf – er arbeite bei der Feuerwehr, also beim Staat – keine Brexit-Diskussion zuliessen. «I'm not talking to you», sagt er und beschwert sich im gleichen Atemzug, dass seiner neunjährigen Tochter durch den Brexit die Zukunft verbockt worden sei.

Die Frau neben ihm sagt: «Theresa May verdient jegliche Antipathie, alle schlechten Gedanken – fuck her!» Das, obwohl sich die Enervierte mitsamt ihren Tischgenossen als wohl «the nicest people», die nettesten Menschen, bezeichnet. Der Brexit mache sie «very, very angry». Für eine tiefere Debatte sei die Nacht aber zu kurz. Sie wolle gar nicht anfangen – und tut es doch.

Durch die Abstimmung seien tiefe Gräben entstanden, Familien und Land gespalten worden. Verantwortlich für die Situation mache sie die «white class», die weisse Schicht. Mit Migrationslügen, etwa von Boris Johnson, dem «sucker», habe sich eine Brexit-Mehrheit finden lassen. «Hier denken alle wie wir. Vernünftig, *in the middle of the road.*» Je weiter man sich von den städtischen Zentren entferne, desto Brexit-freundlicher seien die Leute, sagt sie und spottet: «Geh mal nach Northampton, das ist nicht allzu weit entfernt. *But be careful.*»

«Das war Great Britain»

London und Northampton trennt eine Zugstunde, aber bei der Brexit-Abstimmung lagen Welten zwischen den beiden Städten: Während 75,3 Prozent der Londoner für den Verbleib in der EU votierten, waren es in Northampton in den East Midlands gerade einmal 41,6 Prozent.

Er gehörte nicht zu dieser Minderheit: Barry, 68, lebt in Northampton und stand vor zweieinhalb Jahren auf der Seite der Brexiteers, der Abstimmungssieger. Es ist Montag, 14 Uhr, und Barry sitzt alleine an einem erhöhten Tisch im «Old Bank»-Pub im Zentrum der Stadt, die einst für ihre Schuhproduktion berühmt war. Auch er habe nach dem Schulabschluss erst in einer Schuhfabrik gearbeitet. «Das war einmal», sagt Barry mit einem Guinness-Pint in der Hand. Mittlerweile sei er pensioniert und alles sei teurer geworden: «Früher konnte man für ein paar Shilling essen und trinken gehen. Heute kostet mich ein Abend im Pub fünfzig bis sechzig Pfund.»

Die Brexit-Saga langweile ihn, meint er: «Hätte ich gewusst, was für ein Theater das geben würde, hätte ich wohl «Remain» gestimmt – der Einfachheit halber.»

Theresa May werde sich das wohl nicht mehr lange antun und bald zurücktreten, genau wie David Cameron. Alternativ könnten Boris Johnson oder Nigel Farage übernehmen, denkt er. Er möge die beiden, wenn auch nicht zu hundert Prozent. Auf die Frage, ob er sich nach einer Persönlichkeit wie Winston Churchill sehne, sagt Barry: «Oh yeah! Das war *Great Britain.*» Er betont das Wort «Great».

David, 53, und sein Freund Anthony, 38, sind ebenfalls «Leavers» und trinken ihr Red-Ale-Bier im «Wig & Pen»-Pub, ungefähr zwei Gehminuten vom «Old Bank» entfernt. «Wir wollen nicht durch den verlängerten Arm von Merkel kontrolliert werden», sagt David, ein

Ingenieur, mit leiser Stimme, aber doch empört. Er wolle nicht das ganze Pub in das hitzige Thema miteinbeziehen. Der von Theresa May ausgehandelte Deal sei totaler «Bullshit», findet David.

Er schiebt die Gläser auf dem Tisch auseinander: «Wir hatten sinnbildlich die Wahl zwischen diesen beiden Gläsern: Das eine bedeutet Brexit, das andere «Remain». Wir, *the British people*, wählten das Brexit-Glas.» Warum sie nicht einfach austreten können, fragt er. «Remember Churchill und Thatcher – sie würden den Brexit schaffen.» David und Anthony trinken ihre Gläser leer, bezahlen die Dreierreunde und machen sich auf den Heimweg.

«IQ von eins»

Es ist 21 Uhr in Northampton, und die Pubs leeren sich an diesem Montagabend, an dem Theresa May ihren Plan B verkündet. Nur Somma, 36, und ihre Freundin schwimmen gegen den Strom und treten ein in das Pub «Princess Alexandra», zu Fuss rund zehn Minuten ausserhalb vom Kern Northamptons. Die Debatte um den Plan B habe sie nur am Rande verfolgt, sagt Somma. Nach zweiein-

halb Jahren elektrisiere sie nicht mehr jedes Geschwafel – «es passiert ja sowieso nichts». Bei einem möglichen Austritt erhöhe sich höchstens der Preis des «booze», sagt sie und meint den Prosecco, mit dem sie ihrer Freundin zuprostet. Sie habe 2016 natürlich gegen den Brexit gestimmt, worauf sie rhetorisch fragend zu ihrer Freundin blickt, die Sommas Anti-Brexit-Haltung teilt.

«Nur Leute mit einem IQ von eins stimmten damals für den Brexit», sagt die im Finanzbereich tätige Somma und zeigt auf einen

Mann: «Er war sicher dafür.» An Nigel Farage, dem «Manipulierer» der Befürworter, lässt sie kein gutes Haar. Er könne ihrer Meinung nach «von einem Bus überfahren» werden, «anytime», und Boris Johnson obendrein.

Theresa May schneidet bei Somma nicht besser ab. Mit ihr tauschen möchte sie aber nicht. «Der Job von May ist unlösbar, niemand könnte das tun», sagt sie. Und genau das sei das Problem: «Grossbritannien vergeudete zweieinhalb Jahre, ohne Ende in Sicht, *we are stuck.*» Am liebsten würde Somma das Rad der Zeit zurückdrehen, so dass eine Abstimmung gar nicht erst diskutiert werde. Aber das gehe nicht, das wisse sie. «Now it's a fucking mess!» ○



Pub-Besucher David.

«Wir wollen nicht durch den verlängerten Arm von Merkel kontrolliert werden».

Ausland

Deutscher Humor

Mitten in den Brexit-Wirren erreicht die Briten ein bizarrer Brief aus Berlin.

Am 4. Juli 1990 gewann Deutschland an der Fussball-WM gegen England glücklich im Penaltyschiessen. «Wir haben die Engländer in ihrem Nationalsport besiegt», freute sich Helmut Kohl, der deutsche Kanzler. Als Margaret Thatcher, die britische Premierministerin, davon hörte, sagte sie: «Richten Sie ihm aus, dass wir die Deutschen in diesem Jahrhundert schon zweimal in ihrem Nationalsport besiegt haben.» Es ist anzunehmen, dass Annegret Kramp-Karrenbauer und Andrea Nahles, die Chefinnen der deutschen Regierungsparteien, einen solchen Spruch als «legendären schwarzen britischen Humor» bezeichnen würden.

«Hauch von Europa»

Die beiden Spitzenpolitikerinnen haben sich vergangene Woche mit einem offenen Brief in der *Times* an die Briten gewandt, zusammen mit deutschen Top-Managern wie Dieter Zetsche von Daimler oder Thomas Enders von Airbus. Auch Jens Lehmann, der frühere deutsche Fussballgoalie, der am 4. Juli 1990 nicht auf dem Platz gestanden war, hat den Brief unterzeichnet. Sie alle appellieren «aus tiefstem Herzen» an «unsere Freunde», die Briten, in der EU zu bleiben. Warum?

«Wir würden nach der Arbeit das Ale im Pub vermissen», erklären die Unterzeichner. «Wir würden den Tee mit Milch und das Autofahren auf der linken Strassenseite vermissen. Und wir würden die Pantominen an Weihnachten vermissen.» Natürlich würden sie auch den «legendären schwarzen britischen Humor» vermissen. Die Frage ist nur, weshalb sie auf all das verzichten müssten, sollten die Briten die EU verlassen.

Als Helmut Kohl einst Margaret Thatcher für die EU begeistern wollte, zeigte er ihr den Dom zu Speyer, die grösste romanische Kirche der Welt: «Hier weht der Hauch von Europa!», verkündete er. Thatcher stöhnte hinterher: «Dieser Mann ist so deutsch.»

Das Gleiche gilt für diesen Brief. Es ist so deutsch, zu glauben, dass ohne EU der Besuch eines britischen Pubs oder einer britischen Weihnachtsshow für Ausländer unmöglich würde; dass ohne EU über sarkastische Witze auf dem Kontinent nicht mehr gelacht werden dürfte und der Tee nur noch ohne Milch auf den Tisch käme – kurz: dass ohne EU die europäische Zivilisation endete.

Vielleicht ist es aber auch einfach deutscher Humor. Erik Ebnetter



Spaltpflanz Staat: AfD-Spitzenpolitiker Höcke (l.), ehemaliges Mitglied Poggenburg.

Wie gefährlich ist die AfD?

Mit seinen Ermittlungen gegen die Alternative für Deutschland (AfD) verstößt der deutsche Verfassungsschutz gegen seine Prinzipien. Der Zweck heiligt die Mittel: Das Gutachten stellt eine Gefahr für diese Oppositionspartei dar. *Von Wolfgang Koydl*

Eigentlich sind es nur drei Grundregeln, an die sich eine Behörde wie das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) halten sollte: Als Geheimdienst muss er, der Name legt es nahe, seine Erkenntnisse geheim halten und nicht hinausposaunen, er muss unparteiisch und überparteilich arbeiten, und er soll sich auf seine Kernaufgabe konzentrieren: alle Versuche im Keim zu ersticken, Deutschlands freiheitlich-demokratische Grundordnung auszuhebeln.

Im Fall der Alternative für Deutschland (AfD) hat das Amt alle drei Regeln gebrochen: Das mehr als 400-seitige Gutachten, in dem die AfD zum «Prüffall» und ihre beiden Unterorganisationen Junge Alternative (JA) und «Der Flügel» zum «Verdachtsfall» erklärt werden, landete auf unerklärliche Weise in diversen Zeitungsredaktionen. Der Verdacht liegt nahe, dass BfV-Mitarbeiter selber das Dokument weitergeleitet haben. Bestürzung oder gar Aufregung über das Leck jedenfalls sind nicht zu beobachten.

In seinem Papier beruft sich das Amt zudem auch auf Erkenntnisse, welche die linksradikale Antifa über die AfD gesammelt hat. Das wäre so, als ob ein Richter von einem Gegner des Angeklagten Beweise sammeln liesse. Die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschützern und den zum Teil gewalttätigen Autonomen reicht freilich schon länger zurück. So lobte etwa der bayerische Verfassungsschutz vor zwei Jahren ausdrücklich die Recherchen von Antifa-Gruppen in der rechten Szene.

Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes schliesslich ist der Schutz der demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik. Doch noch nicht einmal die Rechercheure der Antifa konnten der AfD in diesem Punkt umstürzlerische Bestrebungen oder auch nur entsprechende Äusserungen nachweisen. Im Gegenteil: Ihre Mitglieder stehen fest auf dem Boden der Demokratie – übrigens im Gegensatz zu vielen Linken, die das «Scheissystem» ab-

Das Verfassungsschutz-Gutachten trifft die Westler in der Partei besonders schwer.

schaffen wollen, wenn nötig mit Gewalt. Als verfassungsfeindlich stuften die Verfassungsschützer daher islamkritische Äusserungen von AfD-Politikern ein. Diese seien «rassistisch» und verstießen gegen Artikel eins des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen schützt.

Zustandekommen, Inhalt und Zeitpunkt des AfD-Gutachtens mögen also teilweise fragwürdig sein. Doch da es gegen eine Partei geht, welche die sogenannten Altparteien bedroht, scheint der Zweck die Mittel zu heiligen. Die Bundesregierung und das etablierte Parteiensystem können denn auch zufrieden sein. Denn das Gutachten stellt tatsächlich eine Gefahr für die AfD dar, vertieft es doch den Spalt, der sich durch diese Partei zieht.

Fünf Jahre nach ihrer Gründung ist die AfD ein Zweckbündnis zweier verschiedener, zum Teil sogar gegensätzlicher Parteien: wirtschaftsliberal und konservativ der eine Teil, radikaler und nationalistischer der andere. Die Spaltung lässt sich auch geografisch markieren. Im Westen, in der alten Bundesrepublik, rekrutieren sich Mitglieder und Wähler aus den Reihen enttäuschter Wähler von CDU/CSU, SPD und FDP. Es sind brave Bürger, gesetzestreu und frei von jeglichen Gedanken an revolutionäre Umstürze. Ostdeutsche AfD-Wähler hingegen haben in den Wendejahren auf den Strassen gegen das kommunistische SED-Regime protestiert und dieses zu Fall gebracht. Sie haben keine Angst vor ein bisschen Zoff.

«Grundsätzliche politische Wende»

Daher trifft das Gutachten des Verfassungsschutzes die Westler in der Partei besonders schwer. Schon jetzt ist es im besten Fall unangenehm, in vielen anderen Fällen sogar riskant, sich als AfD-Sympathisant oder gar als -Mitglied zu erkennen zu geben. Gesellschaftliche Ächtung oder gar berufliche Nachteile sind oft die Folge. Wenn nun auch noch eine staatliche Behörde wie der Verfassungsschutz die Aktivitäten der Partei unter die Lupe nimmt, wird dies viele Anhänger noch mehr verschrecken. Dies gilt insbesondere für Beamte, die sich fragen müssen, ob es nicht bald eine Neuauflage des berüchtigten Radikalerlasses aus den siebziger Jahren geben wird.

Er verwehrte damals Mitgliedern linker Parteien den Zugang zum Staatsdienst. Blüht demnächst dasselbe Schicksal AfD-Sympathisanten?

Die AfD-Landesverbände in den östlichen Bundesländern fordern hingegen einen strammeren Rechtskurs. Viele Mitglieder gehören dem «Flügel» an, einem informellen Zusammenschluss ohne gewählte Führung. Wie gross sein Anteil an der Gesamtpartei ist, weiss man nicht. Auf Parteitag und bei Vorstandswahlen mobilisiert er jedenfalls meist erfolgreich seine Gefolgsleute. Mit Sicherheit verfügt der «Flügel» über eine Sperrminorität, gegen die nichts in der AfD entschieden werden kann.

Wer sich zum «Flügel» zählt, steht zur «Erfurter Resolution», die bereits 2015 auf einem Parteitag der Thüringer AfD verabschiedet wurde. Darin warnen die Unterzeichner – zu denen übrigens auch Parteichef Alexander Gauland zählt – vor einer «ängstlichen Anpassung» an den etablierten Politikbetrieb sowie vor der «Tendenz, die politische Spannweite der AfD über Gebühr und ohne Not zu begrenzen». Die «eigentliche Daseinsberechtigung» der Partei sei eine «grundsätzliche politische Wende» in Deutschland.

Wie sehr die Sorge vor Anpassung berechtigt ist, zeigt eine wenig beachtete Abstimmung vergangene Woche im Bundestag: Da stimmte

die AfD – ganz staatstragend – mit den Regierungsparteien Union und SPD gegen einen Antrag der Opposition, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung von Unregelmässigkeiten im Verteidigungsministerium forderte.

Respektierlich oder revolutionär?

Informeller Führer des «Flügels» ist der Thüringer Landesvorsitzende Björn Höcke, dessen markige und mitunter grenzwertige Sprüche auch vielen AfD-Mitgliedern, zumal in den alten Bundesländern, suspekt sind. Daher dürften nach dem BfV-Gutachten nun wieder die Stimmen lauter werden, die eine Trennung von Höcke fordern. Ein früheres Parteiauschlussverfahren, das von Fraktionschefin Alice Weidel angestrengt worden war, verlief im Sande. Denn Höcke hat Macht, Freunde und Einfluss in der Partei – in diesem Jahr noch mehr als auch schon.

In den kommenden zwölf Monaten wird in den drei ostdeutschen Bundesländern Thüringen, Brandenburg und Sachsen gewählt. Hier liegen die Hochburgen der AfD, hier hofft sie, zur stärksten Kraft zu werden und vielleicht gar Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dies wäre ein wichtiges Signal für das ganze Land. Das will man nicht aufs Spiel setzen. Denn wenn man den «Flügel» sanktionieren würde, bestünde die Gefahr, dass er zu

einer eigenen Partei mutiert und in Konkurrenz zur AfD tritt. Ein erstes Beispiel gibt es bereits: André Poggenburg, einst AfD-Chef in Sachsen-Anhalt und mit Höcke Initiator der «Erfurter Resolution», verliess die Partei, nachdem ihn der Bundesvorstand von allen Ämtern ausschliessen wollte. Poggenburg hat seitdem eine eigene Partei gegründet, doch zum Glück für die AfD wird in Sachsen-Anhalt erst 2021 wieder ein Landtag gewählt.

Ein Vertreter der parteiinternen gemässigten Gruppe Alternative Mitte bezeichnete den «Flügel» und die Jugendorganisation JA denn auch bereits als «existenzbedrohende Gefahr» für die Partei. Und AfD-Spitzenfrau Beatrix von Storch beschwor kürzlich die Delegierten auf dem Europa-Parteitag eindringlich, Wähler in der Mitte dazuzugewinnen, anstatt sie zu vertreiben.

Streit und Zwietracht sind Gift für jede Partei. In jüngsten Umfragen hat die AfD vier Prozentpunkte verloren und kommt bundesweit nur noch auf zwölf Prozent. Das Gutachten des Verfassungsschutzes wird den innerparteilichen Konflikt verschärfen und zwingt die AfD zu einer Entscheidung: Was will sie sein? Respektierlich oder revolutionär? Staatstragend oder unruhestiftend? Letzten Endes läuft es auf einfache Arithmetik hinaus: Verprellen die Rechten im Osten mehr Wähler im Westen, als sie im Osten dazugewinnen? ○

Zürich, Schweiz, EU Die Herausforderungen im Wahljahr



Sonntag, 27. Januar 2019 im Gemeindesaal Obstgarten, Tränkebachstrasse 35, Stäfa

Programm:

- 14.00 Uhr Türöffnung
Superländlerkapelle Carlo Brunner
- 15.00 Uhr Begrüssung durch Moderator **Christoph Romer**
Nationalrat Roger Köppel
- 15.45 Uhr Superländlerkapelle Carlo Brunner
- 16.00 Uhr Vorstellung der Kantonsratskandidaten

- 16.30 Uhr Superländlerkapelle Carlo Brunner
- 16.45 Uhr Apéro

Jedermann ist herzlich eingeladen!



Zusammen mit Carmen Walker Späh,
Silvia Steiner und Thomas Vogel



«Trump hat an Wert verloren»

Washington statt WEF: Der Shutdown hält Donald Trump zuhause gefangen. Steve Forbes, Wortführer des amerikanischen Kapitalismus, über stundenlange Telefongespräche mit dem Präsidenten, den Glanz von Davos und die Schlagkraft seines *Forbes*-Magazins. Von Urs Gehrig und Florian Schwab

Sein Blick wandert über den Hudson River zu den Wolkenkratzern von Manhattan: «Von hier haben Sie die beste Aussicht auf die amerikanische Finanzmetropole!», sagt der Wortführer der freien Marktwirtschaft. Wir befinden uns im 10. Stock seines Glaspalastes. Ein Fenster von der Grösse einer Kinoleinwand öffnet den Blick auf New York. Vor einigen Jahren hat das Medienimperium sein Hauptquartier im benachbarten New Jersey aufgeschlagen – in sicherer Distanz zum hektischen Maschinenraum der Wall Street.

Steve Forbes. Der Name steht für die schöpferische Kraft des Kapitalismus. Sein Vater, der legendäre Malcolm Forbes (1919–1990), erfand einen Typ Wirtschaftsjournalismus, der den unternehmerischen Erfolg zelebriert. Er wurde zum Multimillionär und «personifizierte die fröhliche Art von Kapitalismus», wie die *New York Times* in einem Nachruf schrieb, «welche die Dinge auskostet, die man mit Geld kaufen kann».

Mit über 71 Millionen Besuchern pro Monat zählt *forbes.com* heute zu den wichtigsten News-Websites in Amerika. In 32 Ländern erscheinen lizenzierte Presseerzeugnisse unter dem Namen Forbes. Und: Steve Forbes' Magazin iast eine der Lieblingslektüren von Donald Trump.

Aber der 71-Jährige gehört auch zu dem Opfern des Wettbewerbs, den er so engagiert verteidigt. Vor einigen Jahren verkauften Steve Forbes und seine Geschwister die Mehrheitsanteile an der Firma. Forbes gehört nicht mehr Forbes.

Seit 1982 gibt Ihr Magazin die berühmte «Forbes 400»-Liste heraus. Sie ist die Verkörperung von Erfolg in Amerika. Wer draufsteht, hat es in den USA geschafft. Mister Forbes, was bedeutet es, wenn der eigene Name der Inbegriff des amerikanischen Traums ist?

In der allerersten Ausgabe des *Forbes*-Magazins schrieb mein Grossvater, der um die Jahrhundertwende aus Schottland eingewandert war: «Der Zweck der Wirtschaft besteht darin, Zufriedenheit zu produzieren, und nicht darin, Millionen anzuhäufen.» Heute nennen wir das unternehmerischen Kapitalismus. Es entspricht der menschlichen Natur, wie Lincoln sagte, dem Glück im eigenen Leben auf die Sprünge zu helfen. Dieses System bringt die Menschen zusammen. Vielleicht mö-



Inhalt

- 44 Steve Forbes Interview mit dem grossen Unternehmer und Verleger
- 48 Der neue Geist von Davos
Ausblick von Martin Sorrell
- 50 Wem schadet der Brexit?
Essay von Andrew Lilico
- 52 Maximilian von und zu Liechtenstein «Vorteile der Kleinheit»

gen Sie Ihren Nachbarn nicht, aber Sie wollen ihm doch gewiss Ihre Produkte verkaufen. So fliesst die menschliche Energie in ertragreiche Tätigkeiten, von denen wir alle profitieren.

Und das konzentriert sich alles auf 400 Namen?

Das Aufregende an der Liste: Sie ist nicht statisch. In den 1980ern hatten wir da viele DuPonts, Rockefellers, Vanderbilts. Von denen steht heute keiner mehr drauf. «Forbes 400» zeigt die Dynamik einer freien Wirt-

«Nur einer will unbedingt auf der Forbes-Liste stehen. Und dieser eine ist jetzt unser Präsident.»

schaft und freier Menschen. Wie mein Vater zu sagen pflegte: «Wenn du denkst, du seist angekommen, sollte man dir die Tür weisen.» Ewigen Erfolg gibt es nicht. Wirtschaft ist nicht Aristokratie. Dasselbe Phänomen kann man auch in der «World's Billionaires»-Liste [Weltliste der Milliardäre, die Red.] beobachten, die wir jeweils im Frühling publizieren. Da tauchen Leute an den überraschendsten Stellen der Welt auf und schaffen Grossartiges. Erfolg kommt davon, die Wünsche und Nöte anderer Leute zu befriedigen. Das ist das moralische Fundament des Kapitalismus.

Warum wollen manche Leute unbedingt mit einer grossen Zahl auf Ihrer Liste stehen?

Wenn sie es sich aussuchen könnten, würden die meisten ihren Namen dort lieber nicht lesen. Am emsigsten lesen die Liste nämlich Spendensammler. Nur einer will unbedingt auf der Liste stehen. Und dieser eine ist jetzt unser Präsident. Bevor er gewählt wurde, bekamen wir zuverlässig zwei Telefonanrufe

pro Jahr: eine Beschwerde im Frühling, laut der wir in der «Weltliste der Milliardäre» seinen Reichtum weit untertrieben hätten, und einen Anruf im Herbst wegen der amerikanischen 400er-Nummer. Selbe Botschaft. Als er 2015 seine Präsidentschaftskandidatur ankündigte, machten wir eine Titelgeschichte über ihn. Da führte er gerade eine Wahlkampagne und fand doch Zeit, mit unseren Leuten stundenlang über den Wert seiner diversen Besitztümer zu streiten.

Waren Sie in diese Diskussionen involviert?

Ich bekam gelegentlich Nachrichten, blieb aber meistens auf der Empfängerseite. Am Schluss ging unser Chefredaktor in den Trump Tower, am Tag, als der Papst New York besuchte. Plötzlich vernehmen Trump und er Lärm aus der Fifth Avenue, wo für den Papst eine Parade abgehalten wird. Trump zieht unseren Chefredaktor auf den Balkon. Die Menge erblickt ihn. Manche jubeln, recht viele buhen ihn aus. Trump, an unserem Mann gewandt: «Sehen Sie, 90 Prozent Zustimmung!»

Ist Trump zehn Milliarden Dollar schwer, wie er behauptet?

Wir schätzen sein Vermögen auf dreieinhalb bis vier Milliarden. Das ist wohl angemessen. Manche Leute sagen, er habe gar nichts, aber das stimmt nicht. Würde er unsere Zahl nicht dauernd verdreifachen, müssten wir eigentlich sagen, dass er ziemlich erfolgreich war. Aber in seinen Augen ist unsere Zahl immer falsch. (Lacht)

Steigert die Präsidentschaft den Wert der Marke Trump und damit seinen Reichtum?

Im Gegenteil, er hat an Wert verloren, seit er Präsident ist. Die Leute wollen jetzt schauen, wie sich seine Popularitätswerte entwickeln, bevor sie sich mit ihm einlassen.

Man konnte in den Zeitungen lesen, dass eine Person namens «Stormy Daniels» einst Donald Trump, auf dessen eigenes Verlangen hin, den Hintern mit einem Forbes-Magazin versohlte. Ist das für Sie eine Schande oder vielleicht gar eine Ehre?

Ich hoffe, sie hat realisiert, dass sie – wenn sie ihr Leben verbessern will – *Forbes* lesen sollte. (Lacht)

Donald Trump hat seinen Besuch am World Economic Forum (WEF) abgesagt. Der Kampf um die Mauer zu Mexiko hat zum längsten Shutdown der Geschichte Amerikas geführt. Sind Sie einverstanden damit, dass Trump dem Thema Grenzsicherheit so grosse Bedeutung beimisst?



«Ich bin bis zum heutigen Tag ein Agitator»: Unternehmer und Verleger Forbes, 71.

Wenn Trump etwas will, dann müssen die Demokraten dagegen sein. Wenn er sagt, die Sonne gehe im Osten auf und im Westen unter, dann sagen sie: «Nein, andersherum!» Es ist ein Politikum.

Trump sagt, die illegale Einwanderung mache die Amerikaner ärmer. Stimmt das?

Wenn Sie als illegaler Immigrant hierherkommen, dann behindert das Ihre Möglichkeiten, aufzusteigen. Wir haben im Moment viele unbesetzte Arbeitsstellen, und normalerweise würde man Einwanderung zulassen, um diese zu besetzen. Aber das ist schwierig. Ich hoffe, dass es in den nächsten paar Jahren eine echte Reform gibt. Die Grenzsicherung wäre ein Aspekt davon.

Sie kennen Donald Trump. Was müssen die Demokraten beachten, wenn sie mit diesem Präsidenten einen Deal schliessen wollen?

Er ist nicht ideologisch, sondern sehr erfolgsorientiert. Unser Magazin hat ihn Ende 2017 interviewt und daraus eine Geschichte gemacht. Was klar herauskam: Er liebt es, Deals zu schliessen. Gäbe es nicht

diese Antipathie von Seiten der demokratischen Basis, Trump würde sich mit den Demokraten zusammensetzen und sogar seine eigenen Unterstützer enttäuschen, um zu einem Abschluss zu kommen. Aber die Demokraten wissen: Wenn sie mit Trump einen Deal machen, dann laufen sie Gefahr, dass es an ihrer eigenen Basis zum Aufstand kommt.

Mit anderen Worten: Sie sehen momentan keinen Deal?

Irgendwann gibt es schon eine Einigung. Allein aufgrund der Tatsache, dass die öffentliche Meinung sich gegen die Politik in Washington wendet. Aber erst müssen wir durch diesen *kabuki dance* hindurch, in dem die Demokraten zeigen, dass sie Trump mit Zähnen und Klauen bekämpft haben.

Soeben haben Sie einen Dokumentarfilm mit dem Namen «In Money We Trust» veröffentlicht. Welche Beziehung haben Sie persönlich zum Geld?

Eine Waage misst das Gewicht, ein Messband misst die Länge, eine Uhr misst die Zeit. Auch Geld ist eine Masseinheit. Es misst den wirtschaftlichen Wert. Verglichen mit dem Güter-

tausch, vereinfacht das Geld den Handel allgemein. Aber Masseinheiten sollten konstant sein. Eine Stunde hat ja auch nicht heute sechzig Minuten und morgen dreissig. Den Leuten geht es dann am besten, wenn der Wert des Geldes stabil ist. In der Dokumentation gehen wir 2500 Jahre zurück bis zu den ersten Münzen in Libyen und zeigen: Wenn das Geld vertrauenswürdig ist, dann nimmt der Handel zu und die Leute kommen voran. Wenn Geld nicht vertrauenswürdig ist, dann wird dadurch das Vertrauen in Wirtschaft und Gesellschaft untergraben. Wird Geld instabil, verdirbt es alles. Das sieht man bei Hyperinflationen. Aber auch eine langsame Geldentwertung über längere Zeit kann schlimme gesellschaftliche Auswirkungen haben.

Erinnern Sie sich an den ersten Dollar, den Sie verdient haben?

Ja, daheim als Kind: Wir mussten unser Taschengeld mit Aufgaben im Haus und mit Gartenarbeit verdienen, Unkraut jäten und so. Sie haben erwähnt, wie wichtig das Vertrauen in Geld ist. Der Dollar verliert seit Jahrzehnten an Wert, und doch scheinen die

Leute Vertrauen in ihn zu haben. Vertrauen Sie dem Dollar?

Als Währung der weltgrössten Volkswirtschaft ist er die Leitwährung. Er wird überall auf der Welt akzeptiert. 70 Prozent aller Dollars befinden sich ausserhalb unserer Landesgrenzen. Der Euro hat das zu einem viel geringeren Grad geschafft. Die Nachfrage nach dem Dollar ist enorm. Hätten wir aber einen stabilen Dollar wie früher, dann wäre die Nachfrage noch grösser, und der Welt ginge es besser. Die wirtschaftlichen Kosten wegen instabiler Währungen sind gewaltig. Hätten wir in den letzten vierzig Jahren dieselbe durchschnittliche Wachstumsrate erreicht wie in den 180 Jahren, während deren der Dollar an das Gold gebunden war, wären wir heute um 50 Prozent reicher. Die Schweiz hat es mit dem wertbeständigen Geld am besten gemacht in den letzten hundert Jahren. Aber auch für sie wird es immer schwieriger, in der Zeit schwankender Wechselkurse auf diesem Pfad zu bleiben.

Wird der Wertverlust des Papiergelds so weitergehen, oder kommt das einmal zu einem Ende?

Ja, nichts währt schliesslich ewig. Was man beim Gold verstehen muss, ist, dass es seinen Wert besser behält als alles andere. Nicht perfekt, aber besser als alles, was man sonst so in den letzten 4000 Jahren gesehen hat.

Kritiker sagen, die Wirtschaft könne bei einer Währung mit Golddeckung nicht richtig wachsen.

Eine Goldwährung hindert die Wirtschaft am Wachsen etwa so stark wie die Tatsache, dass zwölf Zoll einen Fuss ergeben, Sie daran hindert, ein hohes Gebäude zu bauen. Es ist einfach ein stabiler Wert, wie das Kilogramm oder die Minute. Warum soll das Mass für Geld nicht stabil sein?

In den letzten zwei Jahren wuchs die amerikanische Wirtschaft deutlich stärker als von den meisten Ökonomen prognostiziert. Sind Sie zufrieden mit der Wirtschaftspolitik der Trump-Regierung?

Die Deregulierung und die Steuerreform waren sehr erfolgreich. Regulierungen sind ja auch eine Art von Steuer. Derzeit wachsen sie langsamer als jemals zuvor in den letzten fünfzig Jahren. Das ist eine grosse Hilfe für kleinere Unternehmen. Die Steuersenkung war ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn ich mir eine umfangreichere gewünscht hätte. Wo ich hingegen grosse Bedenken habe, ist in der Handelspolitik. Importzölle wirken genau wie eine Mehrwertsteuer. Unter Fortschritt verstehe ich nicht, die Dinge für Konsumenten und Unternehmen zu verteuern. Was die missbräuchlichen Handelspraktiken betrifft, so sollten wir das innerhalb

der Welthandelsorganisation (WTO) lösen. In den 1990ern haben wir es ja auch geschafft, diese zu reformieren. Im Fall Chinas sollten wir eher einzelne Firmen, Personen und Branchen ins Visier nehmen. Ausserdem müssen wir mit unseren europäischen Verbündeten zusammenarbeiten, um diesen Missbräuchen zu begegnen. Hier beginnt sich etwas zu regen. Mit Zöllen strafen Sie sich selbst. Klar, die Gegenpartei auch, aber wenn man auf Schmerzen steht, dann sollte man es bei «Fifty Shades of Grey» belassen.

Werden die Chinesen denn Konzessionen machen?

Ich denke, beide Seiten wollen jetzt eine Einigung. China wird sich verpflichten, mehr bei uns einzukaufen, und das ist leicht

«Die Schweiz hat es mit dem Geld am besten gemacht in den letzten hundert Jahren.»

nachprüfbar. Dazu wird es Erleichterungen beim Marktzugang in China geben. Auch das ist leicht nachprüfbar. Bei Diebstahl von geistigem Eigentum und ähnlichen Missbräuchen muss man die einzelnen Firmen ins Visier nehmen und allenfalls bestrafen. Ich rechne hier mit einer Einigung. Aber solange die Demokraten das Repräsentantenhaus kontrollieren, wird die Zustimmung im Kongress zu bekommen ein echter Kampf.

Wer ist Trumps bester Wirtschaftsberater?

Larry Kudlow, der Präsident des Nationalen Wirtschaftsrates. Ich kenne ihn seit Jahrzehnten. Wir haben zusammen einmal ein Steuersenkungsprogramm für unseren Heimstaat New Jersey gezimmert. Larry ist ein Freund des Freihandels, ein Freund von Steuersenkungen, und er mag einen starken Dollar.

Was halten Sie von Peter Navarro, dem Mann, dem Trump in der Handelspolitik vertraut? Ist er der finstere isolationistische Ideologe, als der er dargestellt wird?

Ich denke, seine Ausbildung ist unvollständig. Er sollte Adam Smith nochmals lesen, um zu lernen, wie der Handel Wohlstand schafft. Das ist seit 300 Jahren bekannt. Navarro liegt bei diesem Thema total falsch.

Sie sind für eine starke Währung. Somit sind Sie vermutlich mit der Berufung des ehemaligen Investmentbankers Jerome Powell an die Spitze der Federal Reserve (Fed) nicht allzu zufrieden.

Das Gute an Chairman Powell ist, dass er wenigstens kein Ökonom ist. Es bleibt also immer noch Hoffnung. Die amerikanische Notenbank Federal Reserve bedient sich völlig falscher Konzepte wie etwa der Phillips-Kurve, gemäss der es eine Abwägung zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit braucht und laut der wirtschaftliche Prospe-

rität zu Inflation führt. Nur wenn man diesen komischen Ideen anhängt, muss man sich ständig Sorgen um eine Überhitzung der Wirtschaft machen. Die Wirtschaft besteht aus Individuen. Wenn diese mehr Geld verdienen, dann haben sie doch nicht den Eindruck, dass sie Fieber bekommen und krank werden. Die Fed versteht das Geld nicht, wie ein Grossteil der Ökonomen.

Sie selber haben 1990 Anteile an einem gutgehenden Medienimperium geerbt, die Sie vor ein paar Jahren verkauft haben. In der Rückblende: Hätten Sie lieber einen Geldtopf wie ein Schweizer Bankkonto oder einen Trust geerbt?

Nein, da wäre es mir langweilig geworden. Ich habe Freude am Medienbusiness, es gab Herausforderungen, und das nicht zu knapp. Wir haben den Übergang vom gedruckten Produkt ins Internet am besten bewältigt, weil wir dem Netz vertraut haben. Heute haben wir bei *Forbes.com* über 2500 Autoren unter Vertrag, die über 110 000 Beiträge schreiben. Jeden Tag machen wir online ein virtuelles Magazin. Es ist anders als früher, aber das Ziel ist dasselbe geblieben, seit mein Grossvater die erste Ausgabe gedruckt hat. Mein Vater sagte: «Das Schwierigste, was man im Leben tun kann, ist nichts zu tun.»

Ihr Vater war der Prototyp des schillernden New Yorker Tycoons und einer der ersten, der seine Prominenz vermarktet hat. Sie wuchsen in diesem atemberaubenden Lifestyle auf: in Gesellschaft von Elizabeth Taylor, in einem Schloss in Marokko. Wie hat Sie das geprägt, und wie war es, in die Fussstapfen Ihres Vaters zu treten?

Als wir jung waren, war mein Vater sehr streng. Zu unserem Erstaunen liess er die Zügel lockerer, als wir – meine drei Brüder und meine Schwester – Teenager wurden. Er sagte: «Jeder muss seinen eigenen Stil entwickeln, sein eigenes Leben führen, nicht versuchen, irgendjemanden nachzuahmen.» Ich habe nie mit dem Motorradfahren begonnen. Dafür fühle ich mich immer noch zu jung. (*Lacht*)

Sie sagen, er legte Wert auf Disziplin. Was heisst das?

Wenn man etwas Falsches machte, wurde man bestraft.

Wie?

Durch Herabsetzen des Taschengeldes. Und wenn er fand, dass man etwas Furchtbares gemacht hatte, bekam man schon auch einmal den Hintern versohlt. Wir wussten, was richtig und was falsch war. Unsere Mutter war eine Art Oberster Gerichtshof, von dem man immer noch etwas Milde erwarten konnte. Als wir älter wurden, gab uns unser Vater viel Freiheit. Er sagte: «Mach keinen Fehler, der dich zerstört, aber du lernst nur durch Taten.»

Zwei Mal haben Sie versucht, US-Präsident zu werden. Manche sagen, Sie seien eine Art

früher Trump gewesen: eine berühmte New Yorker Business-Persönlichkeit als wilder Kandidat. Warum schaffte Trump, was Ihnen nicht gelang?

Er hat mehr Stimmen bekommen, und sein Timing war richtig. Wäre er vier Jahre früher angetreten, hätte er nicht gewonnen. Er hat ja bereits 2000 sehr ernsthaft überlegt, zu kandidieren. Damals hätte er verloren. Jetzt haben verschiedene Dinge zusammengespielt. Wie sagte Abraham Lincoln: «Die Ereignisse haben mich stärker kontrolliert als ich die Ereignisse.» Niemand ist «Herr des Universums». Du probierst, und es mag nicht funktionieren. Dann leckst du deine Wunden und gehst wieder weiter.

Waren Sie vielleicht schlicht ein zu freundlicher Mensch, um im Haifischbecken der amerikanischen Politik zu bestehen?

Wir haben eine gute Kampagne geführt mit guten Themen. Ich bin bis zum heutigen Tag ein Agitator. Die Flat Tax zum Beispiel: In den USA haben wir sie noch nicht, aber 35 andere Länder haben sie. Es ist wichtig, dass es einen Wettbewerb zwischen den Staaten gibt. Dann machen einige die verrücktesten Fehler, und die anderen machen es richtig. Das sieht man in der Schweiz. Ich denke, die Kantone in der Westschweiz haben höhere Steuern. Vielleicht hat es etwas mit französischer Genetik zu tun. (*Lacht*)

Was denken Sie über den Brexit? Haben die Briten richtig entschieden?

Bei den Brexiteers klang es so, als würden sie Grossbritannien in eine Mischung aus Hongkong und den besten Teilen der Schweiz verwandeln – mit dem ganzen Freihandelszeug, das wir mögen. Aber die konservative Regierung hat es verpfuscht. Die Tories geben Geld aus, als wären sie Labour. Bei den Steuern haben sie nichts gemacht, keine substanziellen Senkungen, keine Flat Tax. Was das Pfund betrifft, so ist es neunzig Jahre her, dass die Briten eine Währung zu managen wussten. Ich war ja für die Brexit-Briten, aber sie haben es verbockt. Das sind auch wieder strukturelle Probleme. Etwas, was die EU begreifen sollte: Man kann keine politische Union gegen den Willen der Regierten schaffen, in der die Leute den Eindruck haben, zwangsernährt zu werden. Sie sollte sich einfach darauf konzentrieren, eine echte Freihandelszone zu errichten. Wenn man grenzüberschreitende Regulierung braucht: Gut, das haben wir 150 Jahre lang gemacht, beginnend mit den Postdienstleistungen, Telegrafien, grenzüberschreitenden Telefonaten. Gemeinsamkeiten schaffen wir, indem wir das Kaufen und Verkaufen erleichtern und die Welt reicher machen. Zurück zu den Wurzeln! Und was Brüssel und die Bürokraten betrifft: Als

Zeichen des guten Willens sollte man sie fünf Jahre lang nach Nordkorea schicken.

In früheren Tagen war das World Economic Forum als Kapitalistenhochburg schlechthin verschrien. Davon ist wenig übriggeblieben. Jetzt hat Trump seinen Besuch abgesagt. Auch Macron fährt nicht hin. Hat das WEF seinen Zenit überschritten?

Seit Jahren sagt jeder, es sei zu gross. Trotzdem fahren sie alle hin. Wenn jemand nicht hingehet, dann ist es eine Schlagzeile wert. Man versteht Macron, der daheim ein paar Probleme hat. Oder Trump mit seinen Herausforderungen hier. Dass er nicht nach Davos geht, ist kein politisches Statement. Wenn er in den nächsten 24 Stunden einen Ausweg findet, fährt er vielleicht doch noch hin, um zu erzählen, wie grossartig der Deal ist, den er geschlossen hat. Davos ist jetzt so lange im Spiel, bis die Killerargumente alle widerlegt sind. Die Idee, dass man im Winter, etliche Stunden von Zürich entfernt, all die Leute versammeln kann, wäre zuvor jedem

«Wenn <Stormy Daniels> ihr Leben verbessern will, sollte sie Forbes lesen.»

als Anmassung erschienen. Und doch: Es ist gelungen. Davos ist ein fester Begriff geworden, nicht nur einfach ein Ort in den Bergen.

Was zieht Sie persönlich nach Davos?

Man trifft Leute, denen man das Jahr hindurch nicht unbedingt begegnet. Das offizielle Programm mag ja interessant sein, aber der Austausch dazwischen – darauf kommt es an. Da werden Dinge vereinbart und besprochen. Man sagt sich: «Zwar hasse ich Sie, Sie hassen mich, aber hier sind wir, in Davos. Warum setzen wir uns nicht hin und reden miteinander?» Ausserdem ist es viel günstiger als die Vereinten Nationen – nach vier Tagen ist alles vorbei. (*Lacht*)

Noch ein Wort zu Ihrem Unternehmen. Sie haben die Mehrheitsanteile an der Firma vor acht Jahren verkauft. Was bedeutet es für Sie, dass Forbes nicht mehr Forbes gehört?

Unsere Investoren lassen uns beim Inhalt freie Hand. Sie wollen, dass wir erfolgreich sind. Ich habe drei Brüder und eine Schwester. Die Interessen gehen auseinander, und ich bin immer noch da. Drei der Geschwister sind draussen, eines ist bei *Forbes* in Asien. In der ersten Ausgabe hatte unser Grossvater unser Ethos festgeschrieben. Die Zeiten haben sich geändert, aber das Ethos des Unternehmens nicht.

Was machen Sie, um sicherzustellen, dass es auch nach Ihnen weitergeht.

Es gibt keinen Weg, die Dinge aus dem Grab heraus zu kontrollieren. Sie geben Ihr Bestes, während Sie hier sind. Diese Erkenntnis hätte auch den Pharaonen in Ägypten gutgetan. ○



Inside Washington

Lockere Lippen

Fake News über Trump erfreut die Medien. Der Sonderermittler dementiert.

Neue Verwerfungen erschütterten Washington. Das Online-Magazin *Buzzfeed* berichtete, Präsident Trumps Erzfeind, Sonderermittler Robert Mueller, verfüge über Beweise, dass der Präsident seinen alten Kumpan und Anwalt Michael Cohen persönlich zum Meineid im Kongress angehalten habe. Ein solches Vergehen könnte zu einem Amtsenthebungsverfahren führen. Entsprechend aufgeregt war der Hype, der weit über die Hauptstadt bis in Schweizer Medien reichte. Man war geradezu ausser sich vor Schadenfreude. «Falls wahr», könnte es zum Sturz des Verhassten führen.

Die Worte «falls wahr» erwiesen sich schnell als Schlüssel der Geschichte. Unmittelbar danach erliess Muellers Büro ein Dementi, das erste dieser Art: *Buzzfeeds* Beschreibungen von Dokumenten im Hinblick auf Michael Cohens Zeugenaussage im Kongress «sind nicht richtig». *Buzzfeed* beharrte indes auf der Zuverlässigkeit seiner Quellen, selbst noch als einer der Reporter zugab, dass er die angeblich belastenden Beweise gar nie gesehen hatte. Michael Cohen muss am 7. Februar erneut vor dem Kongress aussagen. Ihm drohen bis zu drei Jahre Gefängnis.

Chris Christie, der frühere Gouverneur von New Jersey, weist dem «Gesindel» im Weissen Haus die Schuld an Trumps jüngsten Ärgernissen zu. In einem neuen Buch will Christie nächste Woche ziemlich persönlich werden. Er nennt den früheren Sicherheitsberater Michael Flynn einen «russischen Lakaien und Verräter». Der ehemalige Justizminister Jeff Sessions sei «politisch nicht auf der Höhe». Christie, einst als Trumps Berater gefeuert, bezichtigt Leute wie den früheren Intimus des Präsidenten, «Steve Bannon, den ehemaligen Vize-Stabschef Rick Dearborn und den Schwiegersohn des Präsidenten, Jared Kushner, der Eigennützigkeit». Hätte der Präsident auf sie verzichtet, wäre seine bisherige Amtszeit wesentlich runder verlaufen. *Amy Holmes*



Einander zuhören, ins Gespräch kommen, nach Antworten suchen: WEF in Davos.

Der neue Geist von Davos

«Globalismus» ist ein Schimpfwort geworden. Wurde die Globalisierung übertrieben? Müssen die globalen Eliten aus Wirtschaft und Politik über die Bücher? Mein persönlicher Ausblick auf das World Economic Forum 2019. *Von Sir Martin Sorrell*

Gern ergreife ich die Gelegenheit, für das WEF-Special der *Weltwoche* einige Gedanken über den «neuen Davos-Mann» zu formulieren. Das schliesst natürlich auch die «neue Frau» ein, das verlangt die Geschlechtergerechtigkeit.

Um es vorwegzunehmen: Ich würde nicht sagen, dass die Globalisierung in den vergangenen zehn Jahren zu weit gegangen ist. Ein beträchtlicher Teil der Weltbevölkerung wurde von Armut befreit, besonders in den Brics-Staaten und den «Next Eleven», vielerorts, ist eine Mittelschicht herangewachsen. Das sind positive Entwicklungen, die – global gesehen – den Anstieg der Ungleichheit in den Industrieländern mehr als wettmachen.

Doch es steht ausser Frage, dass die niedrigen Zinsen und die nach der Finanzkrise von 2008 praktizierte lockere Geldpolitik zwar



den Kollaps des Finanzsystems verhinderten, aber, wie alle Veränderungen, einige womöglich unerwünschte Folgen hatten. Erstens sind Unternehmen, ob gross oder klein, mit geringeren nominalen Wachstumsraten, des Bruttoinlandprodukts (BIP), und geringeren Inflationsraten konfrontiert. Sie haben folglich weniger Preisgestaltungsmöglichkeiten, sind einem stärkeren Kostendruck ausgesetzt und müssen die Arbeitskosten noch mehr im Blick behalten. Das hat sich auf die Reallöhne und den Arbeitsmarkt ausgewirkt.

Sorge vor Statusverlust

Gleichzeitig hat die rasante Entwicklung des Internets und vor allem die Dominanz von etwa zehn IT-Unternehmen – Google, Facebook, Amazon, Alibaba, Tencent, Apple,

Microsoft, Adobe, Salesforce und Oracle – die Art und Weise des Konsums von Gütern, Dienstleistungen und Medien verändert. Dies hat praktisch jede Branche in Produktion, Vertrieb und Marketing getroffen, hat alte Technologien über den Haufen geworfen und zu digitaler Transformation geführt. Auch hier hat sich die konsequente Beachtung von Kapitaleffizienz auf die Kosten und den Einsatz von Arbeit ausgewirkt.

Billiges Geld mag zu einer Verzerrung von Kapitalverteilung geführt haben, insofern Unternehmensbeteiligungen und Unternehmen allzu sehr auf kurzfristige Ergebnisse, Aktienrückkäufe und Dividenden setzt, zum Nachteil eines langfristigen, nachhaltigen Wachstums. Und diese Orientierung an kurzfristigen Ergebnissen hat die Besorgnis nur verstärkt, dass an langfristigen Aspekten

wie etwa Ökologie und Klimawandel kein Interesse besteht.

Im Ergebnis stösst die zunehmende Vermögenskonzentration unter dem einen Prozent der Reichsten dieser Welt auf spürbare Kritik, und in der Mittelschicht wächst die Sorge um Armut und Statusverlust. Einst florierende Regionen sind Opfer des industriellen und technologischen Wandels geworden. Diese Sorgen offenbaren sich in populistischen Bewegungen, vor allem in den ent-

Alle wissen, dass sie diese Veränderungen sehr ernst nehmen müssen.

wickelten Volkswirtschaften. Dabei geht es besonders um das Thema Einwanderung. Kein Land scheint davor gefeit zu sein. Die USA, Grossbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien dürften gegenwärtig die hervorstechendsten Beispiele sein, aber es gibt diese Bewegungen auch in Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten, im asiatisch-pazifischen Raum und in anderen Teilen Europas.

Klaus Schwab hat diese Entwicklung klar vorhergesehen. In seinem 2016 erschienenen Buch über die vierte industrielle Revolution und in seinen älteren Gedanken zur Multi-Stakeholder-Theorie hat er deutlich gemacht, dass es unbedingt notwendig ist, sich weiterzuentwickeln und sich an die finanziellen und technologischen Veränderungen anzupassen. Auch Unternehmer mussten auf diesen Wandel reagieren. Die technologischen Transformationen zu ignorieren, auch nur allzu zögerlich darauf zu reagieren oder sich allzu sehr auf kurzfristige Ergebnisse zu konzentrieren und dabei Umweltfragen und soziale Probleme ausser Acht zu lassen, wäre selbstzerstörerisch, selbst wenn ein CEO im Durchschnitt nur vier, fünf Jahre an der Spitze eines Unternehmens steht. Wegschauen kommt nicht mehr gut an bei Verbrauchern, Mitarbeitern, Aktionären, Kunden, Regierungen, NGOs oder anderen Stakeholder-Gruppen. Kein Vorstandsvorsitzender setzt noch auf «Greenwashing». Alle wissen, dass sie – bei Gefahr des Untergangs – diese Veränderungen sehr ernst nehmen müssen.

In der Welt der Unternehmer ist also eine veränderte Einstellung zu beobachten. Der neue Mann beziehungsweise die neue Frau in Davos denkt stärker an langfristige Ziele, an die Interessen aller Stakeholder, an die Auswirkungen der vierten industriellen Revolution, an die Umweltprobleme und sozialen Fragen, die uns alle betreffen. Einige Unternehmen sind selbst fast schon Staaten. Apple und Amazon haben, wenn auch nur kurzzeitig, den Wert von einer Billion Dollar Marktkapitalisierung geknackt, woraufhin gefragt wurde,

ob ein Unternehmen je die zwei Billionen erreichen würde. Manche Beobachter verneinten das und wiesen darauf hin, dass kein Staat es zulassen würde, dass ein Unternehmen so viel Macht akkumuliert. Immerhin kommen «echte» Nationalstaaten wie etwa die fünf grössten Volkswirtschaften in Westeuropa auf ein BIP von 2,5 bis 3,5 Billionen Dollar, und das Wiedererstarken populistisch orientierter Nationalstaaten und Bewegungen wird dafür sorgen, dass Unternehmensführer sich auch künftig auf diese Kernthemen konzentrieren werden.

«Schneller, besser, billiger»

Wenn ich über Davos 2019 nachdenke, aus einer anderen Perspektive als in den vergangenen zwanzig Jahren, stellt sich für mich die Frage, ob all das ausreicht. Ich sehe nicht, dass die Intensität der technologischen Transformationen und Disruptionen nachlassen wird, im Gegenteil, sie wird noch zunehmen. Ich



Denkbare Lösungen: WEF-Gründer Schwab.

schreibe dies kurz nach der diesjährigen Consumer Electronics Show in Las Vegas (mit 180 000 Teilnehmern), auf der unsere Anzeigen- und Marketingkunden so massiv strategische und strukturelle Veränderungen von ihren Agenturen verlangten, wie ich das in den vergangenen vierzig Jahren noch nie erlebt habe. «Schneller, besser, billiger», lautet die Forderung in einer Welt, die permanent online ist.

Ich sehe nicht, dass sich das Klima der lockeren Geldpolitik dramatisch verändern wird. Zinsraten sind als Antwort auf eine drohende Inflation gestiegen, allerdings nicht auf historisch hohe Niveaus, und Rezessionsängste dürften eine allzu rasche Verschärfung der Geldpolitik verhindern.

Meine grösste Sorge ist, dass die vielen sozialen und politischen Fragen, mit denen wir zu tun haben, den ausgeprägten Unternehmerinstinkt bremsen oder einschränken werden. Die positive unternehmerische Haltung zu Wirtschaftswachstum, die ich in Amerika

beispielsweise beim Business Council erlebt habe, ist bemerkenswert, vor allem im Vergleich zur Situation während der Präsidentschaft von Barack Obama. Es wäre tragisch für alle Beteiligten in allen Bereichen der Gesellschaft, wenn dieser spürbare psychologische Wandel verpuffen würde.

Feind von Vertrauen und Wachstum

Besonders bedeutsam ist, dass der amerikanisch-chinesische Handelskrieg, der unmittelbar etwa 40 Prozent des globalen BIP betrifft und vor einem Jahr noch wie eine Kabbelei aussah, inzwischen nicht nur Vertrauen untergräbt, sondern sich auch auf die Unternehmensergebnisse auswirkt.

Das ist auch im Vereinigten Königreich zu beobachten. Wie immer die Sache mit dem Brexit ausgeht, ob Austritt oder Verbleib in der EU, mit oder ohne Deal, in Anlehnung an das Modell Norwegen oder nach den WTO-Regeln – unstrittig ist, dass Investitions- und Konsumentscheidungen aufgeschoben oder rückgängig gemacht werden. Ungewissheit ist der Feind von Vertrauen und Wachstum, und darunter leidet auch der Arbeitsmarkt. Nicht zu vergessen die politischen Ungewissheiten in Lateinamerika (Mexiko und Argentinien) oder in Afrika (Südafrika und Nigeria). Oder in Syrien und Afghanistan.

Das WEF in Davos – und 2019 ist da keine Ausnahme – bietet ein einzigartiges Forum für Diskussionen über einige dieser Fragen und denkbare Lösungen. Nicht oder nur unzureichend zu kommunizieren, hat noch nie geholfen. Die beste digitale Kommunikation stärkt die Nutzer und bringt die Menschen zusammen, ganz gleich, wo sie politisch stehen. Sie sollte zu einem konstruktiven Dialog beitragen, nicht zu Beleidigungen. Kommunikation befördert Lösungen. Klaus Schwab hat vor vielen Jahren die Gelegenheit ergriffen, das Forum zu organisieren, auf dem all diese Fragen diskutiert und vielleicht sogar Lösungen gefunden werden können.

In wenigen Tagen werden die meisten Teilnehmer in Davos zusammenkommen. Sie werden einander zuhören, ins Gespräch kommen, nach Antworten suchen. Fragt sich nur, ob es ihnen gelingen wird, konkrete Ergebnisse zu erzielen, oder ob Davos eine beliebige Veranstaltung mit dem entsprechenden Medienauftrieb sein wird.

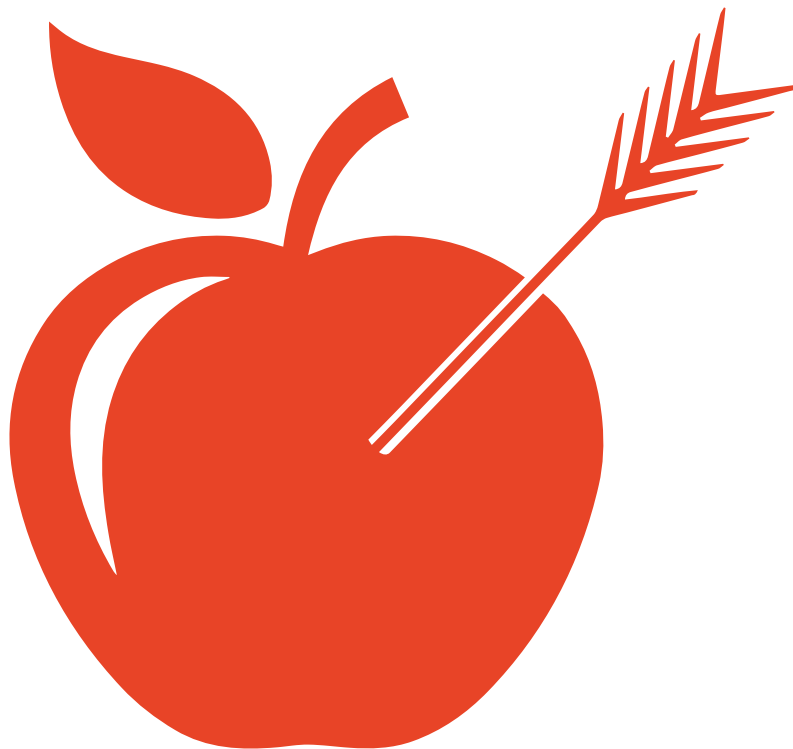


Sir Martin Sorrell ist der Gründer von WPP, der weltgrössten Werbe- und PR-Agentur. Seit 2018 widmet er sich dem Aufbau der Beteiligungsgesellschaft S4 Capital. Seit Jahrzehnten nimmt Sorrell am WEF in Davos teil.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

NEU

FINANZ_{und} WIRTSCHAFT invest



Jetzt zielsicher in Schweizer Aktien investieren: das Risk-Portfolio der «Finanz und Wirtschaft»

Machen Sie es wie die Anlage-Experten der «Finanz und Wirtschaft»: Setzen Sie jetzt auf die erfolgreichsten Handelsideen der grössten Wirtschaftsredaktion der Schweiz. Mit dem Zertifikat auf das FuW-Risk-Portfolio legen Sie Ihr Geld einfach und mit guten Aussichten auf Erfolg an. Denn die Redaktionsstrategie hat seit 1995 sowohl den SPI als auch den MSCI World deutlich geschlagen. Das Anlageprodukt ist transparent und kostengünstig. Profitieren Sie davon: [fuw.ch/invest](https://www.fuw.ch/invest)

Valor 37270457 | SIX Symbol FWRPTQ | kotiert an der SIX Swiss Exchange

Investieren wie die Experten.



Kontakt für produktbezogene Fragen

Leonteq Securities AG | Telefon 058 800 1111 | eMail info@leonteq.com

Rechtlicher Hinweis

Die in diesem Dokument erwähnten Finanzprodukte sind derivative Finanzinstrumente. Sie qualifizieren nicht als Anteile einer kollektiven Kapitalanlage im Sinne der Art. 7 ff. des Schweizerischen Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen (KAG) und sind daher weder registriert noch überwacht von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA. Anleger geniessen nicht den durch das KAG vermittelten spezifischen Anlegerschutz.



Essay

Robuste Briten

Nach momentaner Gesetzeslage kommt es am 29. März zu einem ungeordneten Brexit. Welche Seite nähme grösseren wirtschaftlichen Schaden, die Briten oder die Europäische Union?

Von Andrew Lilico

Unter Ökonomen wird vor allem über die Frage diskutiert, wie schlecht ein solches «No deal»-Szenario für Grossbritannien wäre. Einige Prognosen sind recht gespenstisch. Im November vergangenen Jahres veröffentlichte die englische Notenbank, die Bank of England (BoE), ihre Einschätzung diverser Brexit-Szenarien. Bei einem ungeordneten Ausstieg ohne Übergangsphase würde das britische Bruttoinlandprodukt (BIP) innerhalb eines halben Jahres um 8 Prozent sinken. Gemäss diesem (offen gestanden ziemlich absurden) Szenario kämen die Auswirkungen eines harten Brexits für die britische Wirtschaft einem schweren Tsunami, einer ernststen Hungersnot oder einer Besetzung durch eine ausländische Macht gleich.

Komplikationen und Streiks

Kaum hatte die BoE diese eigenwillige Einschätzung veröffentlicht, ruderte sie wieder zurück und wies darauf hin, dass dies nicht als Prognose, sondern als extremer Stresstest zu verstehen sei. Nun ja. Zwar beurteilen auch andere Beobachter die kurzfristigen ökonomischen Aussichten bei einem harten Brexit nicht sonderlich optimistisch, aber keiner kommt zu ähnlich überzogenen Ergebnissen.

Das oft zitierte National Institute of Economic and Social Research (NIESR) rechnet bei einem harten Brexit für 2019 mit einem BIP-Anstieg von 0,4 Prozent (aufs Jahr gerechnet), was ziemlich genau den von mir prognostizierten 0,5 Prozent entspricht. Ich gehe davon aus, dass bei einem ungeordneten Brexit die britische Wirtschaft zwischen April und Juni 2019 aufgrund von Komplikationen und Streiks um etwa 1,5 Prozent schrumpfen, sich in den anschliessenden Monaten aber wieder erholen wird. Das würde bedeuten: erhebliche Disruptionen in dem genannten Drei-Monate-Zeitraum, ungefähr vergleichbar mit jener berüchtigten «Drei-Tage-Woche»-Periode in den 1970ern, als es während des Bergarbeiterstreiks oder während des ersten, streikgeplagten Jahrs von Margaret Thatcher als Premierministerin 1979/80 zu Engpässen in der Energieversorgung kam.

Vielleicht ist das zu pessimistisch, doch für Grossbritannien wäre ein ungeordneter Brexit auf kurze Sicht zweifellos unattraktiv. Aber wie würde die Euro-Zone dastehen? Die briti-

schen Wähler haben sich zwar mehrheitlich für einen Ausstieg aus der EU entschieden, und das britische Parlament, befeuert von den meisten britischen Zeitungen, hat das von Theresa May vorgelegte Verhandlungsergebnis ganz klar abgelehnt, aber die Euro-Zone hat dieses Szenario nie in Betracht gezogen.

Für viele europäische Staaten käme ein ungeordneter Brexit äusserst ungelegen. Die deutsche Wirtschaft ist im vierten Quartal 2018 mit Ach und Krach an einer Rezession vorbeigeschrammt.

Die Produktionsziffern sind im Laufe des Jahres spürbar gesunken, und das Wachstum ist so schwach wie seit 2013 nicht mehr. In Frankreich war das Wachstum nur geringfügig besser, auch schon vor den Protesten der *gilets jaunes*. Die Banken in Italien stecken nach wie vor in Schwierigkeiten, und der Haushaltsstreit der italienischen Regierung mit der Europäischen Kommission wurde im Grunde nur vertagt, nicht gelöst.

Ein unregelmässiger Brexit könnte die schwächelnde Euro-Zone in eine ausgewachsene Rezession stürzen. Die Wirtschaftsleistung könnte 2019 um 0,4 Prozent (aufs Jahr gerechnet) schrumpfen. Zu den besonders empfindlichen Bereichen gehörten die Automobilbranche (britische Verbraucher würden weniger kontinentaleuropäische Autos kaufen, was

wiederum die Probleme verstärken würde, die durch die Dieselkrise und die sinkende Nachfrage in China entstanden sind), und der Finanzsektor, für den sich nach einem harten Brexit die Situation ergeben könnte, dass der notwendige Zugang der Banken zu Kapital und Dienstleistungen des Londoner Finanzmarkts behindert würde.

Selbst ein anfänglich bescheidener Abschwung in der Euro-Zone könnte aufgrund politischer Faktoren rasch eskalieren. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 würden mitten in dieser stürmischen Zeit stattfinden. Wähler, die infolge eines ihnen vermutlich sinnlos erscheinenden Konflikts mit den Briten ihren Job verlieren, könnten sich in Scharen populistischen Parteien zuwenden und die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament massiv durcheinanderwirbeln. Das wäre wohl nur der Auftakt zu einer breiten populistischen Gegenbewegung und würde in vielen Ländern zu Widerstand gegen Austeritätspolitik und zu Verteilungskämpfen führen. Parteien wie die AfD würden immer mehr Zulauf erhalten, und die Gefahr eines Referendums über einen Ausstieg aus dem Euro wäre unübersehbar.

Importe durch Einheimisches ersetzen

Die EU ist für Grossbritannien der wichtigste Handelspartner. Aber Grossbritannien importiert mehr aus der EU, als es dorthin exportiert. Zollschränken, die nach einem ungeordneten Brexit eingeführt würden, könnten für Grossbritannien kurzfristig von Vorteil sein, insofern Importe durch einheimische Produkte ersetzt würden. Verlierer wären EU-Exporteure. Die Wirtschaft der Euro-Zone ist weder so robust wie die britische noch politisch so belastbar angesichts der ökonomischen Kosten eines unregelmässigen Brexits. Es geht nicht nur um die Frage, wen eine solche Situation stärker treffen würde, sondern auch darum, wie viel Widrigkeiten man zu ertragen bereit ist und wie sehr man in der Folge leidet. Am Ende könnte sich zeigen, dass (zumindest auf kurze Sicht) die Euro-Zone stärker leiden wird.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Der britische Ökonom Andrew Lilico war Chefökonom der offiziellen Kampagne für den Austritt. Er arbeitet für das Beratungsunternehmen Europe Economics, das auch für die Europäische Kommission tätig ist.



Verlierer wären EU-Exporteure.



«Gewisse Nervosität im System»: Banken-Chef Prinz Maximilian.

«Vorteile der Kleinheit»

Unbeirrbar wie ein Zugvogel trotz der Bank des Fürstenhauses von Liechtenstein den Stürmen an den Finanzmärkten, in Wirtschaft und Politik. LGT-Chef Maximilian von und zu Liechtenstein über die Kraft seiner Marke und die goldenen Regeln des Investierens. *Von Florian Schwab*

Der Prinz ist, wie man das erwarten würde, eine aristokratische Erscheinung: grossgewachsen, welliges, gescheiteltes Haar. Kurz: Er macht einen formvollendeten Eindruck. Seit über zwölf Jahren leitet der Sohn von Fürst Hans Adam II. die Geschicke des familieneigenen Bankhauses als CEO.

In dieser Zeit sind viele Banken vom Markt verschwunden, andere sahen ihren Börsenwert dahinschmelzen. Die LGT aus dem Zwergstaat im Herzen Europas steht trotz Finanzkrise und Zeitenwende beim Bankgeheimnis solide da. Unter der Regentschaft von Prinz Maximilian hat sich das verwaltete Vermögen von rund 80 Milliarden Franken auf über 200 Milliarden Franken erhöht. Damit ist die LGT die weltgrösste Privatbank im Besitz einer einzelnen Familie.



Prinz Maximilian, es gab in letzter Zeit immer wieder unerklärliche Sprünge an den Börsen. Wie stabil ist die Lage?

Die letzten Jahre waren sehr positiv. Die Bewertungen sind aber auf ein relativ hohes Niveau gestiegen. Angesichts doch vieler politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Herausforderungen darf man sich nicht wundern, wenn es ab und an zu Korrekturen kommt.

Wie bewerten Sie den Ausblick auf die nächsten Monate?

Es gibt immer noch viele attraktive Unternehmen, die vernünftig bewertet sind. Aber auf der anderen Seite sehe ich auch ein gewisses politisches und gesamtwirtschaftliches Risiko. Da können dann Zufälle oder einzelne Personen und Ereignisse einen Schub in eine gute und eine schlechte Richtung auslösen.

Welche Entwicklungen schauen Sie sich am genauesten an? Am 29. März ist ja vermutlich der Brexit, dann sind da die USA mit der Show, die uns dort geboten wird, der Handelsstreit zwischen China und den USA ...

Da haben Sie schon wesentliche Punkte angesprochen, die aber auch eine positive Wendung nehmen können. Zudem sind das Italien-Thema und die Neubesetzung von Schlüsselpositionen in der EU extrem spannend. Wenn wir den Blick nach Amerika richten, dann ist die Bandbreite der möglichen Alternativen in den letzten Jahren deutlich grösser geworden. Bisher ist es gut gekommen, aber es gibt eine gewisse Nervosität im System, und das ist wahrscheinlich auch gut so. Und wir hoffen immer noch alle auf ein gutes Ergebnis in der Brexit-Diskussion.

Ihre Bank hat eine grössere Präsenz im Vereinigten Königreich. Was bedeuten die verschiedenen Brexit-Szenarien für Sie?

Unser Grossbritannien-Geschäft funktioniert inner- und ausserhalb der EU. Aber für die Märkte wäre es sicher besser, wenn es nochmals zu einer neuen Abstimmung käme, in der sich die Briten für den Verbleib in der EU entscheiden würden. Die verschiedenen Alternativen schauen doch heute ganz anders aus, als sie damals präsentiert worden sind. Eine neue Abstimmung ist genauso realistisch wie das Szenario von einem chaotischen Brexit, der wahrscheinlich an den Märkten nicht helfen würde.

Wie schlimm wäre ein «No deal»-Brexit?

Es kommt sehr stark darauf an, wie die britische Politik damit umgeht. Wenn es schlecht kommt, kann es schon sehr signifikante negative Auswirkungen haben.

Die Geldpolitik der Notenbanken ist im Ausnahmestadium. Woher kommen Ihres Erachtens die grössten Risiken, wenn man sein Vermögen erhalten will?

Es gibt eine ganze Reihe von fundamentalen Problemen, die in Kombination zu grossen systemischen Risiken führen. Dazu gehören die riesigen Herausforderungen im Umweltbereich, die enorme Kurzfristigkeit in den Systemen sowie die zunehmende gesellschaftliche und politische Polarisierung. Die Geldpolitik spielt natürlich auch eine Rolle, ist aber letztlich eine Antwort auf die Verschuldungsproblematik, die seit dreissig, vierzig Jahren immer grösser wird und das Resultat einer sehr kurzfristig orientierten Politik ist. Für Investoren werden Sicherheit und Stabilität sowie eine gute Diversifikation sehr wichtig bleiben.

Welchen Ausweg sehen Sie aus der Schuldenproblematik? Wird man die extreme Tiefzinspolitik bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag fortführen?

Diese Probleme sind in der Vergangenheit auch schon gelöst worden, teilweise sehr konstruktiv und friedlich und teilweise auch durch Zwangsanleihen oder neue Währungen. Es fällt mir schwer, da eine Prognose abzugeben. Aber es lohnt sich, vorsichtig zu sein und die auch unschönen Szenarien mit ins eigene Handeln einzubeziehen.

Sprechen wir über die LGT. Wie zufrieden sind Sie mit dem Geschäftsgang im letzten Jahr?

Sehr. Die Ausgangslage war günstig aufgrund des signifikanten Anstiegs an Kundengeldern im Jahr 2017, der auf erfolgreiche Akquisitionen und wirklich starke Neugeldzuflüsse zurückzuführen war. Die damals akquirierten Einheiten auch wirklich gut zu integrieren, um die erwarteten Synergieeffekte zu realisieren, war im letzten Jahr für uns prioritär. Das ist uns gelungen.

Geografisch gesehen, wo gab es 2018 das grösste Wachstum?

Den grössten Sprung haben wir in Asien gemacht, weil wir dort über die Akquisition von ABN AMRO signifikant gewachsen sind. Aber auch in England läuft es sehr gut. Wir haben dort vor zweieinhalb Jahren ein Wealth-Management-Unternehmen übernommen, das sich sehr erfreulich entwickelt. Die regulatorischen Anpassungen im britischen Pensionskassensystem kommen uns dabei entgegen. In Grossbritannien haben wir ungefähr zwei Milliarden Zuflüsse generiert.

Auf dem Schweizer Finanzplatz ist die Stimmung nicht sehr gut. Etliche grössere Schweizer Banken haben letztes Jahr an den Börsen massiv an Wert verloren. Bei der LGT hingegen läuft es rund. Was machen Sie besser als andere?

Wir stehen für eine gute Kombination aus Private Banking und Asset-Management. Unsere geografische Aufstellung ist attraktiv, mit einer guten Präsenz in den spannenden Wachstumsmärkten. Ein weiteres Differenzierungsmerkmal ist unsere extrem einfache und stabile Eigentümerstruktur: ein Eigentümer, der das Geschäft gut kennt und eine gewisse Prominenz und Aussenwirkung hat. Was uns auch stark geholfen

«Den grössten Sprung haben wir in Asien gemacht. Aber auch in England läuft es sehr gut.»

hat, ist, dass wir schon länger auf alternative Anlagen setzen, insbesondere das Private-Equity-Geschäft. Dieses hat in den letzten zwanzig Jahren mit Abstand die besten Renditen erzielt und zieht auch immer mehr Gelder an. Als Privatbank mit dreissig Milliarden Franken Anlagen in Private Equity sind wir einzigartig.

Die LGT ist bei den Skandalen zum Thema Geldwäscherei in letzter Zeit relativ ungeschoren davongekommen, im Gegensatz zu manchen Konkurrenten.

Wenn wir die verschiedenen Akteure durchgehen würden, was ich jetzt nicht machen möchte (*lacht*), dann gibt es einige, die haben einen übermässigen Risikoappetit, und andere haben hochkomplexe Geschäftsmodelle, die nur schwer zu führen sind. Uns hilft, dass unser Geschäftsmodell sehr fokussiert ist und wir deshalb die Risiken gut kennen. Zudem haben wir aufgrund der privaten Eigentümerschaft weniger Druck, besonders aggressiv und risikoreich zu sein.

Für die BSI war der Korruptionsfall imMDB sozusagen der finale Schlag. Julius Bär wird jetzt von der Finma ferngesteuert, zumindest gewisse Abteilungen, wegen der ganzen Lateinamerika-Geschäfte: Venezuela, Fifa et cetera.

Die regulatorischen Anforderungen sind stark gestiegen. Wenn man diesen nicht entspricht, dann hat das signifikant negative Folgen. Im Extremfall führt es zu existenziellen Problemen wie zum Beispiel bei der Danske Bank, deren Marktkapitalisierung sich halbiert hat.

Nicht nur beim Thema Geldwäsche hat sich vieles getan, auch beim Thema Austausch von Steuerdaten. Für viele Schweizer Banken ist dies offensichtlich mit niedrigeren Erträgen verbunden. Auch hier wieder: Die LGT wächst ganz schön.

Sie haben recht, der Systemwechsel hin zum automatischen Austausch von Steuerdaten hat generell sowohl zu einem Rückgang der Erträge auf die verwalteten Assets geführt als auch die Kosten erhöht. Wir haben uns insofern gut geschlagen, als wir die regulatorischen Themen gut umgesetzt haben und auch relativ frühzeitig in Bereiche investiert haben, in denen die Steuerthemen keine grosse Rolle spielen: das Asien-Geschäft, das Onshore-Geschäft und das institutionelle Asset-Management.

Was hat die politische Führung in Liechtenstein besser gemacht in den letzten zehn Jahren bezüglich Finanzplatz?

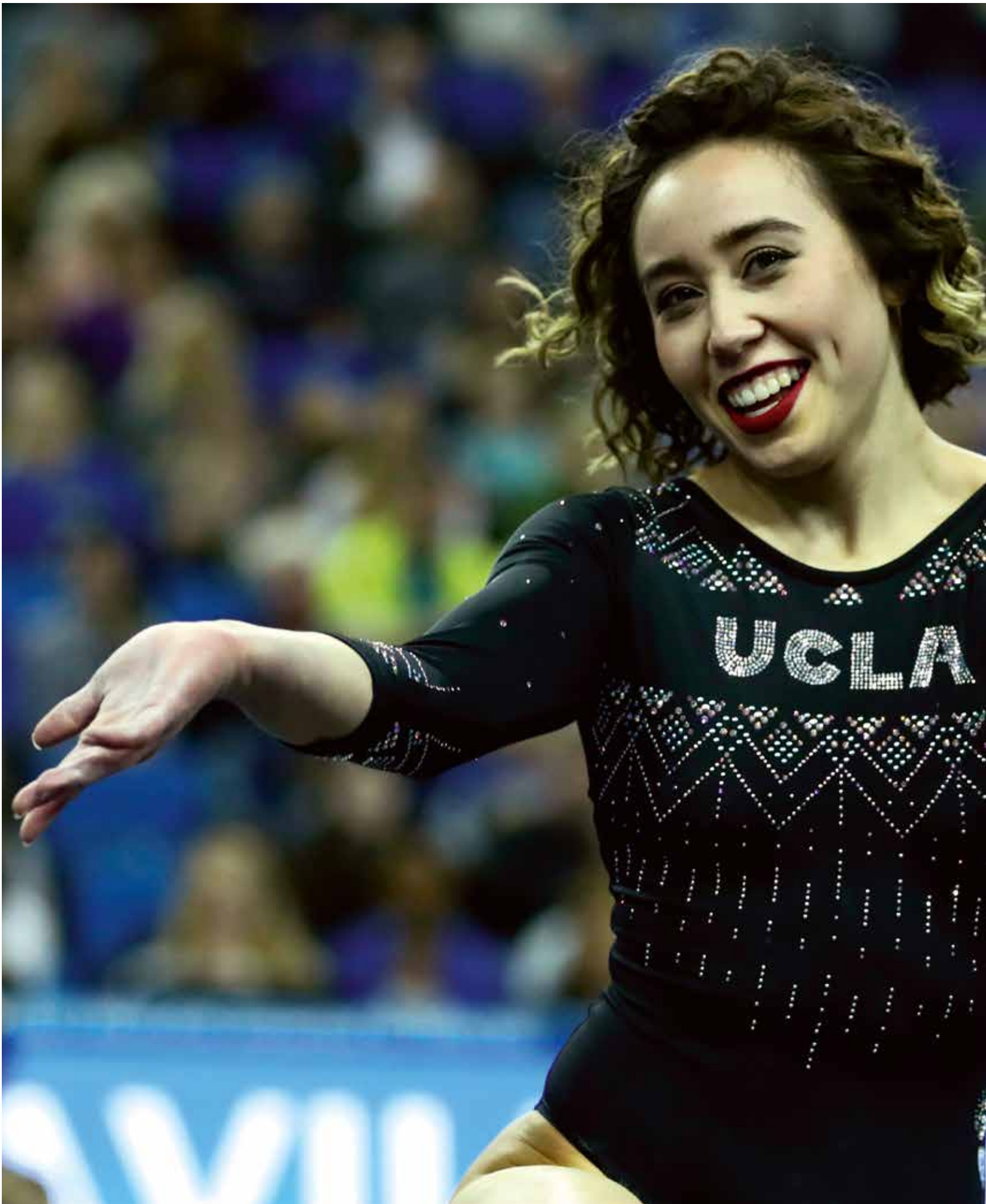
In grossen Zügen war die Entwicklung der verschiedenen Offshore-Finanzplätze recht ähnlich, weil alle dem starken Druck der grösseren Länder ausgeliefert waren. Die politische Führung hat den Trend recht früh erkannt und entsprechend schnell umgesetzt.

Liechtenstein war einfach überall effizienter in der Umsetzung.

Liechtenstein ist ein kleines Land. Das bringt einiges an Nachteilen mit sich, aber es hat auch sicher den Vorteil, dass es leichter ist, bei wirklich wichtigen Themen zusammenzukommen und einen gemeinsamen Nenner zu finden. Wir müssen die Vorteile unserer Kleinheit nutzen, um die daraus entstehenden Nachteile zu kompensieren.

In welchen Ländern hat eigentlich die Marke «Bank des Fürstenhauses von Liechtenstein» die grösste Strahlkraft?

Die LGT hat sich bisher in allen Märkten gut entwickelt, was aber nicht nur mit der Markenpositionierung zusammenhängt. Am Ende müssen die Erwartungen, die Kunden mit der Marke verbinden, eingelöst werden. Natürlich hilft es der LGT, dass es für Kunden sehr transparent ist, wer in der Verantwortung steht und wie Entscheidungsprozesse funktionieren. Das ist bei unserer einfachen Eigentümerstruktur gegeben, die in der Vergangenheit gut funktioniert hat und die seit gut achtzig Jahren stabil ist. Die Kunden verbinden diesen Leistungsausweis mit der Hoffnung, dass die LGT auch in der Zukunft stabil bleibt und sich gut weiterentwickelt. Dafür strengen wir uns natürlich auch an. ○



Synonym für Perfektion: Kunstturnerin Ohashi.



Ikone der Woche

Show ihres Lebens

Von Thomas Renggli

Sie springt wie ein Gummiball durch die Luft. Ihre Knochen scheinen aus Plastilin. Ihre Gelenke müssen Springfedern sein. Die Klänge der Jackson Five verbreiten musikalische Fröhlichkeit. Das Publikum in der Halle der kalifornischen Universität UCLA ist hin und weg. Die 21-jährige Kunstturnerin Katelyn Ohashi legt an einem College-Wettkampf die Kür ihres Lebens aufs Parkett. «10», lautet das Verdikt der Jury, das es im modernen Kunstturnen eigentlich nicht mehr gibt und das seit der legendären Stufenbarren-Performance der Rumänin Nadia Comaneci an den Olympischen Spielen 1976 in Montreal als Synonym für sportliche Perfektion und künstlerische Vollkommenheit gilt.

Anders als Comaneci lieferte Ohashi die Show ihres Lebens aber nicht auf der grossen Bühne des Sports ab. Dank Youtube und den sozialen Medien geht ihre Performance trotzdem um die Welt, oder viral, wie es neudeutsch heisst. Via Instagram und Twitter findet Ohashi ein Millionenpublikum. Doch hinter der fulminanten Darbietung und den überschwänglichen Jubelstürmen des Publikums steckt auch eine traurige Geschichte. Denn Katelyn Ohashi befindet sich quasi in den ewigen Jagdgründen für Spitztalente. Ihre Doppelsalti und Mehrfachschrauben sind die Ausschusswaren einer vermeintlich grossen Karriere. Was strahlt wie der Beginn eines einzigartigen Sportmärchens, ist nur der Restglanz eines geplatzten Traums. Katelyn tanzt die Kür ihres Lebens auf dem «Boulevard of Broken Dreams».

Die Amerikanerin mit japanischen und deutschen Wurzeln stammt aus dem äussersten Nordwesten der Vereinigten Staaten, aus der Stadt Bellevue im Bundesstaat Washington. Schön waren auch die Aussichten von Ohashi. Sie galt schon in ihrer Kindheit als Ausnahmetalent, dominierte ihre Alterskolleginnen im Schulsport nach allen Regeln der Kunst und war auf dem Sprung zu olympischen Meriten. Selbst Simone Biles, die 2016 an den Sommerspielen in Rio de Janeiro mit vier Goldmedaillen zum grossen Star wurde, war Ohashi oft nicht gewachsen.

Die Geschichte von Ohashi endete nicht auf dem Olympia-Podest, sondern im Operationsaal. Bei ihrem Sieg am prestigeträchtigen American Cup verletzte sie sich 2013 an der Schulter. Wenig später erlitt sie eine Fraktur am Rücken. Zwei Jahre lang konnte sie nicht mehr turnen. Es war die Zeit, in der sich ihre spitzensportlichen Ambitionen in Luft auflösten. Auf Instagram lässt Ohashi in einem Video in ihre Seele blicken: «Es gab eine Zeit, da war ich an der Spitze – eine Hoffnung für Olympia. Ich war unschlagbar, bis ich es schliesslich doch nicht war. Daran zerbrach

ich. Es brauchte Zeit, bis ich endlich wieder Spass am Sport haben konnte.» Der Druck habe ihr körperlich und psychisch stark zugesetzt. Erst Jahre später habe sie wieder Freude an der Akrobatik entwickeln können.

Was sagt die Kampfrichterin?

Die Geschichte weckt Erinnerungen an die Schweizer Kunstturnerin Ariella Kaeslin, die zwischen 2009 und 2011 drei EM-Medaillen und eine WM-Medaille gewann, aber ein Jahr vor den Olympischen Spielen in London überraschend aus dem Scheinwerferlicht flüchtete. Ihren Rücktritt erklärte sie mit den «grossen Mühen und Entbehrungen». Vier Jahre später beschrieb sie im Buch «Leiden im Licht» die Isolation im Mikrokosmos des Spitzensports, den Druck der Öffentlichkeit und die Demütigungen durch die Trainer – und wie es ist, in einem Körper zu leben, der Frau werden will, aber Mädchen bleiben muss.

Ähnlich muss es auch Katelyn Ohashi ergangen sein. Gegenüber der BBC sagte sie, dass sie den Menschen das Bewusstsein für die Anliegen von jungen Frauen im Spitzensport schärfen wolle. Sie ruft zur Selbstachtung und zum Respekt dem eigenen Körper gegenüber auf: «Bleibt euch treu. Und probiert nicht, jemand anderen zu imitieren. Verbeugt euch nicht für die Erwartungen der anderen.»

Ohashi scheint diesen Schritt geschafft zu haben. Wer jedenfalls das Youtube-Video anschaut, sieht eine junge Frau, die in ihrer Darbietung Lebenslust und Freude demonstriert. Gekünstelt oder gestellt wirkt der Auftritt auf keinen Fall. Was er aber sportlich wirklich wert ist, ist eine andere Frage – eine Antwort darauf glaubt Christine Frauenknecht zu kennen. Die 57-jährige Appenzellerin gilt als erfahrenste Schweizer Kampfrichterin. Für den *Tages-Anzeiger* schaute sie sich die Kür von Ohashi nach den Kriterien des Internationalen Turnverbandes an – und kommt dabei auf ein ernüchterndes Fazit: Ohashi verdiene keine allzu hohen Noten.

Frauenknecht moniert das angewinkelte Bein der Turnerin bei der Ausführung eines Elements: «Das muss bestraft werden.» Insgesamt sieht die gestrenge Richterin in der Bodenübung elf Fehler. Sie sagt: «Katelyn ist an vielen Orten unsauber. Wie die Kampfrichter auf eine 10,0 kommen können, erschliesst sich mir nicht.» Oder mit anderen Worten: Wo nicht Zentimeter und Hundertstelsekunden im Sport als Massstab gelten, ist die Entscheidungsfindung oft subjektiv – und die «perfekte 10» wohl nur eine Illusion. Doch Katelyn Ohashi dürfte dies nicht stören. Sie scheint den inneren Frieden und die Freude am Sport wiedergefunden zu haben.

Politischer Reformator

Der Film «Zwingli» ist erfolgreich im Kino gestartet. Wie glaubwürdig ist das Werk aus historischer Sicht?

Ein Faktencheck von Zwingli-Forscher Peter Opitz

Es ist nicht das subjektive Urteil eines filmkritischen Dilettanten, das hier gefragt ist, sondern dasjenige eines Reformationshistorikers, der sich täglich darum bemüht, zwischen dem, was uns die historischen Quellen berichten, und späteren Mythen, Missverständnissen und Projektionen zu unterscheiden.

Wie steht es diesbezüglich mit dem Film «Zwingli»?

Wichtige und bekannte Stationen der Zürcher Reformation werden anschaulich dargestellt: Zwinglis Antrittspredigt, seine Pestkrankung, das berühmte «Froschauer Wurstessen», die Zürcher Disputation vom Januar 1523, Zwinglis Hochzeit mit Anna, die Übergabe des Fraumünsterklosters an die Stadt, die Arbeit an der Zürcher Bibelübersetzung. Auch Zwinglis vielfältige Konflikte mit den Repräsentanten der römischen Kirche und der Volksfrömmigkeit auf der einen Seite und mit radikalen ursprünglichen Anhängern auf der anderen Seite werden sichtbar: Fegefeuerangst, Ablasshandel, religiöse Ausbeutung und kirchliche Doppelmoral, aber auch das Klima der Gewalt, in welchem Zwingli seine Ideen umzusetzen suchte und dem er sich als politisch denkender Reformator letztlich nicht entziehen konnte.

Er respektierte die geltende Ordnung

Ein Leben als unbefleckter Heiliger war keine reale Option. Zwinglis Reformation war stattdessen von Anfang an ein lebensgefährliches Unterfangen mit offenem Ausgang. Und Zwingli war nur ihr geistig-religiöser Antreiber. Eine konstitutive Rolle spielte die politische Elite der Stadt – keine adligen Fürsten-

Ulrich Zwingli wollte niemandem seinen Glauben aufzwingen.

söhne, sondern gewählte Repräsentanten der Zünfte. Die Zürcher Reformation war immer (auch) eine politische Reformation. Zwingli hat die Entscheidung des Rates mit Argumenten zu beeinflussen versucht, aber stets respektiert – und damit die geltende politische Ordnung. Dies unterschied ihn von den «Radikalen», bei denen sich ernsthafte Frömmigkeit mit anarchistischer Ablehnung der geltenden Ordnung mischte.

Ein fotografisches Abbild der Ereignisse will der Film allerdings nicht sein. Ein minu-



Lebensgefährliches Unterfangen: Zwingli (Max Simonischek).

tiöses Aneinanderreihen von Begebenheiten ist noch keine Geschichte, die zusammenhängt und Sinn ergibt. Hier gilt es, im Rahmen dessen zu bleiben, was die Quellen sagen, und die Dinge zugleich mutig und intelligent exemplarisch auf den Punkt zu bringen. Dazu mussten gelegentlich unterschiedliche Ereignisse ineinandergeschoben und geschichtliche Vorgänge und Konstellationen in knappe Dialoge oder gar in einen prägnanten Satz gepackt werden.

Genau dies ist dem Film mehrfach in eindrücklicher Weise gelungen. So antwortet etwa Bürgermeister Röist dem Gesandten des Bischofs selbstbewusst: «Wir sind hier in Zürich!», und bringt damit die Zürcher Stadtreformation auf den Punkt. Komplexer sind die geschichtlichen Umstände in anderen Fällen: So wird Zwinglis Haltung in der Täuferfrage im Film mit eindrücklicher Differenziertheit und offensichtlich erfreulicher Kenntnis der historischen Quellen berichtet. Die Hinrichtung des Täufers Felix Manz war eine vom Rat verhängte übliche Strafe für die politischen Delikte Meineid und wiederholter Ungehorsam gegen Mandate des Rats.

Zwingli hat sie zunächst vergeblich zu verhindern versucht und schliesslich als Beschluss der Obrigkeit akzeptiert. Die unglaubliche Brutalität des Justizsystems seines Jahrhunderts geht nicht auf sein Konto. Ebenso wenig wie alle seine Zeitgenossen aber hat er sie in Frage gestellt. Auf die Idee, sein entscheidendes Kriterium für eine christliche Gesellschaft – allein die Bibel als Dokument eines menschenfreundlichen Gottes – zudem auf den Bereich des Strafvollzugs anzuwenden, kommt er nicht.

Auch beim anderen heiklen Thema, Zwinglis Entscheidung für einen kriegerischen Feldzug gegen die Innerschweiz, gelingt es dem Film in verblüffend sachgemässer Weise, den Reformator in den Kontext der politischen Konstellation und Bedrohungslage (wie er sie wahrgenommen haben musste) einzuordnen, ohne sie aber zu rechtfertigen. Zwingli wollte niemandem seinen Glauben aufzwingen; im Gegenteil traf er seinen Entschluss zur Anwendung von Gewalt in der Überzeugung, damit für Glaubensfreiheit einzutreten. Zwinglis Disput mit Anna bringt gleichzeitig die innere Problematik dieser Entscheidung eindrücklich zur Sprache.

Insgesamt kann nicht genug lobend hervorgehoben werden: Weder erzählt der Film die Geschichte eines religiösen oder politisch-aufgeklärten Helden, der stets alles richtig macht und gegenüber dem alle Zeitgenossen blosse Statisten sind, noch wird hier in neuzeitlichem Pharisäertum geschulmeistert und der Reformator an Kriterien gemessen, die ihm und seiner Zeit noch völlig fremd waren. Das Phänomen «Zwingli» ist eindrücklich genug, auch und gerade wenn es in die geistigen und



Liebe zum Detail: Zürich im 16. Jahrhundert.

kulturellen Grenzen des 16. Jahrhunderts eingezeichnet wird. Ein Zeugnis dieses Bemühens ist auch die grosse Liebe zum Detail des Alltags im 16. Jahrhundert, sei dies ein Trinklied, die Froschauer-Werkstatt, die Kleidung des Postboten, die eindrückliche Kulisse der Stadt Zürich im 16. Jahrhundert und vieles mehr (die winzigen Fauxpas verdienen unerwähnt zu bleiben).

Im heimlichen und doch nicht verborgenen Zentrum des Films steht allerdings eine Frau: Anna Zwingli! Sarah Sophia Meyer wird dem Verfasser dieser Zeilen wohl bis ans Lebens-

Im heimlichen und doch nicht verborgenen Zentrum des Films steht Zwinglis Frau.

ende im Geist auftauchen, wenn von Zwinglis Frau die Rede ist, von der wir kein Bild besitzen und auch sonst fast nichts wissen. Dass sie, wie viele Frauen, die keine Schriften hinterlassen haben, auf das engste handelnd und leidend in das Geschehen verwickelt war, darf mit guten Gründen vermutet werden. Szenisch bildet Anna das dialogische Gegenüber zu Zwingli, ein äusserst gelungener Schachzug, der uns Zwingli – von dessen «Persönlichkeit» wir ebenfalls sehr wenig wissen – ein Stück weit aufschliesst und uns zugleich die Wirkungen seines Auftretens nahebringt.

Kleiner Betriebsunfall

Anna Zwinglis Entwicklung stellt exemplarisch den durch den Reformator angestossenen «geistigen» Prozess dar. Es ist der Weg einer verängstigten, um das Seelenheil ihres verstorbenen Mannes besorgten und kirchlich ausgebeuteten Witwe hin zu einer auch religiös selbstbewussten Frau, die sich bildet und schliesslich auch dem Reformator und Ehemann gegenüber eine kritische Partnerin wird. Auch hier ist es dem Film gelungen, dies in einer massvollen und auch historisch glaubwürdigen Weise darzustellen.



Selbstbewusst: Anna Zwingli (Sarah Sophia Meyer).

Als kleiner Betriebsunfall muss einzig der allerletzte Satz des Films bezeichnet werden. Wunderbar ausgedacht und für das aufmerksame Publikum tief im Ganzen des Films verankert ist die Schlusszene, die hier nicht veratet werden soll. Dann aber wird, bilanzierend und nach vorne schauend, behauptet, die durch Zwingli erkämpfte Freiheit bestehe darin, alte Gewissheiten hinter sich gelassen zu haben, so dass nun «nichts übrigbleibt, als ein Leben lang auf der Suche zu sein».

Wenn Anna ihren Ehemann Zwingli zum Urhahnen eines «Abschieds vom Prinzipiellen» (Odo Marquard) oder einer geschickhaften «Geworfenheit» (Martin Heidegger) des Menschen macht, überschreitet sie nicht nur die Grenzen ihrer Zeit um Jahrhunderte, sie widerspricht auch allem, was der Film bisher selber erzählt hat: Als liebgewonnene «alte Gewissheit» kann man Annas Zittern vor dem Fegefeuer mitsamt dem strafenden Gott wohl kaum bezeichnen. Und Zwinglis Botschaft der Befreiung wird mit Recht als Botschaft der befreienden Gewissheit eines christlichen Glaubens dargestellt, der, wie Anna wenige Minuten zuvor selber eindrücklich bezeugt, gegen massive Kritik und Widerstände daran festhält, dass «der Herrgott gnädig ist und Schuld vergibt».

Diese Gewissheit (und nicht eine Philosophie der Ungewissheit) hat Zwingli seine Kritik am religiösen System seiner Gegenwart überhaupt erst ermöglicht. Und erst sie ermöglicht es Anna, am Tod ihres Mannes und an der politischen Niederlage der Sache der Reformation nicht zu zerbrechen. Wenn der Film schliesslich auch zum Nachdenken anregen will: Auch dies ist ihm nicht schlecht gelungen!



Peter Opitz, ist Theologe und Zwingli-Biograf («Ulrich Zwingli. Prophet, Ketzer, Pionier des Protestantismus». 2015. Theologischer Verlag Zürich). Er stand den Filmemachern beratend zur Seite.



Feiern kann er auch: Musiker Järvi in der Tonhalle Maag in Zürich.

Klassik

Mann mit goldenen Händen

Der neue Chef des Zürcher Tonhalle-Orchesters kommt aus Estland und wohnt in Florida. Neben dem renommierten Schweizer Orchester wird er ein Ensemble in Tokio leiten. Wie funktioniert dieser Ausnahmedirigent? *Von Manuel Brug*

Alles super, ich bin sehr, sehr begeistert!» – und dann gibt es via Skype ein Prost mit dem Rotweinglas vom Swimmingpool samt Sonnenuntergang in Palm Beach, Florida. Paavo Järvi hat gesprochen, und der sagt für gewöhnlich nicht viel. Was er aber sagt, das sitzt, so wie jetzt. «Das Orchester hat ein ungeheures Potenzial, da ist so viel Flexibilität, Können und Wollen, ich bin total überrascht. Wenn wir mögen, dann können wir wirklich fliegen. Und ich mag!»

Gerngesehener Gast

Paavo Järvi, ab Herbst 2019 der ersehnte, neue Chef des Tonhalle-Orchesters Zürich, ist zu Hause. In einem Zuhause. Dem seiner beiden Töchter im USA-Sonnenstaat. Hier ruht er sich

ein paar Tage aus von der ersten, mega-erfolgreichen Asientournee mit seinem zukünftigen Orchester, bevor es wieder weitergeht um die Welt – Japan, Europa, die USA, wieder Asien. Geboren wurde der 56-Jährige freilich in Estland, in der dortigen *royal family* der Musik. Papa Neeme, der bis heute mit Herbert von Karajan und Sir Neville Marriner den CD-Rekord in der Klassik hält, dirigiert ebenfalls, er ist eines der vielgeschätzten Walrösser der Branche. Clanmutter Liilia, klein, mit Schwarz-Weiss-Grau-Tolle und einzige Nichtmusikerin der Familie, hält alle zusammen, die da noch sind: Bruder Kristjan, wilder, schräger, der wieder in Tallin sein Domizil hat, und Schwester Maarika. Die Flötistin lebt heute in Genf. Und dann gibt es – ursprüng-

lich war das eine Dynastie von Friseuren – auch noch diverse Onkels, Tanten, Cousins und Cousinen, die alle Musik machen.

Lange war gerade der eher ruhige Paavo Järvi ein stiller Star der Branche, ein fleissiger Arbeiter im musikalischen Weinberg des Herrn. Geschätzt im Klassikbetrieb als zuverlässig, zupackend und effizient. Sein Orchesterimperium umfasste zu Beginn der 2010er Jahre die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen, das Estnische Nationalorchester (das er berät), das HR-Sinfonieorchester Frankfurt, das Cincinnati Symphony Orchestra, den immerhin fünftältesten Klangkörper der USA, und das Orchestre de Paris. Inzwischen sind die USA, die Frankfurter und die Franzosen Vergangenheit, obwohl er überall immer noch ein gerngesehe-

ner Gast ist. Dafür werden sich die Zürcher ihren Paavo weiterhin mit dem NHK Symphony Orchestra in Tokio teilen müssen. Und das flexible norddeutsche Kammerorchester war und ist ihm eine Herzensangelegenheit.

Denn gerade dieses brachte er ebenfalls zum Fliegen – wie es ihn. Mühelos an die Spitze ähnlicher freier Formationen geschoben hat sich die Deutsche Kammerphilharmonie unter Paavo Järvi mit ihrem sinfonischen Beethoven-Zyklus, der kurz nach dem bahnbrechenden Neuner-Bündel des Tonhalle-Orchesters unter David Zinman entstanden ist. Dieses war das Erste, das nach den Noten der neuen Beethoven-Ausgabe von Norman Del Mar musizierte. Und die Deutschen taten es ihm nach: Furios, frisch und unverbraucht, taugt der Komponist ihnen als Lehrmeister und Spielzeug, als Identifikationsobjekt und Mahner oder einfach als Quelle sich nie verbrauchender orchestraler Freude.

«Energie des Aufbruchs»

Die Bremer haben mit ihrem herb-struppigen Klang, der freilich auch den eleganten Bogen kennt, zu Hause und in Japan, in den USA und sogar als Auftakt der Salzburger Festspiele verblüfft wie begeistert. Die CD-Version bekam weltweit glänzende Kritiken und ist bis heute auch ein Verkaufshit. Die Deutsche Welle hat die Aufführungen zudem visuell aufgezeichnet. Ein Schumann-Zyklus folgte, ein Brahms-Zyklus hat gerade Halbzeit. Järvis rasant-individuelle Rhetorik, das instrumentale Können des Orchesters, das gemeinsame Wollen, das von traumsicherer Übereinstimmung mit dem Chefdirigenten kündigt – man kann diese Dokumente durchaus auch als gute Vorboten für die Zürcher Partnerschaft deuten. «Doch, ich spüre bei den Schweizer Musikern einen ähnlichen Enthusiasmus, ein Wollen, die Energie des Aufbruchs», schwärmt Järvi, während in Florida die Sonne untergeht, über sein altes und sein neues Orchester.

Er hat sich nachgeschenkt und denkt jetzt über die Zürcher Zukunft nach. Die Vergangenheit des Tonhalle-Orchesters, die trüben Jahre des Stillstands während der Chef-Fehlentscheidung für den zu jungen, psychologisch und repertoiremässig noch nicht wirklich bereiten Lionel Bringuier, mag er nicht kommentieren, sie ist für ihn abgehakt: «Ich schaue nach vorne, und ich sehe eine gute Zukunft. In Zürich gibt es Geld, Motivation, Aufbruch. Ich freue mich schon auf die renovierte Tonhalle, aber auch das Tonhalle-Maag-Ersatzquartier hat sich hervorragend bewährt, neue Hörer gebracht und die Musiker zusammengeschweisst. Das möchte ich fortführen. Wir müssen vor allem in Sachen soziale Medien noch besser werden, und wir müssen audiovisuell präsent sein. So wie die Berliner Philharmoniker mit ihrer Digital Concert Hall. Sponsoren dafür müssten sich vor Ort doch

finden lassen. Das Internet ist ein wunderbares Kommunikationsinstrument. Darin sind die Esten sehr fit. Unsere Konzerte dürfen keine einseitige Angelegenheit bleiben. Musik ist Austausch.»

Deshalb auch hat Paavo Järvi schon bisher fleissig CDs eingespielt. Mit seinen Silber-scheiben bei Telarc, Virgin, Erato und Sony ist er auf dem Tonträgermarkt präsent wie neben Sir Simon Rattle kaum einer seiner Generation. Und wird inzwischen, er scheint ein wenig ein Spätblüher, weil er geradeheraus, kein Showman ist, an den allerersten Orchesteradressen geschätzt. Fast jedes Jahr ist er beispielsweise bei den Berliner Philharmonikern. Weil er zielbewusst am Klang und an der Kultur der Formationen arbeitet, aber eben auch am Repertoire. Das seine ist weit und eklektizistisch, mit einem gewissen Schwerpunkt im 20. Jahrhundert, und auch das kulturelle Erbe Estlands ist ihm wichtig. Darin schlägt er ganz nach seinem Vater.

Herz des Clans

Um den wahren, den entspannten Paavo Järvi zu erleben, dazu muss man ins estnische Meerbad Pärnu fahren, so wie es seine Familie früher hielt, wenn sie sich dort sommers im Haus der Grossmutter getroffen hat. Hier schlägt, auch wenn die Emigration die Järvis von 1980 bis 1990 in die USA verschlägt und sie zu Weltbürgern gemacht hat, das wahre Herz des Clans. Und auch das ist natürlich mit Musik verbunden.

Pärnu war estnische Ostseeprovinz, aber im russischen Riesenreich der annektierenden UdSSR einst das westlichste Ferien-Seeresort, wohin auch Geigenpoet David Oistrach und Komponist und Kollege Dmitri Schostakowitsch kamen. Es ist immer noch eine angenehme Mischung aus drei Kilometer Dünensandstrand, Alleen von Kiefern, Lärchen, Birken, Linden und Eichen, Barockstrassen, orthodoxen Kirchen, feinverzierten Holzdzatschen, Bauhaus-Moderne und sozialistischem Plattenbau. Geruhsam, kaum gentrifiziert, aber mit ein paar touristischen Annehmlichkeiten.

«Big [Dirigier-] Daddy» Neeme hat das irgendwann verblichene Oistrach-Festival übernommen und eine gernbesuchte Dirigenten-Masterclass hinzugefügt. Daraus wurde das Järvi Music Festival, seit 2010 heisst es Pärnu Music Festival. Hier hat Paavo Järvi vor acht Jahren das Estonian Festival Orchestra aufgebaut, das in der eigens für die Järvis gebauten Konzerthalle auftritt, aber längst auch Tourneen unternimmt. Vor der Tür sitzt als Bronzestatue der hier geborene Gustav Faber-

gé (Vater des berühmten Eiermachers), im schmalen Backstage-Bereich der 900-Plätze-Halle türmen sich Koffer und Instrumentenkästen, viele kommen direkt vom Flughafen. Das ist echter Enthusiasmus für einen Esten!

Cognac und Torten

Den Nukleus bildet das Tallinn Chamber Orchestra, dazu kommen Studenten, die Elite der estnischen Musiker (erstaunlich viele bei nur 900 000 Esten plus 400 000 Russen im Land) und natürlich Freunde aus allen Paavo-Orchestern – künftig auch aus Zürich! Eine intensive Woche ist das, zwei Konzerte des Festival Orchestra, andere mit dem Chamber and Youth Orchestra, dazu die Akademisten und Kammermusikprogramme. An diversen Orten. Manchmal mit Gästen. Da haben die versammelten Järvis kaum Zeit für den Strand, auch wenn der Nachwuchs, etwa Paavos Töchter, die aus den USA zu Besuch sind, dies einfordern. Eine Familiensache mit erweiterter Besetzung.

In der Pause wird fleissig beim Cognac wie bei den Torten zugelangt. Sehr estnisch,

das. Viel baltische Musik ist programmiert, der Komponist Erkki-Sven Tüür, mit dem der damals noch vollbehaarte Paavo Järvi einst in einer Rockband spielte, ist ebenfalls da. Bei Järvis Orchesteraktivitäten mag zwar ein gehöriger Schub Nostalgie mitschwingen – Erinnerungen an ein nie enden wollendes Sommerfrischeparadies, an alte Fotos, darauf Järvi bei Schostakowitsch als Junge auf dem Schoss sitzend abgebildet oder als junger Perkussionist, der dem urlaubenden Aram Chatschaturian dessen «Säbeltanz» auf dem Xylofon vorspielt. Aber er will mehr: «Die Esten sind die Weltmeister im App-Erfinden. Alle haben hier Start-ups. Ich jetzt auch.»

Kein Zweifel, dieser manchmal ein wenig unterkühlt wirkende, technokratisch agierende, gar nicht viel Kunstsums machende Dirigent, er hat goldene Hände. Aber feiern kann er auch. Vor allem in der Festivalkantine «Passion Cafe», das spätabends zum Hotspot legendärer Feste wird. Wenn nicht die Putzfrau schon um sechs kommt statt wie gewöhnlich um acht. Der am längsten Bleibende? Natürlich Paavo Järvi. Festival ist schliesslich Verpflichtung.

Ein letzter Schluck Rotwein in Florida. Gleich wird auf die Skype-«Aus»-Taste gedrückt. Was sagt Paavo Järvi sonst noch so über seine Zürcher? «Sie können vieles, gehen die Dinge aber entspannt an.» So wie augenblicklich ihr künftiger Chef.



Dirigent Järvi.

«Ich sehe eine gute Zukunft. In Zürich gibt es Geld, Motivation, Aufbruch.»



Die Bibel

Religionen bespötteln

Von Peter Ruch

Um die eigene Überzeugung hervorzuheben, wurden im Laufe der Religionsgeschichte oft andere Glaubensinhalte herabgesetzt. Die Reibungsflächen zwischen den verschiedenen Weltanschauungen haben sich durch die Migration stark erweitert. Dadurch häufen sich auch die Gerichtsklagen wegen Verspottung oder Blasphemie. Das schweizerische Strafrecht stellt die öffentliche und böswillige Beschimpfung und Verspottung religiöser Überzeugungen unter Strafe (Art. 261 StGB). Der Staat will die öffentliche Ordnung schützen.

Die Zehn Gebote verbieten den Missbrauch des Gottesnamens. Über andere Götter wird in der Bibel reichlich gespottet. *Die Hälfte eines Baumstamms verwendet man als Brennholz für Braten und Heizung, die andere Hälfte schnitzt man zu einem Gott, wirft sich vor ihm nieder und betet: Rette mich, denn du bist mein Gott!* So mokiert sich Jesaja über den Götzenglauben (44,16 f.). Als Pfarrer bekam ich viele Witze über die Kirche und ihr Personal zu hören. Die guten Witze animierten mich stets zur Selbstprüfung, ob ich nicht irgendwie lächerlich sei. Auch der Psalm 44 zeigt, dass der Spott den Glauben stärken kann: *Scham bedeckt mein Angesicht vom Lärm der Lästerer und Spötter [...] Doch wir haben deinen Bund nicht verraten* (44, 16 f.). Die Christen ihrerseits, als sie vom Heiligen Geist verzückt waren, wurden verspottet, sie seien besoffen (Apostelgeschichte 2,13). Jesus wurde vor der Kreuzigung von der religiösen Elite verspottet – und schwieg. Umgekehrt polemisierte Paulus gegen die Galater: Wollten sie sich weiterhin beschneiden lassen, so sollten sie doch gleich alles abhauen (Gal 5,12). Die Sprüche Salomos empfehlen, man solle die Spötter nicht zurechtweisen (9, 8). Die Polemik gegen Religionen kann Unruhe auslösen. Die Schweigepflicht gegenüber religiösen Missständen und Absurditäten tut das freilich noch mehr. Für den Humor angesichts der Religion ist Salcia Landmann ein Vorbild. Als Jüdin publizierte sie die umfangreiche Witzesammlung «Der jüdische Witz» – mit vielen Seiten, bei deren Lektüre man über Juden lachen kann.

Peter Ruch, ursprünglich Handwerker, absolvierte ein Abendgymnasium und war nach dem Theologiestudium 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Monströses Powerplay: Abigail (Emma Stone; l.) und Lady Sarah (Rachel Weisz) in «The Favourite».

Kino

Das weibliche Dreieck

Mit Preis-Nominierungen überhäuft, gilt «The Favourite», das Drama über Queen Anne und ihre rivalisierenden Freundinnen, bereits jetzt als einer der besten Filme des Jahres. Von Wolfram Knorr

Sie sind abgefeimt, kaltschnäuzig, pervers: Sarah und ihre Cousine Abigail. Die eine ist in der Beletage zu Hause, die andere im Parterre. Lady Sarah Churchill ist eine Marlborough, Abigail eine verarmte Hill. Lady Sarah lenkt den Polit-Betrieb am Hof von Queen Anne und fördert den Einfluss der Marlboroughs. Abigail fördert mit hinterhältigsten Methoden nur sich. Es ist der Beginn des 18. Jahrhunderts, es wird um den Spanischen Erbfolgekrieg gerangelt, um die europäische Vormacht, darum, Frankreich im Zaum zu halten – und Queen Anne ist diese byzantinische Polit-Komplexität zu viel. Sie hat das Regieren satt. Siebzehn Kinder hat sie geboren, keines hat überlebt, ihr Körper ist ruiniert. Jetzt hat sie siebzehn Kaninchen, die durch ihre Gemächer wuseln. Sie geht am Stock, ist übergewichtig, hat Gicht, ist jähzornig, larmoyant, einsam. Verlangt dauernd Betreuung, Unterhaltung. Das verspielte, präzios raffinierte Rokoko entblösst seine morsche, morbide Seite, und Sarah und Abigail blasen um die Gunst der Queen zum monströsen Powerplay, im wörtlichen, obszönen Sinn.

«The Favourite» heisst das exzentrische Intrigantenfeuerwerk des in Grossbritannien lebenden Griechen Yorgos Lanthimos. Seine Filme (etwa «The Lobster») sind mit ihrem Faible für atypisch arrangierte Musik eigenwillig. Von Olivier Messiaen über Luc Ferrari bis Bach, Händel, Vivaldi wird nichts ausgelassen.

Der irische Kameramann Robbie Ryan nutzt häufig Froschaugen- und Weitwinkelobjektive, greift zu kühnen Perspektiven, krassen Licht- und Schatten-Kompositionen in hallenden Korridoren, Küchengewölben, Treppenhäusern und Salons, durch deren hohe Fenster das Licht wie Goldstaub flirrt. Durch die verzerrte Optik wird der Eindruck des Schlachtfelds akzentuiert, auf dem die beiden Favoriten um ihre Königin wie subversive Berserker rangeln.

Höfische Zweideutigkeiten

Wenn der Adel in seinen getürmten Perücken und schweren Roben bei Ihrer Majestät vorstellig wird, um die Lage auf dem Kontinent und die klamme Finanzlage zu erörtern, findet das wahre Gemetzel in den Räumen der Queen statt, im Schlafgemach, in der Bibliothek, den Salons. Eingerahmt von floralen Gobelins, Volants, bacchantischen Gemälden, Tapisserien, Kandelabern, Fauteuils und Vitrinen, gehen Sarah und Abigail mit verbalen Obszönitäten und Ohrfeigen und Tritten aufeinander los, während Anne wie ein greinendes, verwöhntes Kind in ihren Kissen liegt. Abigail nutzt die Intimität zwischen Sarah und der Queen für ihren weiteren Aufstieg, mixt ein Gift für Lady Sarah, heiratet einen Kerl des Standes, torpediert den Einfluss der Marlboroughs bei der Königin und endet in totaler Unterwerfung.



Lanthimos' Filme sind nicht jedermanns Sache. Er liebt Versuchsanordnungen, in denen die menschlichen Empfindungen blankgelegt und zum Zucken und Zappeln gebracht werden wie die Frösche an der Galvanisiermaschine. Das erspart er seinem «weiblichen Dreieck» auch nicht, aber «The Favourite» ist eben zugleich auch sein erster sehr zugänglicher und emotionaler Film mit konventionellen Zügen.

Es ist auch Lanthimos' erstes Opus, das auf ein fremdes Script zurückgeht. Schon 1998 kursierte von der Historikerin Deborah Davis, im Drehbuchschreiben unerfahren, eine erste Version. Das Drama ist verbürgt durch Winston Churchill, der als Historiker die Ereignisse seiner Urahnen aufschrieb. Tatsächlich hatte Anne die Tagesgeschäfte der tüchtigen Lady Sarah übertragen, die – um sich gewisse Freiheiten zu gönnen – ihre verarmte Cousine Abigail Hill einstellte. Auch die sexuelle Beziehung zwischen Sarah und der Queen ist nicht nur ein Gerücht. Es dauerte, bis Deborah Davis' ungewöhnliche Story auf Interesse stiess und der erfahrene Script-Autor Tony McNamara sie in eine endgültige Fassung brachte. Das Ergebnis ist ein funkelnendes Dialogfeuerwerk vulgärer



Überragend: Queen Anne (Olivia Colman).

Eindeutigkeiten, höfischer Zweideutigkeiten, vor Lakonie triefender Szenen – kurz: eine psychische wie physische Zerfleischungsgorgie.

Aus dem gepuderten Hofbuden-Geschwärm ragen die Frauen heraus, böse Choreografinnen, die den Hofladen am Tanzen halten. Rachel Weisz ist Lady Sarah, ein dunkeläugiger Dämon in Seide und Brokat. Breites Lächeln, pure Herablassung; lässige Contenance, souveräne Rotzigkeit. Ihre Beleidigungen serviert sie als Smalltalk-Snacks. Eine Femme fatale von aparter Niederträchtigkeit. Emma Stone ist Abigail, blond, grossäugig, ein zarter, sinnlicher Brausekopf mit derben Zügen. Zucht und Tugendhaftigkeit als Strategie, hinter der ein rücksichtsloses Scheusal lauert, das ohne die geringsten Hemmungen nur sein Ziel vor Augen hat. Sie bewegt sich schnell und gewandt, verharrt in saloppen Posen, artikuliert ihre Fiesigkeit mit schnippischer Koketterie. Dritte im Bund ist Olivia Colman als Queen Anne, der eigentliche Star, um den Sarah und Abigail kreisen. Launisch, quengelig, schnutig, pampig. Ihr Körper ist unförmig, er wird in Uniformen gepresst. Sie lümmelt am liebsten zwischen ihren flauschigen Federn, leidet an Gicht und füllt ihre Gefühlsleere mit den Kaninchen und ihren ergebenen Favoritinnen auf, die sie buchstäblich zwischen ihre Beine zwingt. Ihr Blick gerät mitunter zur vulgären Mischung aus animalischer Gier und verächtlicher Routine. Unter dem Druck des Palastes in Einsamkeit und Krankheit verdorrt, ist sie am Ende, von einem Schlaganfall entstellt, nur mehr ein zerquälter Körper.

Olivia Colman ist überragend und hat völlig zu Recht einen Golden Globe erhalten. «The Favourite» ist mit Preis-Nominationen überschüttet. Fünf gab es bei den Golden Globes, zwölf sind es bei den Bafta-Awards, zehn bei den Oscars. Welchen Preis «The Favourite» auch immer gewinnen wird, eines ist sicher: Er gehört zu den besten Filmen des Jahres. ★★★★★

Knorr's Liste

1	Roma Regie: Alfonso Cuarón	★★★★★
2	Shoplifters Regie: Hirokazu Koreeda	★★★★★
3	Mary Queen of Scots Regie: Josie Rourke	★★★★☆
4	Colette Regie: Wash Westmoreland	★★★★☆
5	Der Junge muss an die frische... Regie: Caroline Link	★★★★☆
6	Burning Regie: Chang-dong Lee	★★★★☆
7	Cold War Regie: Pawel Pawlikowski	★★★★☆
8	Wolkenbruchs... Regie: Michael Steiner	★★★★☆
9	Astrid Regie: Pernille Fischer Christensen	★★★★☆
10	Capharnaüm Regie: Nadine Labaki	★★★★☆

Jazz

Plädoyer für einen Klassiker

Von Peter Rüedi

Es gibt auch im Jazz jene Jahre, die sich im Nachhinein wie die grosse Wende ausnehmen, wo sich Vergangenheit in Gegenwart verwandelt und Gegenwart in Zukunft und wo, vielleicht erst als Ahnung, «the shape of Jazz to come» in Umrissen sichtbar wird. Es sind die grossen Augenblicke der Weichensteller, die, oft ohne zu wissen wie, «aus der Zeit fallen». Zeitgenossenschaft ist ein schönes Ideal der Kunst, das Unzeitgemässe, die ätzende Reibung und Unzufriedenheit aber das heroische Kainszeichen all jener, die sich mit dem Status quo nicht abfinden wollen.

1961 war so ein Jahr im Jazz. Von Ornette Coleman erschien das Album, das einer ganzen Richtung den Titel lieferte: «Free Jazz», John Coltrane legte nicht weniger als drei Alben vor («Olé», «Coltrane Jazz», «My Favorite Things»), Gil Evans «Out of the Cool», Jimmy Giuffre «1961. Jimmy Giuffre 3», das Trio mit Steve Swallow und Ran Blake (die Erfindung des leisen Free Jazz). Charles Mingus veröffentlichte «Mingus» und «Oh Yeah». Und Oliver Nelson, ein bis dahin eher wenig bekannter Saxofonist, Komponist und Arrangeur, geboren 1932 in St. Louis, gestorben mit keinen 44 an einem Herzversagen in Los Angeles, nahm beim eben gegründeten Label «Impulse!» das Album auf, das ihn unsterblich macht. Nelson war ein blendender Arrangeur im Big-Band-Geschäft. Aber für «The Blues and the Abstract Truth» versammelte er eine All-Star-Truppe zu einem Septett, das in den gefinkelten Arrangements des Leaders *in nuce* grossorchestrales Raffinement entwickelte. Nelson selbst am Tenor- und Altsaxofon, Eric Dolphy an Altsaxofon und Flöte, ein Freddie Hubbard in Höchstform an der Trompete, dazu eine Traum-Rhythmusgruppe: Bill Evans am Klavier, Paul Chambers am Kontrabass, Roy Haynes am Schlagzeug. Sechs Mal der Blues in verschiedenen Extensionen, aber verzaubert im magischen Licht kommen-der modalen Erfindungen. Ein Meisterwerk, neu aufgelegt mit dem Folgealbum «More Blues and the Abstract Truth», nicht so dicht, aber voller exzellenter Soli von Thad Jones, Phil Woods, Pepper Adams. Und auf zwei Nummern der magistrale Ben Webster.



Oliver Nelson: The Complete Blues and the Abstract Truth. 2 CDs. Phono 870283



Thiel

Gender

Von Andreas Thiel

Soziologin: Ich komme hier rein und sehe ganz viele Männer und nur eine einzige Frau. Finden Sie das nicht seltsam, dass Sie als Frau arbeiten, während die Männer am Stammtisch sitzen und Bier trinken?

Wirtin: Ich bin froh, dass diese Männer am Stammtisch sitzen und Bier trinken. Mir gehört die Beiz.

Soziologin: Ach, ich dachte, Sie seien eine Angestellte und würden unterdrückt.

Wirtin: Wieso sollte ich unterdrückt werden?

Soziologin: Weil Frauen generell unterdrückt werden.

Wirtin: Dann bin ich wohl keine richtige Frau.

Soziologin: Als Besitzerin befinden Sie sich sicher in einer privilegierten Situation. Aber finden Sie es nicht sonderbar, dass Sie als Frau wohl die Einzige hier drin sind, die links wählt, während die Männer am Stammtisch vermutlich alle rechts wählen?

Wirtin: Diese Männer am Stammtisch sind von der örtlichen Sektion der SP. Ich hingegen wähle bürgerlich.

Soziologin: Weshalb wählen Sie als Frau nicht die Sache der Frau? Richtige Frauen wählen links.

Wirtin: Es gibt mehr Frauen, die bürgerlich wählen, als solche, die links wählen.

Soziologin: Das kann nicht stimmen, denn soziologisch gesehen wählen Männer rechts und Frauen links.

Wirtin: Es gibt auch Soziologen, die das nicht so sehen.

Soziologin: Solche Soziologen sind keine richtigen Soziologen.

Wirtin: Es gibt sogar Soziologinnen, die das nicht so sehen.

Soziologin: Solche Soziologinnen sind keine richtigen Frauen.

Wirtin: Ich habe zwar nicht Soziologie studiert, aber ich studiere die Menschen, die hier reinkommen. Und ich kann ich Ihnen sagen, was das Problem ist. Sie verwenden das Wort «richtig» falsch.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Geheimnisvolle Präsidentin

Petra Gössi neuer Freund ist die Ex-Liaison von Chantal Galladé; Uraufführung von «Sei kein Mann!» im Miller's Studio in Zürich. Von Hildegard Schwaninger

Wer ist der neue Mann an der Seite von Petra Gössi? Der *Schweizer Illustrierten* (SI) verrät sie zum Jahreswechsel, dass sie «seit gut einem halben Jahr» einen Freund habe, einen «Zürcher ohne politischen Hintergrund». Nun, die Neugierde um das Liebesleben der geheimnisvollen FDP-Präsidentin ist geweckt. Resultat der Recherche: Petra Gössi ist mit dem Zürcher Psychiater **Joe Hättenschwiler** liiert. Ein attraktiver Mann, Vater von drei Töchtern und verwitwet (also frei). Joe Hättenschwiler ist nicht nur Seelendoktor der Reichen und Schönen, er hat auch ein bedeutendes Institut für Angst- und Depressionsbekämpfung aufgebaut. Im Nationalrat wird getuschelt, dass **Doris Fiala**, FDP-Nationalrätin und eine enge Freundin Hättenschwilers, den Match Gössi-Hättenschwiler geschustert habe, aber das wird von Hättenschwiler bestritten. «Doris Fiala hat damit nichts zu tun.» Wo sich Hättenschwiler und die Frau, der er «Schmetterlinge im Bauch» verursacht (laut SI), kennengelernt haben, bleibt geheim.

Hättenschwiler war vorher mit **Chantal Galladé** liiert, der Ex-SP-Nationalrätin, heute Schulpräsidentin Altstadt/Töss Winterthur. Dass Hättenschwiler, FDP-Mitglied und Zünfter (Stadtzunft), von einer SP-Frau zu einer FDP-Frau wechselt, soll die Zunftkollegen gefreut haben. Manchen von ihnen stiess es nämlich sauer auf, dass einer der Ihren eine Sozialdemokratin liebte. Oder war es weniger die Parteifrage als der Neid, der die Zunftkollegen

die Nase rümpfen liess? Galladé ist eine sehr hübsche Frau. Wie auch immer: Jetzt, wo Petra Gössi seine neue Freundin ist, gibt es – jedenfalls parteipolitisch – nichts mehr zu mäkeln.

Patrick Frey und Katja Früh sind ein bewährtes Autoren-Tandem für Schweizer Komödien. Mit untrüglichen Sinn für den Zeitgeist. In ihrer neuesten Komödie nehmen sie die Mann-Frau-Genderthematik aufs Korn – und beleuchten sie äusserst spassig. «Sei kein Mann!» heisst die Wahlkampfkomödie. Die Uraufführung fand im Miller's Studio im Zürcher Tiefenbrunnen statt. Themenspezifisch waren viele Politiker anwesend: die Regierungsräte **Carmen Walker Späh**, **Thomas Heiniger** und Stadtrat **Filippo Leutenegger**, alle mit ihren Partnern/-innen, sowie der St. Moritzer Gemeindepräsident **Christian Jott Jenny**. Die Politgrössen durften sich einen Abend lang anschauen, wie man aus einem Vollidioten einen Politstar machen kann – sofern der richtige Imageberater aktiv wird. Den spielt Patrick Frey, der auch ein begnadeter Komiker ist. Er muss nur auf der Bühne stehen, und man muss schon lachen. Und **Esther Gensch** als seine Partnerin, die ihrem Mann zeigt (wie die Schweizer so schön sagen), «wo Gott hockt». Den dummen Politiker spielt **Pit-Arne Pietz**, ein gewaltiger Obermacho, der – «me too» sei Dank – zum bemitleidenswerten Weichei mutiert. **Lisa Bärenbold** gibt die hübsche Jungpolitikerin, die sich in das Weichei verliebt. Es ist eine herrlich poli-



Fast verliebt

Verlobungstourismus

Von Claudia Schumacher

Als er endlich kniete, machte sich auf ihrem Gesicht ein Grinsen breit. Die Erleichterung einer verkannten Kronprinzessin, die es nach fruchtlosen Intrigen in einer letzten, überraschenden Wendung

des Schicksals doch noch unter die Krone schafft: Triumph! Selbst ihre Eltern hatten nicht mehr geglaubt, dass sie noch unter die Haube käme, doch da sass sie: Regula Müller, 36 Jahre, Versicherungsberaterin, die Füsse im Sand von Ko Yao Yai und vor ihr ein Mann auf Knien.

Die überraschende Wendung in Regulas Schicksal hiess Georg Schmidt. Obwohl man fairerweise sagen muss, dass an ihm nichts Überraschendes oder Wendiges war. Seine Begegnung mit Regula hatte strenggenommen auch nicht viel mit Schicksal zu tun, eher mit dem Internet, seinen Paarungsmöglichkeiten und akribischer Katalogrecherche. Er hatte eine Frau zum Heiraten gesucht und nach drei Tagen gefunden. Sie war zwar, fand er, nicht mehr ganz frisch im Gesicht und auch nicht unbedingt nett, wie sich bald herausstellte. Aber sie hatte einen guten Job, wirkte zumindest auf andere gefällig, auch auf seine Eltern,



«Schmetterlinge im Bauch»: FDP-Chefin Gössi ...



... neuer Freund Hättenschwiler.



«Sei kein Mann!»: Komiker Frey.

tisch unkorrekte Satire, das Publikum hat sich – bis auf den saudummen Schluss (dreht sich darum, dass Männer nicht menstruieren), der wie oft bei Früh/Frey-Komödien komplett missglückt ist – köstlich amüsiert.

Nach der Vorstellung verabschiedete sich **Barbara Ellenberger**, die Ende Februar die Leitung des Miller's Studio abgibt. Die Baslerin wird Leiterin einer grossen Stiftung mit Sitz in Basel. An Ellenbergers Stelle rückt **Andrea Fischer Schulthess**, die Zürcher Kleinkünstlerin und Autorin. Im Publikum sah man den Schauspielkollegen **Siegmund Tischendorf**. Der berühmte «Caveman» ist Spezialist für Genderfragen. Er thematisiert seit Jahren in «Du sammeln. Ich jagen!» die archetypischen Mann-Frau-(Un-)Gleichheiten (demnächst im Theater am Käfigturm Bern und in Zürich auf der Bühne «Weisser Wind»). Auch anwesend: «Dolder Grand»-Besitzer **Urs E. Schwarzenbach**, **Martin Bölsterli** (Human Rights Watch) und **Gitti Hug**, Präsidentin der Zürcher Kunstfreunde, **Corinne** und **Christophe Gautier**, Schauspieler **Walter Andreas Müller** (spielt zurzeit im Musical «Hello, Dolly!» im Stadttheater St.Gallen), TV-Mann **Roger Schawinski**, Regisseur **Paul Riniker**, Regisseur **Adrian Marthaler** (Schwager von Katja Früh, er ist mit ihrer Schwester verheiratet), Publizist **Karl Lüönd** mit Ehefrau **Esther Scheidegger**, Modeunternehmerin **Sissi Zöbeli** von Thema Selection (unterstützt die Produktion «Sei kein Mann!» als Sponsorin der Kostüme). **Dominik Keller** von der Abegg-Stiftung. **Annette Ringier**, **Henriette Bezzola-Bodmer** (Schule der Wahrnehmung), Rechtsanwalt **Robert Karrer** sind ebenfalls Unterstützer dieser Komödie.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

und sah nackt noch gut genug aus, dass er ihr zwei Kinder machen könnte, wenn auch eher von hinten.

Als Georg mit verstochenen Beinen in weissen Leinenhosen vor Regula im thailändischen Inselsand kniete, blickte diese auf sein glänzend rotes Haupt mit dem zurückweichenden Haar herab. Auch Regula hatte in einem Jahr Beziehung das Ihre getan, um diesem Moment die Überraschung zu nehmen. Bei einem Krach im Dezember hatte sie gesagt: «Wenn du es nicht bald auf die Reihe kriegst, mir einen Antrag zu machen, geh ich. Du unsäglicher Feigling ... glaubst du etwa, was Besseres zu finden?» Gellend gelacht hatte sie und gleichzeitig gehofft, dass der Druck wirkt. Kurz durchgerechnet hatte sie auch: Wenn sie sich demnächst trennen würde, wäre sie immer noch 36. Sie könnte wenige Monate später einen anderen kennenlernen, und wenn der vorwärts machte,

könnte sie mit 38 verheiratet und schwanger sein. Nicht optimal – was würde sie Georg rückblickend hassen für die vergeudete Zeit. Doch zum Glück hatte Georg sich noch aufgerafft.

Wie es sich für alternde Yuppies gehört, hatte er Regula brav einen Diamantring von Tiffany gekauft. Und nun sagte sie «Ja» in Thailand, wo er Geld für Romantik hatte springen lassen: Dinner am Strand, Fackeln, Blumenschmuck, weisser Pavillon. Schon vorher hatten Regulas Freundinnen prophezeit, dass er ihr einen Antrag machen werde. Klar, aus Thailand kommen viele verlobt zurück, da ist Romantik im «Bachelorette»-Format erschwinglich und wirft Bilder zum Angeben ab. Am Tag danach postete Regula ein Antragsfoto, Szenerie: perfekt. «Was für eine Überraschung!», schrieb sie. «Verlobt!»



Unten durch Festplatten

Von **Linus Reichlin**

Mein Freund Carlos hasste Abspanne. Seiner Meinung nach war ein Abspann eine Art Stoffwechselprodukt des Films, also Scheisse. Ebenso wenig, wie er sich auf der Toilette fünf Minuten lang anschaute, was er da gerade produziert hatte, wollte er nach dem Film im Kino 700 Namen angaffen. Aber seine Frau wollte. Dreissig Jahre lang blieb sie nach jedem Film sitzen und liess die Namensliste vor sich runterrollen, bis nichts mehr kam. Erst wenn der Vorhang nach einem anfänglichen Rucken, weil bei Kinovorhängen immer irgendwas klemmt, über die Leinwand glitt, stand sie auf und war bereit fürs Vögeln. Nebenbei gesagt, war das natürlich auch ein Grund, warum Carlos Abspanne hasste: Nach dem Kino war's meistens schon halb elf, und er hätte gern so schnell wie möglich mit dem Sex begonnen. Wegen Claires Abspannomania kamen sie aber immer erst nach halb zwölf ins Bett, und aus irgendwelchen physiologischen Gründen war bei Carlos nach halb zwölf Schluss mit der Durchblutung der Schwellkörper. Es war, als würden seine Schwellkörper von winzigen Männlein bedient, die Mitglieder einer radikalen Gewerkschaft waren und die folglich trotz Claires schwarzen Wolford-Strümpfen nicht bereit waren, auch nur eine Minute länger als bis halb zwölf zu arbeiten.

Wie oft hatte Carlos mit Claire auf der Heimfahrt nicht schon darüber diskutiert, ob die Einblendung des Wortes «Ende» bei einem Film eine Aufforderung zum Gehen war oder ob das Wort nur – das war Claires Meinung – das Ende der Filmhandlung und den Anfang des Abspanns bezeichnete, also eine Aufforderung zum Sitzenbleiben war. Einmal, beim Abspann eines dreistündigen Monumentalfilms mit 5000 Komparsen, hatte Carlos Claire gefragt, warum sie eigentlich so scharf darauf sei, zu erfahren, wie der Mann heisst, der dem Regisseur während der Dreharbeiten den Kaffee gebracht hat. Claire sagte, das interessiere sie gar nicht, beim Abspann gehe es ihr um etwas anderes. Es ging ihr um das, worum es Frauen immer geht, wenn sie lange sitzen bleiben: Emotionen. Frauen können stundenlang wegen Emotionen

>>> Fortsetzung auf Seite 64

sitzen bleiben, nach einem Mord aus Eifersucht sogar jahrelang. Wie auch immer: Am vorletzten Mittwoch schaute Carlos sich zu Claires grosser Verwunderung den ganzen Abspann ohne ein Wort des Protests mit ihr an. Zum ersten Mal in dreissig Jahren zog er sie nicht ungeduldig am Ärmel. Das hatte allerdings einen hohen Preis: Carlos' Tod. An welcher Stelle des Films er gestorben ist, weiss niemand. Wir Freunde von Carlos spendeten einen Kranz mit unseren Namen auf der Schleife; diese Parodie auf einen Abspann sollte Claire ein wenig aufheitern. Aber sie erschien gar nicht zur Beerdigung, und von Carlos' Kindern kam nur der jüngste Sohn, der ein Drogenproblem hat; er bat uns beim Leichenmahl um ein zinsloses Darlehen. Zwei Tage nach der Beerdigung erfuhren wir, dass Claire auf Carlos' Handy Fotos von Frauen gefunden hatte, mit denen er, dem Licht nach, lange vor halb zwölf rumgevögelt hatte.

Carlos war ein Narr! Er hätte wissen müssen, dass man mit 65 darauf gefasst sein muss, von einem Moment auf den anderen seine Privatsphäre zu verlieren. Wenn einem bei einem Woody-Allen-Film ein Blutgerinnsel die Arterie verstopft, hat man keine Zeit mehr, das Handy zu sperren, es fällt einem unentsperrt aus der Hand, und irgendein Saaldiener des Kinos findet es nach dem Abtransport der Leiche und schickt es der trauernden Ehefrau. Wir Freunde von Carlos haben inzwischen sämtliche unserer Festplatten gesäubert, denn wir möchten, dass unsere Frauen an unserer Beerdigung teilnehmen. Wir alle hassen Abspanne, aber das Schöne ist, dass unsere Frauen neuerdings im Kino, wenn der Abspann rollt, zwischendurch nach unserem Arm greifen und leise fragen: «Lebst du noch?»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Viva España!

Von Peter Rüedi

Nach dem erstaunlichen Joint Venture von Bruno Prats mit der Familie Symington (*Weltwoche* Nr. 2/19) und dem Valtravieso (*Weltwoche* Nr. 50/18) von den portugiesischen Ufern des Flusses Duero (dortselbst genannt Douro) nochmals eines der hochwertigen und gleichzeitig günstigen Gewächse von diesem paniberischen Gewässer, das in der nordspanischen Provinz Soria entspringt und nach 900 Kilometern bei Porto in den Atlantik mündet: eine Nabelschnur guter Weinlagen. Diesmal ist es ein spanischer Ribera del Duero, welche Appellation es in den letzten Jahrzehnten rasant an die Spitze der spanischen Weine geschafft hat, nicht allein im Schatten der Renommier-Etikette Vega Sicilia, sondern ganz allgemein wegen der günstigen Bedingungen für den Rebbau: relativ hohe Lagen, grosses Temperaturgefälle nicht allein, aber vor allem vor und während der Lese, viele alte Reben.

Die Hacienda Solano ist ein kleiner, feiner Betrieb, den die Schwestern der Familie Cubaila 2001 ins Leben gerufen haben, nachdem zuvor die Trauben von den nur sechzehn

Hektaren an benachbarte Produzenten verkauft worden waren. Was heute unter der Oberaufsicht der jungen elsässischen Önologin Sophie Kuhn entsteht – zumal diese Viña Vieja aus dem wunderbaren Jahr 2014 – bestätigt diesen Aufbruch ins Eigene und Eigentliche aufs Schönste. Der sortenreine Tempranillo ist ein junger Wein aus alten Reben, will sagen: Er hat viel dichte Substanz und Tiefe, viele Aromen von roten Früchten, aber auch belebende würzige Kräuternoten, mineralischen Biss, feine Tannine und gute Säure. Und, nicht zuletzt, bei all seiner Frische und Eleganz, einen laaangen Abgang. Ein hervorragender Wein, bei dem ich die 94 Punkte, mit denen ihn Parkers «Wine Advocate» adelt, bei all meiner Ranglistenskepsis vorbehaltlos nachvollziehen kann. Und das zu diesem fast kontraproduktiv respektive rufschädigend günstigen Preis, wenn wir zudem bedenken, dass davon ganze 8539 Flaschen abgefüllt wurden. Was wieder einmal beweist, dass die Relation von Preis und Qualität beim Wein eine irrationale Angelegenheit ist und nicht einmal ein knappes Angebot das garantiert, was ich den «Blaue-Mauritius-Effekt» nenne.

Kommt dazu, und das will auch wieder mal festgehalten sein: Im gesamten europäischen Weinangebot und einmal abgesehen von der genannten Ikone Vega Sicilia gehören die spanischen Weine, aus welcher Appellation auch immer, insgesamt zu den günstigsten – gemessen an ihrer Qualität. Manchmal scheint mir fast, man müsse sie vor den Schnäppchenjägern in Schutz nehmen.

Ribera del Duero Hacienda Solano Viñas Viejas 2014. 14%. Daniel Gazzar Vins S.A., Pully. Fr. 22.60. www.daniel-vins.ch



Salz & Pfeffer

Rheinäsche am Walensee

Von Andreas Honegger

Seit bald einem halben Jahrhundert verwöhnen Dieter und Hanni Frese in der «Fischerstube» in Weesen am Walensee ihre Gäste. Man spürt die grosse Erfahrung, aber veraltet wirkt keines der Gerichte, die wir

gegessen haben. Die Räumlichkeiten sind elegant, der Bistroteil sehr zeitgemäss. Das Lokal wurde vor gut zehn Jahren vollständig renoviert. In der getäfelten Stube ist es gemütlich, man hat die Auswahl zwischen vielen Fischen. Die klassische Fischsuppe ist reichlich mit Fisch versehen und schmeckt hervorragend. Wenn sie ins Netz gehen, gibt es Albeli, eine kleine Art der Felchen. Sie werden hier mariniert, mit Sauerrahm, Zwiebeln, Essiggurken und Apfel serviert. Wir entschieden uns für eine Äsche aus dem Rhein. Obwohl sie im heissen Sommer gelitten haben, gehen sie den Fischern manchmal wieder an die Angel. Unsere Äsche war ausgezeichnet, begleitet von einer Zitronensauce, Salzkartoffeln und Gemüse. Neben den bekannten Süsswasserfischen stehen auch Meeresfische zur Auswahl, etwa Steinbutt, Loup de Mer, Kabeljau und südafrikanische Scampi. Hervorragend sind die gebratenen Jakobsmuscheln auf einem Salatbouquet. Das Zweigangmenü «Halb-

Halb» (Fr. 58.–) besteht zuerst aus klassischen, gebackenen Eglifilets und anschließend Felchenfilets nach Hausart, das Menü «Fisch complet» aus drei Gängen mit drei Fischarten (Fr. 78.–). Über Mittag steht auch ein Menü mit drei Gängen für Fr. 38.– auf der Karte und im Bistro ein Salatteller mit Fischknusperli und Sauce tartare (Fr. 24.–). Selbst für Fischmuffel ist gesorgt; sie werden mit Rinds- und Kalbsfilet ebenbürtig versorgt.

Wer sich auch noch von den hervorragenden Desserts verführen lässt, tut gut daran, einen Verdauungsspaziergang zum nahen See zu machen, wo im Park ein Denkmal für die Linthkorrektur steht. Auf einer Säule kann man die Höhe der Hochwasser vor und nach dem Bau des Linthkanals ablesen und ermessen, was dieser der Region vor über 200 Jahren gebracht hat.

Restaurant Fischerstube, Marktgasse 9, Weesen. Tel. 055 616 16 08



Auto

Auf der Überholspur

Das neue Sportcoupé von BMW ist für die grosse Reise wie gemacht. 2000 Kilometer mit dem M850i. Von David Schnapp

Der neue 8er, den sie bei BMW auch gern hollywoodmässig «The 8» nennen, ist eine Erscheinung, die zu reden gibt. Das Design ist teilweise gewagt, insbesondere das ausladende Heck sorgte in meinen Autofreundekreisen für Diskussionen. Das ist ein gutes Zeichen, nichts ist langweiliger als Autos, die auf Anhieb allen gefallen. Vieles an den Linien des neuen grossen BMW-Sportwagens ist Geschmackssache, einzig die prominent hervorgehobenen Lufteinlässe hinter den vorderen Radhäusern sind als Gestaltungselement überflüssig: Sie haben keine Funktion und sehen nur so aus, als würde da Luft durchfliessen.

Als Fahrer sitzt man in einer neuen Cockpit-Umgebung mit volldigitalem Tacho-Bildschirm, der Teil des neuen Betriebssystems BMW iDrive 7.0 ist. Je nach Vorlieben oder Fahrsituation werden entsprechende Informationen eingeblendet, insgesamt ist das Bedienkonzept eine gute Mischung aus Technologie und alltagstauglicher Fahrerorientierung.

Ich fahre den M850i xDrive, motorisiert mit dem wunderbaren 8-Zylinder-Doppelturbomotor, der aus 4,4 Liter Hubraum 530 PS mobilisiert. Beim Start spielen Motor und Auspuffanlage eine kurze Sinfonie der automobilen Freiheit, die kraftvoll und erwartungsfroh erklingt. Ich warte kurz das Ende der Startsequenz ab – bei geöffnetem Fenster natürlich –, bevor ich den gläsernen Getriebehebel in Position «D» bringe und losrolle.

Die reinste Freude

BMW nennt den 8er einen «Luxussportwagen», ich würde ihn in die grosse Tradition der Gran Turismo einreihen. Für einen Sportwagen ist er mit fast zwei Tonnen Gewicht, 4,8 Meter Länge und 1,9 Meter Breite etwas zu voluminös. Aber wir packen zwei grosse Koffer ins Gepäckfach, den Siebenjährigen auf einen der beiden schmalen Rücksitze und fahren in Richtung Norden.

Die Techniker von BMW und der Hausmarke für Geschwindigkeit, der M GmbH,

haben dem Achter alles mitgegeben, um ihn schnell zu machen. Noch schneller wird der kommende M8 sein. Aber variabler Allradantrieb mit Sportdifferential sowie Allradlenkung und Wankstabilisierung sorgen dafür, dass der Wagen sich dann doch erstaunlich leichtfüssig fährt. Mühelos beschleunigt der Achter in 3,7 Sekunden von 0 auf 100 km/h, und falls davor noch eine lange Autobahnauffahrtsspur liegt, wird die so schnell und souverän durchfahren, dass das Fahren wirklich die reinste Freude ist.

Auf der in Bezug auf die Geschwindigkeit nach oben offenen deutschen Autobahn ist der M850i eine Macht, das Überholprestige ist enorm. Tauche ich auf der linken Spur hinter einem Wagen auf, geht es nie lange, bis ich mehr oder weniger freundlich vorbeigelassen werde. Und in diesen Momenten zeigt der Motor sein ganzes Leistungsvermögen. Auch von 140 auf 200 km/h geht es ausgesprochen schnell und mühelos.

Das ist überhaupt das Schönste am neuen sportlichen BMW-Coupé: Es lässt das Leben auf der Überholspur angenehm mühelos erscheinen.

BMW M850i xDrive

Leistung: 530 PS / 390 kW; Hubraum: 4395 ccm; max. Drehmoment: 750 Nm (bei 1800 U/min); Verbrauch: 9,8–9,7 l / 100 km; Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h; Preis: Fr. 160 300.–, Testwagen: 190 690.–



Tamaras Welt

«Ist er ein Kleingarten-Nazi?»

Journalisten übertrumpfen sich mit diffamierenden und infantilen Kommentaren. Unternehmen sollten sich dem schlechten Einfluss entziehen. Von Tamara Wernli

Haben wir Meinungsfreiheit oder nicht? Darüber wird in den sozialen Medien rege diskutiert. Anlass dazu gab der ehemalige Spitzenhandballer Stefan Kretzschmar. Im Interview mit *T-Online* meinte er jüngst: «Man darf nichts Regierungs- oder Gesellschaftskritisches mehr sagen, es sei denn, es sind Mainstream-Meinungen wie «Wir sind bunt» und «Refugees Welcome».» Sportler hätten zwar in Deutschland das Recht auf Meinungsfreiheit, für die man nicht in den Knast komme. Aber: «Wir müssen immer mit Repressalien von unserem Arbeitgeber oder von Werbepartnern rechnen.»

Die Reaktionen darauf waren interessant. Die einen stimmten ihm zu, die anderen taten genau das, was Kretzschmar kritisiert: Sie skandalisierten seine Äusserungen. Die deutsche Zeitung *Der Tagesspiegel* titelte: «Stefan Kretzschmars Aussagen sind falsch und gefährlich.» Er würde damit die «Bedeutung von Toleranz» entwerten. Den Autor störte auch, dass die AfD das Interview retweetete – als ob Kretzschmar beeinflussen könnte, wer seine Statements im Netz teilt und für eigene Zwecke benützt. Ein Journalist bei *Bento*, einem *Spiegel*-online-Format, entblödete sich nicht, die Frage zu stellen: «Ist Stefan Kretzschmar ein Kleingarten-Nazi?» Natürlich verneint er sie später im Text – der Zusammenhang zu den grössten Verbrechern der Menschheit war aber schon hergestellt. Dreist war auch der Titel: «Warum die Diskussion, ob Stefan Kretzschmar plötzlich rechts ist, nur der AfD hilft.» Niemand diskutiert ernsthaft darüber, ob Kretzschmar rechts ist.

Ja, im Westen haben wir Meinungsfreiheit. Wir dürfen grundsätzlich sagen und schreiben, was wir wollen (solange es im gesetzlichen Rahmen liegt). Kritik an Regierung und Politik ist nicht verboten. Nur trifft Kretz-

schmar einen Punkt, wenn er sagt, dass Leute, die sich vom Mainstream abweichend äussern, mit negativen Konsequenzen rechnen müssen. Und es betrifft nicht nur den Sport.

Neulich schrieb die Journalistin Judith Shulevitz in einem Meinungsstück bei der *New York Times* von Verlagen, die sich zunehmend mit «Moralklauseln» in Verträgen absichern – für den Fall, dass Autoren sich irgendwann moralisch danebenbenehmen. Sie nennt unter anderem den Condé-Nast-Verlag: «Die Klausel besagt, dass, wenn der Autor zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung, Verachtung, von Beschwerden oder Skandalen wird, Condé Nast die Vereinbarung beenden kann», so Shulevitz. Ein Autor müsse nichts Falsches getan haben, es reiche, wenn einige Leute einen Skandal daraus kreierte. «Im Zeitalter von Twitter-Mobs kann das heissen, einfach etwas zu sagen oder zu schreiben, wodurch sich eine Gruppe schriller Twitterer beleidigt fühlt.» Nur schon bei einer Kritik an der #MeToo-Bewegung könnte eine solche Klausel – je nach Reaktionen – zum Zuge kommen.

In einer Zeit, da sie um jeden Leser kämpfen, wirken besonders Journalisten oft angestrengt bemüht, wenn es darum geht, Entrüstung beim Publikum zu erzeugen. Sie blasen unliebsame Meinungen wie jene Kretzschmars skandalträchtig auf wie einen Ballon, dessen baldiges Platzen sie sich für mehr Klicks sehnlichst herbeiwünschen. Ihre Empörung ist dann ähnlich gross, wie wenn er «*Refugees raus!*» gebrüllt hätte. Mit dem Fallenlassen eines nationalsozialistisch geprägten Begriffes erzeugen sie bewusst einen schalen Beigeschmack, stellen eine Nähe zu der Gruppe her – obwohl sich der 45-Jährige ja nicht einmal zur Flüchtlingsthematik geäussert hat.

Auf der anderen Seite der Entrüstung stehen die Unternehmen. Sie wollen ihr Produkt verkaufen, wollen ihre Aushängeschilder mit positiven Aspekten verknüpft haben, nicht mit kontroversen Aussagen, die fünf Personen auf dieser Welt kränken und sie zum Initiieren eines Shitstorms bewegen könnten. Weil aber Shitstorms in den sozialen Medien von Leitmedien (mangels eigener Themenfindung) oft aufgegriffen werden, knicken sie vor den Dauerempörten vermehrt ein. Die Folge: Menschen werden sich zunehmend hüten, ihre Meinung zu äussern, Persönlichkeiten mit Ecken und Kanten aus der Öffentlichkeit verschwinden, die Meinungsvielfalt wird darunter leiden.

Allen Stimmen, die sich auf die Äste hinauslassen, ergeht es übrigens ähnlich, egal, wo sie politisch stehen; alle werden sie für ihre Meinungen kritisiert, diffamiert. Feministinnen werden übelst beschimpft, erhalten Vergewaltigungsdrohungen im Netz. Nur gibt es den Unterschied, dass linke und linksliberale Meinungsmacher, Politiker und Publizisten die grossen Medienhäuser auf ihrer Seite haben. Journalisten sind politisch eher links der Mitte zu Hause, und so sind ihnen ein Megafon für ihre Anliegen und wohlwollende Artikel meist garantiert. Es macht auch einen Shitstorm erträglicher, weil sofort eine gutgeölte Maschinerie zur Unterstützung in Gang gesetzt wird.

Meinungen wie jene Kretzschmars sind weder «gefährlich», noch machen sie ihn zum «Toleranz-Entwerter». Produkte verkaufen sich durch ein paar von Journalisten herbeifabulierte schlüpfrige Kommentare auch nicht zwingend schlechter. Statt mit fragwürdigen «Moralklauseln» oder Repressalien tugendhaftes Verhalten von ihren Vertragspartnern zu erzwingen, könnten Unternehmen ja einfach einen gelasseneren Umgang mit den zeitgenössischen Moralwächtern entwickeln. Man nannte es früher einmal «Standhaftigkeit».

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt in Basel.

	1	2		3	4	5	6	7		8	9	10		
11				12										13
14										15			16	
17				18										
		19	20								21			
22	23					24	25			26				
27					28						29	30		31
			32	33						34	35			
36		37					38	39					40	
41											42			
43								44					45	
46											47			

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie sammelt viel und verteilt's dann weiter.
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Drittgrösste Stadt Afrikas.
 8 Beim germanischen Wassergeist denken Briten an einen Nacken. 11 Abschnitt auf der DNA. 12 Der Kuchen aus Mailand - weihnachtlich. 14 Echter Hirsch mit weitverzweigtem Geweih. 15 Saloppe Zurückweisung mit Ausrufezeichen. 17 Gerade noch ein Achillessehnenreflex. 18 Mächtige, einem Bischof angemessene Kirchen. 19 Unterwegs auf einer aussergewöhnlichen Reise. 21 Sie stand ein Leben lang im Schatten von Sophia (Loren). 22 Sagenhaft, das Ungeheuer mit den unzähligen Augen. 24 Der ist noch berühmter als unser musealer Barry. 27 Ein Raum ohne sie – macht wohl keinen Sinn. 28 Nackt, so macht es Schweizern den Eindruck. 29 Er kann alles sein: feig, bestialisch, politisch. 32 Kopfbedeckung: Niro gut bekannt. 34 Sozusagen ein evolutionärer Urahn von Dracula. 36 2018 verstorben: Schweizer Motorrad-Legende. 38 Dead Man Walking brachte jener Susan endlich einen Oscar. 41 Solche Aussicht benötigt keine höheren Lagen. 42 Ganz und gar menschlich, dass sich hinter ihr einiges tut. 43 Sein oder nicht Sein, darum geht es dabei auch. 44 Tier, das wir im Frühling in süsser Form verspeisen. 45 Der letzte entsprach der Jahreszeit, finden Romands. 46 Auf unsere Frage geben Franzosen eine solche Antwort. 47 Ein Verlierer, sind Deutsche wie Engländer sich einig.

Senkrecht — 1 Griechische Insel als wichtiger archäologischer Fundort. 2 Sie ist ein typisches Nebengeräusch der Politik. 3 Ins Ziel trifft, wer die spitzen Stifte so nennt. 4 Heilige islamische Stadt in Äthiopien (Timbuktu des Ostens). 5 Vertretend für dies hier dann das. 6 Nicht für Mathematiker: eine wirklich endlose Zahl. 7 Ach mein Gott, so weit denkt er längst nicht. 8 Farbe, nicht für Schwarzseher sondern für Glücksspieler. 9 Die Bindung kann auch Anstrengung bedeuten. 10 Solcher Tanz in Schottland: eine vergnügliche Veranstaltung. 11 Ein Apfel wird damit zur Speise der Götter erklärt. 13 Höchster Vulkan Europas, im Original. 16 Die hohe Stimme gibt der Sache den gewünschten Gehalt. 20 Ob Speise oder Getränk: ein König der Küche. 23 Der Italiener und er haben die romanische Sprache gemeinsam. 25 So kann man hören, dass etwas schmerzte. 26 Die Masseinheit beim Handel mit Holz. 28 Lant: ein Diamant, aber nur damit. 30 Schlager: etwas für später im Leben. 31 Ja nachdem ist er ein rechter Knaller. 33 Ihr wurde bestimmt etwas hinterlassen. 35 Gemeinde Köniz (BE): Dorf und Ortsteil. 36 Bei einem solchen Wert rückt das Ende an den Anfang. 37 Dort an der Mündung der Vispa in den Rotten. 39 In Ghana gehört fast jeder zweite zu ihnen. 40 Manche sind geheimnisvoll, andere nicht so toll.

©Fritz Müller - Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 601

B	R	I	N	D	I	S	I		A	S	E	D	A	
E	S	E	E	R	A	I	N	E	N		T			
I	S	O	L	I	E	R	E	N	K	A	I	R	O	
L	A	D	I	S	E	N	T	S	E	N	D	E	N	
B	A	S	S	I	N	E			C		F			
J	Z		A	N	I	M	I	E	R	E	N			
A	V	S	T	A	N	D		I	O	S		R		
S	R	A	B		E	I	N	S	E	I	T	I	G	
B	R	A	T	S	K		A	T	O	N	I	E		
E		N	E	U	I	C	H		S	T	O	R	Y	
S	P	E	R	R	E	N		M	E	I	N	E		
T		N	A	D	E	L		E	L	E	M	E	N	T

Waagrecht — 1 BRINDISI 6 ASEDA 10 ERAHNEN 12 ISOLIEREN 15 KAIRO 17 LADIS (Saldi) 18 ENTSENDEN 19 BASSIN 20 ANIMIEREN 23 ANSTAND 26 LOS 27 SEA 28 EINSEITIG 31 BRATSK 34 ATONIE 35 NEULICH 37 STORY 38 SPERREN 39 EINE 40 NADEL 41 ELEMENT

Senkrecht — 1 BEIL 2 ISODA 3 DEISS 4 SERENADE 5 IREN (irren) 6 ANKE (fries. f. Anna) 7 SEANCE 8 ENID (Neid) 9 ATON (Nato) 11 ANTEILNAHME 13 SABINER 14 LISZT 16 REFERIEREN 21 MOST 22 ISEES 23 ASBEST 24 SAANEN 25 ABSURD 29 INTIM 30 TIONE 32 TERA 33 KLEE 36 INL

Lösungswort — **RATLOSIGKEIT**

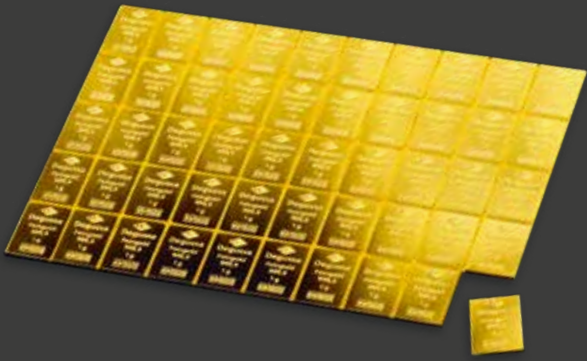


EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

Degussa



GOLD UND SILBER.



GOLD – NICHTS VERBINDET GENERATIONEN NACHHALTIGER.

Seit mehr als 6000 Jahren hat Gold alle Weltreiche, alle Währungen und damit auch alle Finanzblasen überdauert. Das wird auch in Zukunft so bleiben – weil physisches Gold anders als Papierwährungen nicht beliebig vermehrbar ist. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa stellen wir mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Barren und Münzen zusammen. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern.

**DEGUSSA-
GOLDHANDEL.CH**

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Zürich | Genf | Frankfurt | Madrid | London